



## 68. Sitzung

Mittwoch, 16. Februar 2000

Vorsitzende: Präsidentin Ute Pape, Erster Vizepräsident Berndt Röder und Zweite Vizepräsidentin Sonja Deuter

### Inhalt

#### Mitteilungen der Präsidentin

Abwicklung und Änderung der **Tagesordnung** 3313 A

Zur **Verabschiedung** von  
Herrn Dr. Hans-Henrich Dörmer 3350 A

#### Aktuelle Stunde

Fraktion der GAL:

**Gesundheitsräume: Nur wer überlebt, kann  
irgendwann aussteigen** 3313 A

Peter Zamory GAL 3313 A, 3316 C

Dr. Martin Schäfer SPD 3313 D

Dietrich Wersich CDU 3314 B, 3318 B

Lutz Jobs REGENBOGEN –  
für eine neue Linke 3315 B

Ortwin Runde, Erster Bürgermeister 3315 D

Dr. Ulrich Karpen CDU 3317 A

Dr. Mathias Petersen SPD 3317 C

Susanne Uhl REGENBOGEN –  
für eine neue Linke 3318 A

Dr. Martin Schmidt GAL 3318 C

Fraktion der SPD:

**Hamburg–Berlin: so schnell wie möglich!** 3318 D

und

Fraktion der CDU:

**Bahnverbindung Hamburg–Berlin:  
Wie schnell gelingt der Ausbau?** 3318 D

Barbara Duden SPD 3319 A

Bernd Reinert CDU 3319 C, 3327 D

Dr. Martin Schmidt GAL 3320 B, 3325 A, 3328 C

Heike Sudmann REGENBOGEN –  
für eine neue Linke 3320 D, 3321 D  
3323 A, C, 3325 B

Eugen Wagner, Senator 3321 C, 3323 B, 3327 C

Berndt Röder CDU 3322 B, 3324 C

Walter Zuckerer SPD 3323 D

Ortwin Runde, Erster Bürgermeister 3325 D

Ole von Beust CDU 3327 A

Norbert Hackbusch REGENBOGEN –  
für eine neue Linke 3328 A

Unterrichtung durch die  
Präsidentin der Bürgerschaft:

#### **Wahl einer oder eines Deputierten der Finanzbehörde**

– Drs 16/3721 – 3328 D

Ergebnis 3334 A

Antrag der Fraktion der CDU:

#### **Förderkriterien der Hamburgischen Wohnungsbaukreditanstalt**

– Drs 16/3751 – 3329 A

Klaus-Peter Hesse CDU 3329 A, 3332 C

Dr. Rolf Lange SPD 3330 B, 3333 B

Andrea Franken GAL 3331 C

Susanne Uhl REGENBOGEN –  
für eine neue Linke 3332 A

Sonja Deuter GAL	3333 C	Lutz Jobs REGENBOGEN – für eine neue Linke	3345 A
Beschluß	3334 A	Karin Roth, Senatorin	3345 C
Bericht des Stadtentwicklungsausschusses:		Beschluß	3346 D
<b>Programm der Sozialen Stadtteilentwicklung Erster Bericht über die Umsetzung</b>		Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL:	
– Drs 16/3730 –	3334 A	<b>Spielplätze und Bewegungsräume für Mädchen</b>	
Brigitte Brockmüller SPD	3334 A	– Drs 16/3781 –	3347 A
Dr. Stefan Schulz CDU	3335 A	Dr. Silke Urbanski SPD	3347 A
Antje Möller GAL	3336 B	Karen Koop CDU	3347 D
Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke	3336 D	Sabine Steffen GAL	3348 C
Dr. Willfried Maier, Senator	3337 C	Julia Koppke REGENBOGEN – für eine neue Linke	3349 A
Beschluß	3338 B	Beschluß	3349 C
Antrag der Gruppe REGENBOGEN – für eine neue Linke:		Bericht des Eingabenausschusses:	
<b>Keine neuen atomaren Zwischenlager an den von HEW betriebenen AKWs Brunsbüttel und Krümmel</b>		<b>Eingaben</b>	
– Drs 16/3787 –	3338 C	– Drs 16/3772 –	3349 C
Lutz Jobs REGENBOGEN – für eine neue Linke	3338 C, 3341 C	Beschlüsse	3349 C
Renate Vogel SPD	3339 B	Bericht des Eingabenausschusses:	
Hartmut Engels CDU	3339 C, 3342 A	<b>Eingaben</b>	
Axel Bühler GAL	3340 A	– Drs 16/3773 –	3349 C
Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke	3340 C	Beschluß	3349 C
Alexander Porschke, Senator	3341 A	<b>Sammelübersicht</b>	3349 C
Dr. Monika Schaal SPD	3342 B	Beschlüsse	3349 C, 3351
Beschluß	3342 D	Bericht des Wirtschaftsausschusses:	
Bericht des Gesundheitsausschusses:		<b>Vierter Rundfunkänderungsstaatsvertrag</b>	
<b>Bericht der Aufsichtskommission nach dem HmbPsychKG</b>		– Drs 16/3767 –	3349 D
– Drs 16/3768 –	3342 D	Beschlüsse	3349 D
Dr. Dorothee Freudenberg GAL	3342 D, 3346 B	Bericht des Umweltausschusses:	
Petra Brinkmann SPD	3343 D, 3346 D	<b>Gesetz zur Änderung des Stadtreinigungsgesetzes und des Hamburgischen Abfallwirtschaftsgesetzes</b>	
Eleonore Rudolph CDU	3344 C, 3346 B	– Drs 16/3778 –	3349 D
		Beschlüsse	3350 A

A **Beginn: 15.00 Uhr**

**Präsidentin Ute Pape:** Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet. In Abänderung der Empfehlung des Ältestenrats haben sich die Fraktionen auf eine Änderung der Debattenfolge verständigt. Und zwar soll Punkt 13 vorgezogen und an Stelle von Punkt 12 debattiert werden. Punkt 12 wird auf die nächste Sitzung vertagt.

Zur

**Aktuellen Stunde**

sind drei Themen angemeldet worden, und zwar von der GAL-Fraktion

Gesundheitsräume: Nur wer überlebt, kann irgendwann aussteigen

von der SPD-Fraktion

Hamburg–Berlin: so schnell wie möglich!

sowie von der CDU-Fraktion

Bahnverbindung Hamburg–Berlin: Wie schnell gelingt der Ausbau?

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, die Anmeldungen von SPD und CDU in einer Debatte zu behandeln. Zunächst rufe ich das von der GAL-Fraktion angemeldete Thema auf. Wer wünscht das Wort? – Das Wort hat Herr Zamory.

B **Peter Zamory GAL:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In der Debatte des Bundesrates über die Änderung des Betäubungsmittelgesetzes sagte der bayerische Staatsminister Bocklet:

„Der Betroffene ist weder vor, während noch nach der Benutzung der Fixerstube einer ernsthaften Beratung oder Vermittlung zugänglich. Im Ergebnis erfolgt damit keine Hilfestellung für den kranken Abhängigen, die ihn zu einem eigenverantwortlichen Leben in dauerhafter Abstinenz befähigen würde, sondern seine Abhängigkeit wird weiter verfestigt.“

In der Hamburger „Bild“-Zeitung stand am 5. Februar ein Kommentar, in dem Herr Rudolph fragt:

„Hat ein Staat das Recht, Süchtigen den diskreten Tod auf Raten zu ermöglichen? Oder ist es seine Pflicht, Leben zu retten?“

Diese Kommentare und Einlassungen stellen die Wahrheit auf den Kopf. Das Gegenteil ist richtig. Gesundheitsräume ermöglichen nicht den diskreten Tod auf Raten, sondern sie retten Leben. Allein in Hamburg gab es 300 Fälle, in denen Notfall-Wiederbelebungen dazu geführt haben, daß Drogenabhängigen nicht gestorben sind.

Die Zahl der Drogentoten in Hamburg ist von 184 in 1991, mit Beginn der Einrichtung von Gesundheitsräumen in 1994 auf 151 und im Jahre 1999 auf 115 gesunken. Das ist immer noch eine hohe Zahl, aber sie zeigt den Weg in die richtige Richtung. Ich möchte hinzufügen: Wenn der Staat die Süchtigen durch Prohibition und Strafverfolgung in die Illegalisierung und Verelendung treibt, hat er wenigstens die Pflicht, die Süchtigen nicht elendig krepieren zu lassen. In den Hamburger Gesundheitsräumen passiert weit mehr, als daß hier nur der Tod verhindert wird. Das möchte ich am Beispiel des Drob Inn deutlich machen:

C Dort werden jährlich 1,4 Millionen Spritzen getauscht. Die Drogenabhängigen können für ein geringes Entgelt ein warmes Essen erhalten, aus der Kleiderkammer neu eingekleidet werden und bekommen eine medizinische Grundversorgung sowie eine Beratung, die im letzten Jahr immerhin in 300 bis 400 Fällen dazu geführt hat, daß sich die Süchtigen in Richtung einer Substitution oder eines Ausstiegs bewegt haben. Es kann also keine Rede davon sein, daß sich Süchtige in Gesundheitsräumen lediglich einen Druck setzen und nicht gleichzeitig auch Beratung und sonstige Angebote wahrnehmen.

Man kann sich in Hamburg fast darüber freuen, daß wir uns bei diesem Thema mit der Opposition nicht über das Ob, sondern lediglich um das Wie streiten. Ich hätte gern Herrn von Beust, der im Moment nicht anwesend ist, gefragt, wie intensiv er seine Telefongespräche mit den Herren Diepgen in Berlin, Schönbohm in Brandenburg, Perschau in Bremen

(*Dr. Martin Schmidt GAL:* Wer ist denn das?)

oder Koch in Hessen geführt hat, um sie davon zu überzeugen, daß es nicht sinnvoll sei, ideologische Politik zu betreiben, die den Verlust von Menschenleben in Kauf nimmt. Es wäre wichtig zu wissen, wie intensiv die Bemühungen der CDU in Hamburg waren, sich die Drogenpolitik nicht von den Herren Stoiber und Teufel diktieren zu lassen,

(Beifall bei *Dr. Hans-Peter de Lorent GAL*)

die sich jedoch letztlich durchsetzten und dieses Gesetz im Bundesrat haben nicht durchgehen lassen. Wenn auf Bundesebene die vielbeschworene Rückkehr der CDU zu Sachfragen so aussieht, dann gute Nacht!

D Es gibt zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung Kritiker, die der Meinung waren – meines Erachtens stimmt das auch –, daß ein Durchbringen der Gesetzesänderung im Bundestag möglich gewesen wäre und nicht der Zustimmung des Bundesrats bedurft hätte. Nach meinen Informationen ist es aber so, daß gerade die SPD-geführten Flächenstaaten größten Wert darauf gelegt haben, zu einer einheitlichen Regelung über den Betrieb von Gesundheitsräumen zu kommen, und versuchten, die CDU-regierten Ländern Hessen und Berlin einzubeziehen. Beim Saarland war dieser Versuch immerhin erfolgreich.

Wenn eine gemeinsame Regelung im Vermittlungsausschuß nicht erreicht werden kann, ist es aber weiterhin möglich und notwendig, das Gesetz so zu ändern, daß Mitarbeiter von staatlich anerkannten Gesundheitsräumen von der Strafverfolgung wegen der Förderung der Weitergabe von Drogen ausgenommen werden. Diese Möglichkeit muß genutzt werden, um endlich Rechtssicherheit für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu schaffen und den Süchtigen auf diese Weise mit einem der vielen Mosaiksteine zu helfen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

**Präsidentin Ute Pape:** Herr Dr. Schäfer hat das Wort.

**Dr. Martin Schäfer SPD:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Zamory hat darauf hingewiesen, daß die Anzahl der Drogentoten seit Einführung der Gesundheitsräume nicht nur in Hamburg, sondern beispielsweise auch in Frankfurt zurückgegangen ist. Er hat auch auf die Anzahl der Reanimationen hingewiesen, die im vergangenen Jahr in Hamburg vorgenommen werden mußten. Man kann hier auf die Zahl von weiter zu beklagenden Toten schließen, wenn wir diese Räume nicht hätten. Es ist in der Zwi-

(Dr. Martin Schäfer SPD)

- A schenzeit weitestgehend unbestritten, daß diese Räume helfen, den Kranken aus ihrer Sucht herauszufinden. Insofern ist der mehrstufige Hamburger Ansatz richtig.

Von der reinen Überlebenshilfe hin zur Bereitstellung von Räumlichkeiten und Hilfestellungen, die dazu führen, daß sich Süchtige – auch wenn es immer noch illegal ist – ihren Schuß setzen können, ohne sich Krankheiten zu holen, über die Bereitstellung von Grundaustattungen wie Essen, Kleidung sowie Duschmöglichkeiten bis hin zu den Beratungsangeboten, die es in allen Hamburger Gesundheitsräumen gibt, haben wir insgesamt eine Stufenleiter, die es ermöglicht, die Betroffenen zunächst aufzufangen und aufzunehmen, um sie dann auf den von uns beabsichtigten Weg zu bringen: Heraus aus der Sucht und den Krankheiten.

Die Ablehnung der Legalisierung und rechtlichen Absicherung dieser Gesundheitsräume durch den Bundesrat ist nur zu bedauern; sie ist ideologisch begründet und hat keinerlei Bezug zur Realität. Wir bedauern, daß es auf diese Art und Weise nicht möglich war, den sich abzeichnenden Grundkonsens im Bereich der Drogenpolitik weiterzuführen. Wir hatten gehofft, daß die Bundesländer Bremen, Berlin und insbesondere Hessen einsehen, daß die Geschehnisse in den großen Städten – vor allem seit längerer Zeit in Frankfurt – für richtig und als rechtlich einwandfrei angesehen werden können. Leider müssen wir diese zusätzliche Gesprächsrunde im Vermittlungsausschuß einlegen.

- B Die Änderung des Betäubungsmittelgesetzes ohne Zustimmung des Bundesrates wäre möglich gewesen. Ich halte es dennoch für richtig zu versuchen, eine solche Änderung im Konsens durchzuführen. Unsere diesbezügliche Hoffnung hat getrogen, daß die Hamburger CDU zeigt, daß ihre Bekenntnisse der letzten Monate und Jahre nicht nur Lippenbekenntnisse waren, sondern daß sie auf die anderen CDU-regierten Länder einwirkt, dieser Änderung im Vermittlungsausschuß doch noch zuzustimmen. Ein Konsens wäre immer besser, als wenn man ein solches Gesetz gegen den Willen einer großen Partei durchpeitschen müßte, die eigentlich schon zugestimmt hatte. Insofern möchte ich meiner Hoffnung Ausdruck geben, daß wir von Ihnen Ermutigendes zu hören bekommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

**Präsidentin Ute Pape:** Das Wort hat Herr Wersich.

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Jetzt aber los!)

**Dietrich Wersich** CDU:\* Frau Präsident, meine Damen und Herren! Die CDU-Bürgerschaftsfraktion bedauert die Entscheidung des Bundesrates, mit der die Legalisierung der Druckräume vorerst gescheitert ist. Die Hamburger CDU steht grundsätzlich hinter den Einrichtungen, die die Stadtteile der offenen Drogenszene vom öffentlichen Konsum mit allen seinen Folgen entlasten sollen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Wir erkennen die schwierige Arbeit der dort Tätigen ausdrücklich an und halten die rechtliche Grauzone der staatlich gewollten Einrichtung für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen für unzumutbar. Wir wollen Rechtssicherheit für Betreiber und Mitarbeiter. Deshalb ist das Scheitern dieses Gesetzes auch bedauerlich. Dennoch hat die Entscheidung des Bundesrates keine unmittelbaren Auswirkungen auf die Hamburger Gesundheitsräume; sie können und sollen weiter betrieben werden, denn zunächst ist lediglich ein

Gesetzentwurf der Bundesregierung abgelehnt worden. Das ist kein ungewöhnlicher Vorgang, denn den kennen wir auch aus unserer Regierungszeit zur Genüge.

Ich möchte aber den Vorwurf an die CDU, hier wäre aus Ideologieründen so entschieden worden, offen ansprechen. Da ist etwas dran, denn viele in der CDU können den Weg der Großstädte, die sie als Drogenzentren empfinden, nicht mitgehen; sie glauben an andere Lösungen. Dabei spielt manchmal die Ideologie eine Rolle, denn die Lösungen für den ländlichen und kleinstädtischen Raum entsprechen oft nicht denen der Großstädte. Aber auch die Befürworter der Fixerräume sind oft ideologisch gefangen. Gesundheitsräume in Hamburg sind nicht fortschrittlich und modern, sondern sie sind eine Notmaßnahme, eine Verzweiflungstat einer Drogenhochburg, um noch Schlimmeres zu verhüten. Dafür gebührt Herrn Bürgermeister Runde Dank, daß er dieses so vor dem Bundesrat zum Ausdruck gebracht hat.

(Beifall bei der SPD, der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Ziel muß es sein, in Deutschland eine differenzierte Drogenpolitik zwischen Stadt und Land zu erreichen, denn wir haben hier trotz der Differenzen beim Gesundheitsschutz große Erfolge wie beispielsweise beim Spritzentausch, bei den Übernachtungsangeboten und der medizinischen Versorgung. Ich appelliere an Sie, diesen Konsens nicht durch eigene ideologische Ausfälle zu belasten.

Ihre Vorwürfe, Herr Zamory, die Sie in der Presseerklärung vom 4. Februar formulierten, indem Sie von Intoleranz und Inhumanität der CDU sprechen und uns aufforderten, das „C“ aus unserem Namen zu entfernen, sind billige Polemik. Dieser Stil schadet einer vernünftigen Drogenpolitik und nährt den Verdacht, daß Sie von Ihrer eigenen Machtlosigkeit in der Hamburger Drogenpolitik gegenüber dem Senat ablenken wollen.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte auch betonen, daß dieses Gesetz nicht allein an der Union gescheitert ist, sondern es sind schwere handwerkliche Fehler gemacht worden. In der Anhörung des Gesundheitsausschusses des Deutschen Bundestages ist diese Gesetzesvorlage quasi zerrissen worden. Der Oberstaatsanwalt Frankfurts war der Meinung, daß das Gesetz sein Ziel verfehle und Fragen regele, die nicht zu regeln wären. Andere Sachverständige haben sich ebenfalls sehr kritisch dazu geäußert. Uns liegen Studien vor, in denen ausgeführt wird, daß beispielsweise in den Gesundheitsräumen in Hannover ein Drittel der dort Konsumierenden gleichzeitig im Methadon-Programm betreut werde. Wir haben jetzt gelesen, daß sich Menschen das aus dem Mund der Dealer stammende Kokain direkt unverändert spritzen. Gesundheitsräume kommen mit diesen Problemen irgendwann an ihr Ende. Wir Befürworter müssen uns diesen Fragen kritisch stellen und nicht einfach nur jubeln.

Ich möchte Herrn Dr. Bossong zitieren, der zusammenfassend in der „taz“ gesagt hat:

„Nach dem Crash ihres Reformprojektes (...) stimmt Rotgrün jetzt ein lautes Lamento über die ‚verantwortungslosen‘ Konservativen an. Das ist verständlich, aber zu billig. Denn tatsächlich sind es vor allem drei hausgemachte Gründe, die zum Scheitern des Reformvorhabens geführt haben: handwerkliche Mängel, politische Naivität und die hohen Kosten, die mit dem Betrieb der Fixerräume verbunden sind.“

(Dietrich Wersich CDU)

- A Es ist eben nicht die CDU allein; vor diesem Hintergrund bekommen wahrscheinlich auch die Aussagen der Senatorin Roth und des Bürgermeisters Ortwin Runde vom drogenpolitischen Desaster eine andere Zielrichtung und einen anderen Adressaten.

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Glaub' ich nicht!)

Es ist nämlich die Bundesregierung selbst,

(Dr. Martin Schmidt GAL: Jetzt hast du aber die Kurve gekriegt!)

die dieses drogenpolitische Desaster zu verantworten hat.

Der Vermittlungsausschuß ist aufgerufen, die zustimmungsfähigen Teile, das Methadon-Register und die Qualität der Ärzte zur Substitutionsbehandlung zu verabschieden, damit die tödlichen Nebenwirkungen der derzeitigen Substitutionspraxis unter Kontrolle kommen.

(Glocke)

– Ich komme zum letzten Satz.

Wenn es keinen Konsens in der rechtlichen Absicherung gibt, dann sollten wir über eine neue Hamburger Initiative zur Änderung des Betäubungsmittelgesetzes nachdenken. Für billige Polemik ist dieses Thema nicht geeignet und auch nicht dazu, um auf die Hamburger CDU einzuschlagen.

(Beifall bei der CDU – Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Das war aber ein müdes Geklatsche!)

**Präsidentin Ute Pape:** Das Wort hat Herr Jobs.

- B **Lutz Jobs** REGENBOGEN – für eine neue Linke: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In einem hat Herr Wersich recht: Nicht nur die CDU hat versagt.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Alle, die das behauptet haben, sind von dem einen oder anderen oppositionellen Schmetterling in der Bürgerschaft geblendet worden. Denn immer wenn es darauf ankommt, zeigt die CDU, wo sie tatsächlich steht: mit beiden Beinen fest verankert in der drogenpolitischen Steinzeit.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

So wenig, wie eine Schwalbe einen Sommer macht, so wenig macht ein Müller aus dem Saarland oder ein Wersich aus Hamburg aus der CDU eine soziale Partei.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und vereinzelt bei der SPD und der GAL)

Aber auch die SPD ist nicht viel besser. Beim Durchsehen der Abstimmungsliste, Herr Christier, habe ich fast eine Krise bekommen. Für die Zustimmung des Gesetzes fehlten zwei Stimmen; Bremen hat drei Stimmen, hat aber nicht zugestimmt. Henning Scherf war in diesem Bereich doch einmal Hoffnungsträger für eine fortschrittliche und sozial gerechte Politik.

(Barbara Duden SPD: Ja, da müssen Sie mit Herrn Perschau reden!)

Diese Hoffnung hat sich damit wohl endgültig erledigt. Wer zu Recht der CDU Vorwürfe macht, daß sie in diesen Fragen keine einheitliche Meinung vertritt, soll gefälligst vor der eigenen Tür kehren. Hier hat auch die SPD und nicht zuletzt auch die rotgrüne Regierung in Berlin versagt.

(Elisabeth Schilling SPD: Das ist ja völlig übertrieben!) C

Denn ein Desaster war vorprogrammiert. Warum hat die rotgrüne Regierungskoalition den Entwurf so formuliert, daß dieser von der Länderkammer genehmigt werden muß? Haben Sie den Blick für die realpolitischen Zustände in diesem Land verloren, daß Sie die auf Sie zukommenden Probleme übersehen haben?

Ich stimme Herrn Bossong nicht oft zu, aber in einem Punkt seiner Ausführungen in der „taz“ hat er recht: Über eine schlichte Ausnahmeregelung im BTMG zur Straffreiheit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Gesundheitsräumen hätte nicht im Bundesrat abgestimmt werden müssen. Aber auch wenn der Entwurf vom Bundestag tatsächlich beschlossen werden sollte – Peter Zamory, findest du den wirklich gut? –, kann keine Euphorie aufkommen, wenn Altersbegrenzungen für Nutzerinnen und Nutzer und der Ausschluß von Gelegenheitskonsumenten fixiert worden sind. Selbst wenn dieser Entwurf tatsächlich durchkommt, kann ich diese Euphorie nicht nachvollziehen. Dieser Entwurf ist höchstens ein erster Schritt auf dem Weg zu einem vernünftigen Rahmenkonzept.

Wenn aber schon bei diesem ersten Schritt die Regierungskoalition so auf die Nase fällt, dann wird damit keine Kompetenz gezeigt.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Aber auch in Hamburg sollte man mit dem Klopfen auf die eigenen Schultern etwas vorsichtiger sein. Es hat hier doch lange gedauert, bis die Politik so hinter den Druckräumen gestanden hat, wie sie es jetzt tut. Die bestehenden Gesundheitsräume sind maßgeblich durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Träger vorangebracht worden. Sie sind dafür von der Staatsanwaltschaft verfolgt und mit Kriminalisierung bedroht worden. Es darf nicht sein, daß eine notwendige Weiterentwicklung eines Hilfesystems auf dem Rücken einzelner ausgetragen wird. D

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Eines muß für Hamburg klar sein: Unter diesen negativen Entscheidungen des Bundesrates, die beide großen Parteien zu verantworten haben, dürfen nicht die hilfessuchenden Menschen in dieser Stadt leiden. Hier können und müssen wir die Debatte an den Notwendigkeiten orientieren. Notwendig ist es, daß Menschen, die von Rauschmitteln abhängig geworden sind, eine Chance bekommen, ihre Sucht zu überleben. Dafür brauchen wir neben anderen Instrumenten einen bedarfsgerechten Ausbau von Druckräumen, und zwar nicht irgendwo, sondern genau dort, wo sie effektiv helfen können.

Als Kompensation für die Fehler von SPD und CDU bleibt in Hamburg nur eines: Stellen Sie sich alle hinter das Konzept bedarfsorientierter Fixerstuben, und sorgen Sie für weitere Druckräume in der Schanze, in St. Georg, und zwar sofort. – Danke.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

**Präsidentin Ute Pape:** Das Wort hat der Erste Bürgermeister Herr Runde.

**Erster Bürgermeister Ortwin Runde:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn man die Geschichte der Drogenpolitik ansieht, bedeutete dies immer das Bohren harter Bretter. Das wird beim Thema Gesundheitsräume deutlich. Erste Vorstöße Hamburgs hat es dazu bereits zu

(Erster Bürgermeister Ortwin Runde)

A Beginn der neunziger Jahre gegeben. Diejenigen Helden, die ständig Forderungen erheben, haben die gesamte Geschichte der Drogenpolitik irgendwie nicht verstanden. Ich freue mich, wenn der frühere Drogenbeauftragte Horst Bossong bei seinen früheren Kritikern und Verleumdern plötzlich wieder zitierfähig wird. Das ist eine Rehabilitation, über die er sich freuen wird. Aber, Herr Jobs, dann muß man auch die anderen von ihm gemachten Ausführungen mitzitieren. Gegen diese haben Sie sich immer heftig gewehrt.

Gesundheitsräume sind erforderlich, um dem offenkundigen Drogenelend von Süchtigen entgegenzuwirken, aber sie sind auch erforderlich, um der Belastung, die diese Drogenabhängigen in bestimmten Stadtteilen darstellen, wenn sie sich dort Spritzen in Hauseingängen, auf Kindertagesheimplätzen oder in der Nähe von Kindergärten setzen, entgegenzuwirken. Auch das gehört dazu, hier zu einer besseren Situation für das gesamte Umfeld zu kommen. In Hamburg ist es gelungen. Das wird dadurch deutlich, wenn man die Situation mit anderen Städten vergleicht, die sich bisher gegen Gesundheitsräume gewehrt haben.

Es ist nicht weiter verwunderlich, daß in städtischen Bereichen – vom Saarland bis Frankfurt und Hannover – die Politik unter dem Druck der Verhältnisse ihre Einstellungen verändert hat. Daß die CDU in Hamburg in den verschiedenen Bereichen ihre Haltung schrittweise geändert hat, ist auch eine Anpassung an die Realität und die schrittweise Entwicklung von Realitätssinn.

Daß dieses Gesetzesvorhaben im Bundesrat an der CDU/CSU-Mehrheit gescheitert ist, ist Ausdruck einer ideologischen Fixierung, die im Süden Deutschlands ihren Ursprung hat. Herr Jobs, es ist exakt daran gescheitert, denn es gibt für die beiden Großen Koalitionen von SPD und CDU entsprechende Bundesratsklauseln, die es den SPD-geführten Regierungen nicht möglich gemacht haben mitzustimmen.

B

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Dietrich Wersich CDU*: Stimmt doch gar nicht! – *Heike Sudmann REGENBOGEN* – für eine neue Linke: Bremen ist doch gar nicht so weit weg!)

Daß neben den Gesundheitsräumen mit diesem Gesetzentwurf auch Verbesserungen im Bereich der Methadon-Substitution und eine diesbezügliche Qualifizierung – Einführung eines Methadon-Zentralregisters, die qualifiziertere Behandlung von Methadon-Substituierten – verhindert wurden, haben diejenigen zu verantworten, die das bewirkt haben.

(Zuruf von der CDU: So ein Quatsch! – Gegenruf von *Petra Brinkmann SPD*: Das ist kein Quatsch!)

Man kann bezüglich der zunehmenden Zahl von Drogentoten, die Methadon konsumiert haben, keine Krokodilstränen vergießen. Dazu gab es auf zwei Probleme in dem Gesetzentwurf eine Antwort. Ich bin der Bundesregierung dankbar, daß sie den Vermittlungsausschuß angerufen hat. Wir werden in Kürze im Vermittlungsausschuß versuchen, zu einem anderen Ergebnis zu kommen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich habe die Hoffnung, daß es auf Seiten der Union zu Einsichten kommen wird. Denn wir brauchen eine realistische Drogenpolitik, die möglichst von vielen Gruppen getragen werden sollte. Das gehört mit zu den Grunderkenntnissen. Wenn wir diese Situation wirklich verbessern wollen, nützt es nichts, in irgendwelchen Städten dieser Republik ledig-

lich Modellversuche durchzuführen, sondern wir müssen immer versuchen, diese Vorhaben breit anzulegen. Das ist Hamburg mit seinem Ansatz bei der Methadon-Substitution gelungen. Herr Jobs, die Frage nach dem Ansatz und der Konzeption, auf die Verbreiterung oder allein auf Schnelligkeit zu setzen, war auch hier eine interessante Auseinandersetzung. Ich weiß, wie Sie und andere Ihrer Anhänger von uns immer staatliche Sofortprogramme für die Methadon-Substitution gefordert haben. Von Seiten der BAGS ist ein Konzept der Verankerung im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung dagegensetzt worden, so daß dieses republikweit allen zugute kommt. Für die Zukunft halte ich es für einen wichtigen und zentralen Ansatz, so weiterzugehen. Ich würde mir auch wünschen, daß von Seiten der hamburgischen CDU die Telefonkontakte nach Süddeutschland mit mehr Intensität betrieben werden, um dort die Kolleginnen und Kollegen zu überzeugen.

C

(*Ole von Beust CDU*: Fangen Sie mit dem Transrapid an, dann machen wir das andere! Selber in Berlin nichts zu melden haben und von uns den Transrapid fordern!)

Das wäre entgegen Ihren Ausführungen im zweiten Teil Ihrer Rede viel sinnvoller. Den ersten Teil habe ich schon mit einer gewissen Freude wahrgenommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

**Präsidentin Ute Pape**: Das Wort hat Herr Zamory.

**Peter Zamory GAL**: Zunächst zu Ihnen, Herr Jobs. Keiner ist aufgrund des gescheiterten Gesetzentwurfes euphorisch. Dieser Gesetzentwurf enthält für Hamburg, wenn er so umgesetzt wird, auch bittere Pillen; das ist völlig richtig. Trotzdem ist es auch richtig, daß es darum geht, eine gesellschaftliche Basis für die Einrichtung und Absicherung der Gesundheitsräume auf lange Zeit herzustellen, die breiter ist als eine jeweilige Bundestagsmehrheit. Dafür ist das Vorgehen letztlich so notwendig gewesen.

D

Zu Ihnen, Herr Wersich, möchte ich sagen: Ihre guten Ratschläge an uns sollten Sie sich für die Bundesländer aufheben, die von der CDU regiert werden oder wo diese mitregieren und die gegen den Gesetzentwurf gestimmt haben.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Es geht hier nicht um billige Polemik, es klingt nicht nur dramatisch, sondern es ist auch so: Wer den Verlust von Menschenleben dadurch in Kauf nimmt, daß er die Gesundheitsräume nicht einrichtet oder verhindert, enthebt sich christlicher Politik. Das ist eine Position, die ich selbstverständlich unterstreiche und nicht zurückzunehmen habe.

(*Dietrich Wersich CDU*: Das ist Ideologie in Reinkultur!)

– Das ist überhaupt keine Ideologie, sondern bittere Realität, der Sie sich stellen müssen.

(Beifall bei der GAL)

Herr von Beust, ich möchte Sie noch einmal fragen, welche Telefonate Sie in den letzten Wochen geführt haben, um Ihre Kollegen Schönbohm, Perschau und Diepgen davon zu überzeugen, daß Gesundheitsräume eine notwendige Maßnahme sind. Was gedenken Sie zu tun, damit jetzt endlich im Vermittlungsausschuß eine menschenwürdige vernünftige Regelung zustande kommt?

(Peter Zamory GAL)

A *(Heino Vahldieck CDU: Schon mal etwas von Datenschutz gehört?)*

Nehmen Sie dazu Stellung.

(Beifall bei der GAL und bei *Erika Woisin SPD*)

**Präsidentin Ute Pape:** Das Wort hat Herr Professor Karpen.

**Dr. Ulrich Karpen CDU:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Bürgermeister, Sie haben vielleicht mit Recht die früheren Gesetzentwürfe Ihrer Regierung gelobt. Hätten Sie den Entwurf Ihres Vorgängers Voscherau von 1995 aus dem Koffer gezogen,

*(Petra Brinkmann SPD: Bei uns gibt es keine Koffer!)*

dann hätten Sie den ganzen Kladderadatsch im Bundesrat vermieden, denn dieser Entwurf konzentrierte sich auf das Kernthema, die Mitarbeiter in den Fixerstuben straffrei zu stellen, das heißt die Paragraphen 29 und 31 a des Betäubungsmittelgesetzes zu ändern.

Gescheitert ist der Entwurf auch nicht an der CDU. Es ist gesagt worden, daß das Saarland zugestimmt hat. Ich habe zwar die Telefongespräche meines Fraktionsvorsitzenden nicht registriert, aber das Land Hessen hat sich, weil in Frankfurt Fixerstuben operieren, soweit es ging, in den Ausschüssen der Stimme enthalten.

(Ah-Rufe bei der SPD und der GAL)

Das Land Sachsen wußte nicht, ob es nein oder ja sagen sollte. Es konnte nicht nein sagen, weil es die Registerlösung wollte, es konnte nicht ja sagen, weil es die Fixerstuben nicht wollte.

B

(Heiterkeit bei der GAL)

Meine Damen und Herren! Sie haben in diesen Gesetzentwurf soviel hineingepackt, daß dieses Gesetz an einem Mangel an Gesetzgebungskunst einstweilen gescheitert ist.

(Beifall bei der CDU – Glocke)

**Präsidentin Ute Pape** (unterbrechend): Herr Professor Karpen, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Dr. Ulrich Karpen** (fortfahrend): Nein, das tue ich nicht. – Nun muß es in den Vermittlungsausschuß. Wenn dieses Vermittlungsverfahren scheitert, weil ich nicht so recht weiß, Herr Bürgermeister, was die Regierung noch einbringen will – Vermittlung ist immer ein gegenseitiges Geben und Nehmen –, dann würde ich vorschlagen, das Gesetz zu trennen, denn es hat zustimmungsbedürftige Teile, zum Beispiel die, die Fixerstuben betreffen, aber es hat andere Teile, wo wir doch Konsens haben. Lassen Sie uns diese doch, etwa die Straffreihaltung der Mitarbeiter der Fixerstuben oder das Register, gemeinsam machen.

Ich will abschließend noch auf zwei Dinge hinweisen, die noch nicht zur Sprache gekommen sind.

Erstens: Auch wenn dieses Gesetz durchkommt, ist die Schwierigkeit der Polizeibeamten nicht behoben, die auf der einen Seite auf der Straße den Strafverfolgungsanspruch vollziehen müssen, auf der anderen Seite die Zulässigkeit des Drogenkonsums in den Fixerstuben akzeptieren müssen. Das ist überdeckt worden. Mal sehen, ob es so

geht, aber ob es nachher in Karlsruhe so geht, das weiß ich noch nicht.

C

*(Peter Zamory GAL: Kennen Sie die Stellungnahme des Polizeipräsidenten dazu?)*

Zweitens: Kein Mensch hat das bindende Völkerrecht angesprochen – Herr Bürgermeister, auch Sie nicht im Bundesrat –, das uns tatsächlich verpflichtet, das Übereinkommen gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen von 1988 auch durchzusetzen. Ich bin nicht sicher, ob die Drogenbehörde in Genf die Überlegungen zu den Fixerstuben, die im Kern richtig sind, auch so akzeptiert.

Nun wollen wir ein Gesetz machen. Aber Sie wissen selbst, daß man mit einem Bundesgesetz ein Transformationsgesetz für diesen völkerrechtlichen Vertrag nicht aushebeln kann. Auch hier stecken noch Schwachstellen, so daß eine Fortführung des Gesetzgebungsverfahrens auch eine Chance ist, den guten Grundansatz dieses Gesetzes noch zu verbessern, und daran sind wir ja beide interessiert. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Präsidentin Ute Pape:** Das Wort hat Herr Dr. Petersen.

*(Dr. Martin Schmidt GAL: Erklären Sie mal die Bundesratsstimme!)*

**Dr. Mathias Petersen SPD:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir hören hier von den Rednern der CDU zwei Seiten. Auf der einen Seite ein eher scheinliberales Taktieren, nämlich man könnte ja, wir brauchen es und es ist ja auch wichtig,

D

*(Dietrich Wersich CDU: Wer war das denn?)*

und auf der anderen Seite neokonservatives Rückwärtsdenken. Das ist Ihre Drogenpolitik. So haben wir sie zu nehmen. Schade ist, Herr von Beust, daß Sie nicht den Weg, den Sie immer vorgeschlagen haben, auch hier vorne und nicht nur in der Presse vertreten, daß es wichtig ist, daß wir Gesundheitsräume brauchen, wie Sie es immer gefordert haben, und nicht Ihre Sprecher nach vorne schicken, die auf der einen Seite das eine vertreten und auf der anderen Seite das Gegenteil meinen.

*(Dietrich Wersich CDU: Was sind Sie denn, Herr Petersen?)*

– Ich rede nach meinem Bürgermeister. Herr von Beust kann das dann auch noch versuchen.

*(Heino Vahldieck CDU: Bürgermeister werden!)*

– Nach dem Bürgermeister reden. Das erwarten wir eigentlich, weil dieses Thema nicht dazu geeignet ist, um damit Wahlkampf zu machen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Drogeneinrichtungen arbeiten sehr, sehr hart und machen eine Arbeit, die wir alle nicht wollen. Sie beschäftigen sich mit einem Elend, mit dem wir alle nichts zu tun haben wollen. Wir stellen uns hier in sauberen Klamotten hin und sprechen über diese Dinge, aber keiner von uns würde diese Arbeit machen wollen. Das muß man einmal sagen.

Deswegen würde ich mich freuen, wenn die CDU – Herr von Beust ist nun schon wieder weggelaufen –

*(Petra Brinkmann SPD: Nein, er bespricht sich jetzt mit Herrn Wersich, was er sagen soll!)*

(Dr. Mathias Petersen SPD)

- A vielleicht noch einmal eine klare Linie darlegt, was sie denn nun will. Wir möchten gerne mit Ihnen im Konsens eine Politik weiterbetreiben, die Hamburg seit langem betreibt, die Sie zum Teil auch mitgetragen haben, und nicht eine Politik, die auf dem Rücken der Drogenabhängigen ausgetragen wird, sondern eine Politik, die sich für die Drogenabhängigen einsetzt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

**Präsidentin Ute Pape:** Das Wort hat Frau Uhl.

**Susanne Uhl** REGENBOGEN – für eine neue Linke: \* Herr Wersich, ich weiß gar nicht, was Sie noch wollen. Herr Karpen hat gerade auf wunderschöne Art und Weise deutlich gemacht und ausnahmsweise einmal etwas Richtiges gesagt. Er hat uns nämlich wissen lassen, daß die CDU an der Frage der Druckräume ziemlich beschrubbt ist und daß man in einem Verfahren keinesfalls auf sie Rücksicht nehmen soll, und genau darum geht es. Ich weiß nicht, wie man auf die Idee kommen kann, mit einer CDU im Geiste Kochs einen Konsens zu finden. Den gab es in der Staatsbürgerschaftsfrage schon nicht. Auch da hat Rotgrün darauf verzichtet, ein nicht zustimmungspflichtiges Gesetz einzubringen. Und diesen Fehler an einer weiteren wichtigen Frage noch einmal zu wiederholen, ist grober Blödsinn.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Sie können sich sogar – das hat Herr Wersich ausgeführt – in einem rotgrünen Alleingang darauf verlassen, daß Sie die Unterstützung der Hamburger CDU haben. Was wollen Sie eigentlich noch mehr? Machen Sie Politik.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

B

**Präsidentin Ute Pape:** Das Wort hat Herr Wersich.

**Dietrich Wersich** CDU: \* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Mit der Regie und wer wann redet, ist das solche Sache. Ich muß ehrlich sagen, daß ich mir den Bürgermeister in mancher Debatte über die Hamburger Drogenprobleme, zum Ausschreibungschaos und so weiter hier als Redner gewünscht hätte, Farbe zu bekennen. Daß er heute auftritt, weil er meint, daß er sich gegen die CDU profilieren kann, das ist keine besondere Kunst.

(Beifall bei der CDU)

Herr Runde, Hamburg ist die Drogenhochburg Nummer eins in Deutschland. Über Hamburg läuft der größte Anteil des Drogenhandels. Wir haben verelendete Süchtige, in den Stadtteilen eine offene Drogenszene. Zu all diesen Themen, die wirklich alltäglich wichtig sind, da schweigen Sie, um sich hier billig aufzuregen.

(Jan Ehlers SPD: Wer regt sich denn auf!)

Was mich wirklich ärgerlich macht, ist, daß Sie die Verbesserung der Methadon-Substitution, die jetzt auch gescheitert ist, der CDU anlasten.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Wem sonst?)

Sie wissen, es gibt da einen Konsens, und es ist die Regie der Bundesregierung gewesen, die versucht, durch Paketlösungen alles unterzubringen. Aber es ist nicht unsere Schuld, daß dieses Gesetz nach über eineinhalb Jahren, die Sie jetzt an der Regierung sind, immer noch nicht umgesetzt worden ist.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von Peter Zamory GAL)

Meine Damen und Herren! Hier wird immer so nett oder auch nicht nett mit den Drogentoten argumentiert. Abgesehen davon, daß ich Frau Nickels – grüne Staatssekretärin – zustimme, die sagt:

„Drogentote sind kein Argumentationsgegenstand. Die Anzahl der sogenannten Drogentoten kann nicht als Maßstab für den Erfolg oder Mißerfolg bestimmter drogenpolitischer Maßnahmen herangezogen werden.“

Das sagt Frau Nickels selber. Aber ich will Ihnen diese Grafik aus Frankfurt noch einmal aufzeigen. Wir haben hier im Jahre 1991 mit 147 Drogentoten den Höhepunkt gehabt. Die Zahlen haben sich bis 1993 auf 68 Drogentote pro Jahr verringert, also mehr als halbiert, weil Frankfurt massiv gegen die offene Drogenszene eingestiegen ist und man es nicht akzeptiert hat, daß die Dealer auf der Straße freies Spiel hatten. Der erste Konsumraum wurde sogar erst Ende 1994 eröffnet. Der entscheidende Schritt, um Menschen zu helfen, ist, diese Form des Drogenhandels in der Stadt nicht zuzulassen, sind die niedrigschwelligen Gesundheitshilfen, die wir in der ganzen Republik im Konsens machen. Daran sollten wir uns halten.

(Beifall bei der CDU – Erhard Pumm SPD: Unverschämtheit!)

**Präsidentin Ute Pape:** Das Wort hat Herr Dr. Schmidt.

**Dr. Martin Schmidt** GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In dieser Frage wird auch ein Problem der Durchsetzung von politischen Grundsätzen deutlich. Ich möchte zu dem etwas sagen, was Frau Uhl gesagt hat, und dann auch zur CDU.

Es ist natürlich ein Kinderspiel, zu sagen, wir setzen parlamentarische Mehrheiten einfach um und dann hat sich das. Das bei so wichtigen Entscheidungen, nämlich der Akzeptanz einer akzeptierenden Drogenpolitik in ganz Deutschland zu machen, wäre höchst leichtfertig. Die rotgrüne Regierung in Berlin/Bonn hat am Anfang ihrer Tätigkeit lernen müssen, daß Politik nicht allein darin besteht, parlamentarische Mehrheiten einfach umzusetzen, sondern daß es in jeder wichtigen Frage darum geht, die öffentliche Zustimmung zu bekommen. Politik soll ja nicht nur für eine Legislaturperiode gelten. Da es Wahlen gibt, muß man immer damit rechnen, daß sie später einmal wieder anders ausgehen. Deswegen ist es erst recht wichtig, in einer solchen Frage die große Oppositionspartei CDU mit einzubeziehen, auch wenn sie derzeit in einem sehr schlechten Zustand ist. Deswegen war es zwingend erforderlich, diesen Weg so zu gehen. Die CDU hat ihre Chance erst einmal vertan, aber sie hat noch einmal eine Chance im Vermittlungsausschuß. Ich hoffe, sie wird sie nutzen. Wenn das allerdings schiefgeht, dann muß wohl die parlamentarische Mehrheit mit einem Gesetz, das im Bundesrat nicht zustimmungspflichtig ist, arbeiten. Aber zunächst einmal gilt für so wichtige Fragen nicht das einfache Klippschulenspiel, wer die Mehrheit hat, der bestimmt.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Ole von Beust CDU: Richtig weise geworden, Herr Dr. Schmidt!)

**Präsidentin Ute Pape:** Weitere Wortmeldungen zu diesem Thema liegen nicht vor.

Wir kommen dann zu den beiden von SPD und CDU angemeldeten Themen, die zusammen debattiert werden sollen.

C

D

(Präsidentin Ute Pape)

**A Hamburg–Berlin: so schnell wie möglich!  
Bahnverbindung Hamburg–Berlin:  
Wie schnell gelingt der Ausbau?**

Wer wünscht das Wort? – Das Wort hat Frau Duden.

**Barbara Duden** SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir sind hier beim letzten Kapitel der unendlichen Geschichte angelangt, zumindest, was Hamburg und den Transrapid angeht.

Um von vornherein Legendenbildungen vorzubeugen, die in den letzten Tagen von der CDU und dem Kreis der anderen üblichen Verdächtigen genährt und gestreut wurden, möchten wir heute noch einmal betonen, daß das Transrapid-Projekt nicht wegen Rotgrün und den ideologischen Scheuklappen und der vermeintlichen Abscheu gegenüber technologischen Großprojekten gescheitert ist.

(*Dr. Roland Salchow* CDU: Sondern?)

Das haben die Redner der SPD-Fraktion in unzähligen Reden immer wieder deutlich gemacht.

(*Bernd Reinert* CDU: Dadurch wird es ja nicht richtiger!)

Die CDU hätte noch in ihrer Regierungszeit den Transrapid haben können, wenn sie ihn denn wirklich gewollt hätte. Noch im Sommer 1998 – und das haben wir hier auch immer wieder deutlich gemacht – hätte der jetzige Schatzmeister der CDU, Herr Wissmann, der wirklich zu bedauern ist, den Transrapid haben können, wenn er denn wirklich gewollt hätte. 16 Jahre lang hätten Sie „ja“ sagen können, und die Krokodilstränen, die jetzt in diesem Zusammenhang in Kommentaren und in Interviews in der Öffentlichkeit von Ihnen hier geweint werden, sind in hohem Maße unehrlich.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Maßgeblich für den Verzicht sind die auf circa 9 Milliarden DM gestiegenen Kosten und das immer unkalkulierbarere Risiko des laufenden Betriebes gewesen. Es bleibt zu bemerken, daß die Politik immer wieder deutlich gemacht hat, daß es bei den berühmten 6,1 Milliarden DM, die wir hier auch immer wieder genannt haben, bleibt und bleiben mußte. Hier hätte die Industrie springen müssen. Das hier gezeigte Verhalten zeugt nicht von hoher Risikobereitschaft und eigentlich auch nicht von viel Engagement für den Technologiestandort Deutschland. Die Suche nach anderen Referenzstrecken ist eine Geisterdebatte, die jedoch jetzt nicht mehr auf Kosten Hamburgs geführt wird. Uns bleibt jedoch, nicht den Schaden für die Stadt zu bejammern, sondern wir brauchen eine realistische und vor allen Dingen eine schnelle Lösung für Hamburg.

Wir fordern eine ICE-Hochgeschwindigkeitsverbindung, die Fahrzeiten von 90 und weniger Minuten möglich macht. Von veränderten Fahrplänen, von Signalen und neueren Zügen ganz zu schweigen. In diesem Zusammenhang muß man bemerken, auch die Streckenführung ist nachrangig, entscheidend ist für uns die kurze Fahrzeit. Hamburg braucht, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standortes zu halten, eine solche Verbindung. Deshalb fordern wir die umgehende Realisierung einer erstklassigen Hochgeschwindigkeitsschienenverbindung, so schnell wie möglich. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Ute Pape:** Das Wort hat Herr Reinert.

**Bernd Reinert** CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das von der SPD angemeldete Thema ist in seiner Formulierung wirklich die allerfeinste Selbstironie: Hamburg–Berlin: so schnell wie möglich! Das wäre der Transrapid gewesen, der dieses ermöglicht hätte.

(Beifall bei der CDU)

Machen wir uns nichts vor, gescheitert ist dieser Transrapid an der Kleingeistigkeit der Herren Klimmt und Mehdorn

(*Barbara Duden* SPD: Nein! – Vereinzelter Beifall bei der CDU)

und an einer nicht ausreichenden Risikobereitschaft der Industrie. Das sei konzidiert.

Allerdings hat die norddeutsche Uneinigkeit zwischen den verschiedenen SPD-Regierungen auch nicht gerade hilfreich gewirkt. Wie gering Hamburgs Einfluß im Bund ist, zeigt sich allein daran, daß wir hier noch zwei Tage vor der endgültigen Entscheidung Senator Wagner gehört haben, der fröhlich verkündete, der Transrapid kommt, davon gehe er aus. Entweder hat er es nicht besser gewußt, oder er hätte besser den Mund halten sollen. Informiert war man offenbar nicht.

(Beifall bei der CDU)

Was haben wir nun in dieser Situation? Wir haben Verlierer, das sind die Stadt und der Standort. Wir haben allerdings auch einen Gewinner hier im Hause, dem herzlich gratuliert sei, denn er hat eine Wette aus dem Jahre 1997 gewonnen. Herr Dr. Schmidt, der Champagner, der Ihnen überreicht werden wird, sei Ihnen ganz herzlich gegönnt. Es ist ein guter, wenn er Ihnen eigentlich auch sauer schmecken müßte.

Besonders ärgerlich für mich ist allerdings, daß dieser Champagner jetzt an jemanden geht, der sagt, wenn das ganze Geld für den Transrapid jetzt freigeworden ist, dann stecken wir das doch in die Verbesserung der Schienenverbindung zwischen Eimsbüttel und Elmshorn. Das ist der geistige Horizont, aber trotzdem: Herzlichen Glückwunsch.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Wir hatten eine Taube in der Hand, die Taube ist weg, und jetzt stehen wir vor der Frage, wie fangen wir den Spatz auf dem Dach und wie sieht der Spatz überhaupt aus.

Herr Mehdorn sagte: 90 Minuten für 350 Millionen DM in eineinhalb Jahren. Das sagte er am 5. Februar, und seitdem wird auf allen Ebenen und Fronten zurückgerudert. Es heißt, unter zwei Stunden auf der vorhandenen Trasse für 800 Millionen DM bis 1,5 Milliarden DM, und das Ganze wird wohl vier bis fünf Jahre dauern nach Abschluß des Planfeststellungsverfahrens. Der Spatz sitzt auf einem sehr, sehr hohen Dach,

(*Dr. Martin Schmidt* GAL: Wer hat denn das verursacht?)

und er wird überhaupt nur zu fangen sein unter Änderung der Sicherheitsvorschriften. Angesichts dessen, was wir leider vor wenigen Tagen in Deutschland hatten, habe ich kein gutes Gefühl dabei, wenn hier Sicherheitsstandards bei der Bahn abgesenkt werden. Zur Beschleunigung trägt mit Sicherheit auch nicht bei, daß über den Ausbau der richtigen Trasse jetzt auch schon wieder Streit in Norddeutschland herrscht.

Der Bürgermeister sagt nun – und insofern stimmt er seinem Amtsvorgänger zu –, ein Ausbau der Strecke wäre

(Bernd Reinert CDU)

- A lediglich eine „lahm ertüchtigte Provinzverbindung“. Deswegen sagt der Bürgermeister, er möchte eine Neubaustrecke.

Meine Damen und Herren! Die Neubaustrecke ist so etwas ähnliches wie der Wachtelkönig, um den dritten Vogel ins Spiel zu bringen, denn die Neubaustrecke werden wir genauso wenig sehen, wie wir jemals den Wachtelkönig gesehen haben.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Leonhard Hajen SPD*: Den kann man ja nicht mal hören!)

Die Neubaustrecke wird Kosten verursachen, die denen des Transrapids absolut gleichkommen, und, lieber Herr Bürgermeister, wenn der Transrapid nicht bezahlbar ist, wie wollen Sie dann die Neubaustrecke vom Bund bezahlen lassen?

Es kommt ein Weiteres hinzu. Diese Neubaustrecke ist sozusagen das ungelegte Ei eines Wachtelkönigs, denn geplant ist noch gar nichts, und es dauert 20 bis 25 Jahre, bis dieses tatsächlich realisiert sein kann.

(*Dr. Hans-Peter de Lorent GAL*: Was wollen Sie denn?)

Herzlichen Glückwunsch zu diesem großen Erfolg.

(Beifall bei der CDU – *Barbara Duden SPD*: Wo war die Botschaft? – *Dr. Hans-Peter de Lorent GAL*: Eine Position hat er nicht bezogen! – *Wolfgang Baar SPD*: Laut gebrüllt und nichts gesagt!)

**Präsidentin Ute Pape**: Das Wort hat Herr Dr. Schmidt.

- B **Dr. Martin Schmidt GAL**: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In der Tat hat hier am 29. Januar 1997 eine historische Wette stattgefunden. Herr Röder von der CDU hat mein Angebot angenommen, eine Kiste Champagner auf den Transrapid oder nicht zu wetten. Ich bin gespannt, wie groß die Kiste sein wird. Aber bei der CDU weiß man nicht, wie Koffer und Kisten aussehen.

Im übrigen ist ein besonderes Phänomen aufgetaucht, das auch mit der CDU zusammenhängt. Herr Reinert beklagt, daß das Ende des Transrapids dem Kleinmut von Herrn Mehdorn zu verdanken ist. Vielleicht darf man darauf hinweisen, daß das Ende des Transrapids damit zusammenhängt, daß bei der Deutschen Bahn nun ökonomisches Denken Vorrang hat. Vor einigen Jahren war man im deutschen Volk in der Regel der Meinung, daß die CDU ein besonders gutes Gespür für Ökonomie hat. Neuerdings weiß man, daß das bei der CDU mit der Ökonomie eigenen Geldes und fremden Geldes etwas schwierig ist. Der Transrapid ist erneut ein Beweis dafür, daß die eigentlichen Ideologen bei Ihnen sitzen, weil Sie wirklich über jedes Geld hinweg ein Ziel verfolgen, koste es, was es wolle. Das hätten Sie jedenfalls gerne gehabt. Aber in Wahrheit stimmt nicht einmal das, weil sich Herr Wissmann, der vielleicht noch ein bißchen rechnen kann, zu Zeiten, als er Minister war und es hätte machen können, niemals getraut hat, solche Verrücktheiten in Gang zu setzen. Er hat es immer nur angekündigt. Deswegen war es natürlich ein Glück für Sie, daß die Regierung gewechselt hat, denn sonst hätten Sie das Ende des Transrapids verkünden müssen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD – *Barbara Duden SPD*: Genau!)

Was allerdings weniger ökonomisch war, war, daß das Bundesverkehrsministerium seit 1992 dafür gesorgt hat,

daß die Eisenbahnlinie von Hamburg nach Berlin systematisch verlangsamt wurde. Man hat zum Beispiel den Umbau der beiden Bahnhöfe, wo es jetzt noch immer sehr langsam geht, planmäßig verzögert. Der Bahnhof Neustadt-Dosse ist seit acht Jahren in Arbeit. Am Bahnhof Wittenberge hat man bislang gar nichts gemacht, und weil die Gleise immer schlechter werden, gilt jetzt auf diesem drei Kilometer langen Bahnhof eine Durchfahrtsgeschwindigkeit von 20 Stundenkilometer. Das verdanken wir der erfolgreichen Politik des Bundesverkehrsministers Wissmann.

Man hat außerdem dafür gesorgt, daß auch auf den Streckenabschnitten, wo es gar keine Kreuzungen mehr gibt, nämlich zwischen Hamburg und Büchen und zwischen Nauen und Spandau, nicht schneller als 160 Stundenkilometer gefahren werden darf, obwohl es technisch selbstverständlich möglich wäre und man dort mit entsprechenden technischen Zusätzen 200 Stundenkilometer oder schneller fahren könnte. Auch das ist absichtlich verhindert worden, damit im Jahre 2006 oder 2008 der Transrapid als strahlender Held vom Himmel fällt. Soweit zu dieser Politik.

Diejenigen, die bisher dafür gesorgt haben, daß wir vor dem Jahre 2008 keine Sekunde schneller nach Berlin fahren sollten, sollten jetzt nicht darüber jammern, daß es jetzt nach dem Ende des Transrapids und nach dem Ende dieser verhängnisvollen Verzögerungspolitik in der Tat nicht gleich morgen schneller geht. Es kann aber trotzdem morgen schneller gehen, weil die Zugverbindung – das habe ich hier schon öfter gesagt – auch mit dem heutigen technischen Standard noch immer absichtlich verlangsamt wird. Jeder, der häufiger nach Berlin fährt, weiß, daß dieser Zug ohne Schwierigkeiten zehn Minuten Verspätung aufholen kann. Er kann also auch einen Fahrplan bekommen, der zehn Minuten schneller geht. Das könnte die Bundesbahn freundlicherweise zum Sommerfahrplan einführen.

Ansonsten werde ich keine Entscheidung verkünden, welcher meiner Meinung nach der beste Weg nach Berlin sein sollte. Ich bin natürlich dagegen, daß es eine Neubaustrecke gibt, weil die in der Tat viel zu teuer wäre. Es kommen zwei Strecken in Frage – das wissen alle Beteiligten –: entweder die jetzt von Hamburg nach Berlin befahrene Strecke über Büchen, Wittenberge oder über Lüneburg, Uelzen, Stendal, Berlin.

Herr Mehdorn hat uns mitgeteilt, daß der Ausbau der Strecke über Büchen auf 90 Minuten ungefähr 1,5 Milliarden DM kostet. Nach meiner Kenntnis kostet die Strecke über Uelzen nicht mehr, sondern eher deutlich weniger. Ich bin dafür, daß in den nächsten Wochen und Monaten entschieden wird, wo es langgehen soll, aber daß wir auf gar keinen Fall wieder der nächsten Verrücktheit anheimfallen und uns für 20 Jahre ein Neubauprojekt als Phantasie anhängen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und bei *Elisabeth Schilling SPD*)

**Präsidentin Ute Pape**: Das Wort hat Frau Sudmann.

**Heike Sudmann REGENBOGEN** – für eine neue Linke: Guten Tag, meine Damen und Herren! Vielleicht sind Sie auch mit mir einer Meinung, daß man über Tote nicht schlecht reden soll. Über tote Verkehrsprojekte möchte ich mich deswegen auch nicht weiter äußern. Viel relevanter ist das, was jetzt zur Zeit passiert. Sie werden sich wahrscheinlich alle noch an unsere sehr amüsante Fragestunde vor zwei Wochen erinnern, als ich Herrn Wagner fragte,

C

D

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke)

A wieweit denn der Senat auf das Scheitern des Transrapid vorbereitet ist, und Herr Wagner in der ihm eigenen Art sagte,

(*Dr. Holger Christier SPD: Auf alle Wechselfälle!*)

auf alle Lebenslagen, auf alle Wechselfälle sind wir vorbereitet. Ich muß feststellen, daß Ihre Phantasie für alle Lebenslagen und Wechselfälle nicht allzuweit zu reichen scheint, denn sonst müßte ein Teil der Koalition, nämlich der GAL-Teil, hier nicht verkünden, mir ist es egal, welche Strecke man ausbaut. Sonst könnte die Koalition ganz klar sagen: Wir haben Pläne, wir wissen, was man jetzt machen muß. Wir haben einen Finanzplan, wir haben einen Zeitplan. Das vermisse ich bisher. Insofern sind Ihre Wechselfälle wirklich eher ein Fall als ein Wechsel.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke –  
*Barbara Duden SPD: Das ist nicht unser Job!*)

– Frau Duden, ich habe Ihren Zwischenruf nicht verstanden, aber aus Ihrer Rede hätte ich eigentlich nicht schließen können, daß Sie sich vor zwei Wochen noch für den Transrapid ausgesprochen haben. Sie haben eben selbst deutlich gemacht, daß es absehbar war, daß dieser Transrapid nicht kommt. Insofern hat die SPD ihre Hausaufgaben nicht gemacht.

Ich will noch einen Aspekt ansprechen, der mich wirklich geärgert hat.

(Vizepräsidentin Sonja Deuter übernimmt den Vorsitz)

B Herr Runde hat in einem der zahllosen Interviews an dem Sonntag unter anderem bei der Frage nach der Verzögerung einer schnellen Bahnverbindung Hamburg–Berlin nicht nur die Gegnerinnen des Transrapid dargestellt, sondern er hat auch gesagt, daß eigentlich die Gegnerinnen schuld daran seien, daß wir jetzt nicht sofort eine schnelle Bahnverbindung bauen können. Das ist sehr vermessen, weil die Menschen, die sich gegen den Transrapid ausgesprochen haben, das sehr wohl begründet haben.

(*Wolfgang Baar SPD: Soviel waren das ja auch nicht!*)

Herr Schmidt hat das eben noch einmal gesagt. Sie haben vor allen Dingen dargelegt, welche Alternativen es gibt, Herr Baar, und wie schnell man diese Alternativen herstellen kann. Auch das hat Herr Schmidt gesagt. Insofern ist es nicht richtig, die Leute zu beschimpfen, die immer auf den besseren Weg hingewiesen haben.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Wir sind dafür, daß wir jetzt die schnelle Verbindung zwischen Hamburg und Berlin bekommen. Sie werden sicherlich gleich fragen, wie sie finanziert werden soll. Wir sind durchaus der Meinung, daß man dafür Gelder von dem Transrapid nehmen kann. Da hat Frau Duden zu Recht gesagt, daß es völlig absurd ist, jetzt so zu tun, als könne man eine andere Referenzstrecke finden. Wir sind der Meinung – das trifft mal wieder die rotgrüne Bundesregierung und insofern auch die Grünen –, daß man die neue Schwerverkehrsabgabe für Lkws, die eingeführt werden soll, nicht für den Ausbau der Autobahn nutzen soll,

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

sondern daß man das Geld durchaus für die Verbesserung von Schienenverbindungen – und da hat natürlich aus Sicht des Nordens die Verbindung Hamburg–Berlin erste Priorität – verwenden kann. Es gibt also viele Wege, und ich bin

sehr gespannt, wie die Wechselfälle des Senators Wagner aussehen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

**Vizepräsidentin Sonja Deuter:** Das Wort hat Herr Senator Wagner.

**Senator Eugen Wagner:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben intensiv, Frau Sudmann,

(*Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Na?*)

daran gearbeitet, und zwar bis zur letzten Stunde, daß der Transrapid kommt.

(*Zuruf von Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke*)

Es mag ja sein, daß Sie das so sehen, aber wir haben daran gearbeitet. Ich bedauere an dieser Stelle noch einmal außerordentlich – aber dann ist es auch mit dem Bedauern vorbei, denn das Leben geht ja weiter –, daß der Transrapid letztendlich offensichtlich an der Betriebswirtschaft gescheitert ist. Ich verstehe nicht, daß wir hier im Hause schon gleich wieder mit dem Finger aufeinander zeigen: der eine hat dieses gesagt, der andere hat jenes gesagt.

(Lachen bei der Gruppe REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Es ist völlig ohne Belang, denn wir sind in diesem Falle – das wissen Sie selbst, es ist teilweise auch in den Reden deutlich geworden – darauf angewiesen, daß sowohl der Bund, die Bundesbahn als auch unsere Nachbarn mitziehen und sich das Thema „Ersatz für den Transrapid“ zu eigen machen. Deswegen ist es besser, auf allen Ebenen mit dafür zu sorgen, daß das Ersatzprojekt, eine schnelle ICE-Strecke nach Berlin, möglichst bald realisiert wird.

(*Vereinzelter Beifall bei der SPD – Dr. Roland Salchow CDU: Was heißt das konkret?*)

Wir haben intensiv mit aller Manpower an diesem Transrapid gearbeitet und werden uns jetzt natürlich auf die ICE-Verbindung stürzen.

(*Zuruf von Bernd Reinert CDU*)

– Ach, hören Sie doch auf, Herr Reinert. Wenn wir eine Alternativplanung gemacht hätten im stillen Kämmerlein

(*Bernd Reinert CDU: Um Himmels willen!*)

und es wäre herausgekommen, dann wäre das für Sie der Beweis gewesen, daß wir die Planung Transrapid unterlaufen, und das ist niemals unsere Absicht gewesen, sondern wir waren für den Transrapid.

(Beifall bei der SPD – Glocke)

**Vizepräsidentin Sonja Deuter** (unterbrechend): Herr Senator Wagner, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Sudmann?

(*Senator Eugen Wagner: Selbstverständlich.*)

**Zwischenfrage von Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke:** Herr Senator, wenn Sie keine Alternativplanung gemacht haben, wie haben Sie sich dann auf den Wegfall des Transrapid vorbereitet?

(*Ole von Beust CDU: Mental!*)

A **Senator Eugen Wagner** (fortfahrend): Das ist doch ganz einfach. Wenn Sie keinen Erfolg haben, dann steuern Sie um und gehen den Weg, der dann den größten Erfolg verspricht, und das ist in diesem Fall die ICE-Anbindung. Es ist doch lächerlich, sich hier hinzustellen und zu sagen, man ist nur dann vorbereitet, wenn man sich schon drei Jahre vorher auf Ereignisse, von denen man selbst glaubt, daß sie nicht eintreten, vorbereitet. Das ist doch eine Lachnummer, um das mit aller Klarheit zu sagen, das ist doch Kinderkram.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Daß Sie jetzt gewonnen haben, ist doch in Ordnung. Freuen Sie sich still vor sich hin, und sehen Sie zusammen mit uns zu, daß wir den ICE bekommen, und zwar möglichst bald.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Es geht hier um ein Zusammenwirken von Bund, Bundesbahn und Nachbarländern; die müssen alle mitspielen. Deswegen ist es wichtig, daß man sich mit den Äußerungen nach außen auch ein bißchen danach richtet und nicht immer gleich den einen oder anderen vor das Schienbein tritt. Ob die Trasse so oder anders laufen soll, ist doch egal, es kommt darauf an, daß wir möglichst viele finanzielle Mittel für die schnelle ICE-Trasse nach Berlin sichern. Darauf kommt es zum jetzigen Zeitpunkt an, und das andere wird sich dann finden.

(*Michael Fuchs CDU: Aha!*)

Nehmen Sie sich das bitte einmal zu Gemüte, denn es wird nicht ganz einfach sein, was an den einzelnen Strecken passieren muß. Ich will nur das Beispiel nennen, die Bahnübergänge aufzuheben. Es ist ja nicht eben so, daß man einen Übergang aufhebt und dann ist die Sache erledigt, sondern da gibt es verschiedene Verfahren und auch unterschiedliche Meinungen, ob man das so machen sollte. Man sollte also die Latte nicht so hoch hängen, daß man nur unterdurchlaufen kann. Wir arbeiten dafür, daß wir diese Bahnverbindung schnell, attraktiv und mit neuem Zugmaterial bekommen. Aber dazu brauchen wir die Unterstützung aller, und zwar auch von Ihrer Seite, nur damit Sie das einmal gehört haben. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

B

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD und der GAL)

**Vizepräsidentin Sonja Deuter:** Das Wort erhält Herr Röder.

**Berndt Röder CDU:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das war ja ein sehr interessanter Auftritt des zuständigen Senators, der in den letzten Jahren intensiv mit aller Manpower am Transrapid gearbeitet hat, wie wir jetzt gehört haben, und nun mit aller Macht an einer schnellen Verbindung zwischen Hamburg und Berlin arbeitet.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU – *Barbara Duden SPD: Ist das nicht gut? – Wolfgang Baar SPD: Das ist seine Aufgabe!*)

– Das ist seine Aufgabe, aber beim ersten Teil würde ich mich in der Bewertung dem Bürgermeister anschließen wollen – das ist eine der wenigen Fälle, wo ich das tue –, daß nämlich diese Entscheidung ein schwerer Schlag für den Norden ist. Erstens ist es eine Fehlentscheidung, die uns in Hamburg kraß treffen wird, und zweitens ist hier eine Chance für den Wirtschaftsraum vertan worden.

(Beifall bei der CDU)

Zu Ihrem intensiven Arbeiten in der Baubehörde bezüglich des Transrapids will ich mich einem Kommentar einer Hamburger Tageszeitung anschließen, in dem stand: Wer das Engagement Hamburgs in Sachen dieser neuartigen Schnellverbindung verfolgt hat, gewann die Ansicht, daß Hamburg bei allem positiven Bekunden nie kämpferisch für dieses Projekt eingetreten ist. Immer hat der Mut gefehlt, das ganze Gewicht der Bedeutung in die Entscheidung einzubringen; das ist richtig.

C

(Beifall bei der CDU – *Karl-Heinz Warnholz CDU: Hört, hört!*)

Meine Damen und Herren! Es gab durchaus Gründe, über das Projekt Transrapid unterschiedlich zu diskutieren. Das hat auch die SPD-Fraktion getan und zunächst, wenn auch nur mit 24 zu 26 Stimmen, beschlossen, ihn abzulehnen; dennoch hat der Senat dieses Projekt weiter verfolgt. Das Land Schleswig-Holstein hat von Anfang an gesagt, es wolle das Projekt nicht. Mecklenburg-Vorpommern wollte es zunächst, hat sich nach der neuen Regierungsbildung aber darauf verständigt, es nicht mehr zu wollen. Die Meinungen der SPD und der GAL in Hamburg gingen auseinander. Dieses Umfeld muß doch für den Senat Grund gewesen sein, sich zu überlegen, was geschieht eigentlich für den Fall, daß das Transrapid-Projekt – wir halten es nach wie vor für richtig – nicht verwirklicht werden sollte. Daß wir eine schnelle Verbindung brauchen, ist nach wie vor richtig. Aber jetzt ist der Transrapid nicht da, und das andere ist auch nicht da.

Herr Senator, wie sieht es denn in Wahrheit aus? Sie hatten den schon zitierten Beschluß der SPD von 1994, in dem damals schon verlangt wurde: Sichert euch die 6,1 Milliarden DM für diesen Bereich; genau das aber hat Bürgermeister Voscherau verweigert. Nun hat ausgerechnet er in den Ansichten eines Hanseaten diesen Tatbestand kritisch hinterfragt und festgestellt, das habe man eigentlich wissen müssen. Eine Wertung über Herrn Voscherau möchte ich hier nicht vornehmen, seine Aussage spricht für sich. Aber wir haben seit geraumer Zeit einen anderen Bürgermeister in dieser Stadt, und was hat Bürgermeister Runde denn getan, um die 6,1 Milliarden DM für den Standort zu sichern?

D

(*Jürgen Schmidt SPD: Was hat denn Herr Fischer getan?*)

Offenkundig gar nichts, meine Damen und Herren, und das ist falsch. Jetzt geht das Gerenne um diese Gelder natürlich los, und was geschieht? Bundeskanzler Schröder hat am Montag der letzten Woche geäußert, den Neubau einer ICE-Strecke werde es wohl nicht geben, dafür fehle das Geld. Im übrigen werde man eine Ertüchtigung in Angriff nehmen und die freiwerdenden Transrapid-Mittel „unter anderem“ hierfür verwenden. Das heißt, Sie werden die Mittel, die Sie für den Neubau einer solchen Strecke brauchen – die werden bei mehr als 8 Milliarden DM liegen, also mehr als beim Transrapid –, nicht zur Verfügung haben, und der Neubau wird zwischen 20 und 25 Jahren dauern. Sie können nur noch die alte Strecke ertüchtigen, und auch dieses wird viel, viel länger dauern, als Sie uns heute weismachen wollten. Wenn Sie heute beginnen würden, brauchen Sie ungefähr sieben Jahre und müssen dafür 800 Millionen DM aufwenden,

(*Dr. Martin Schmidt GAL: Wann wäre denn der Transrapid fertig gewesen?*)

und dann teilen Sie hier dem Hause mit, das werde sich finden, und erklären uns noch, Sie arbeiteten mit aller Macht in der zuständigen Behörde daran. Sie haben in einer ganz

(Berndt Röder CDU)

A wichtigen Frage dem Standort Hamburg schweren Schaden zugefügt.

(Beifall bei der CDU)

Nun noch kurz zu Ihrem Auftritt in der letzten Parlaments-sitzung. Dort haben Sie noch erzählt, wie toll alles stünde. Entweder Sie stehen nicht mehr im Einvernehmen mit der Bundesregierung, was für Hamburg sehr, sehr schlecht wäre, oder Sie haben hier dem Hause damals schon nicht die Wahrheit gesagt und eine Komödie gespielt, obwohl es sich in Wahrheit um eine Tragödie handelt. Beides spricht nicht für Sie, Herr Senator, spricht nicht für diesen Senat. Wir haben es hier mit einem schweren Schlag für den ganzen Norden zu tun, und daran trägt dieser Senat ein gerüttelt Maß an Mitschuld.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Sonja Deuter:** Das Wort erhält Frau Sudmann.

**Heike Sudmann REGENBOGEN** – für eine neue Linke: Nach der Rede von Herrn Senator Wagner können wir erstens feststellen, daß der Senat nicht vorbereitet war, obwohl selbst aus der SPD-Bundestagsfraktion schon seit langem Stimmen deutlich wurden, daß der Transrapid sterben werde, und er leider eingleisig bis zur letzten Minute geplant war. Ein zweigleisiges Planen und Denken beim Transrapid scheint nicht da zu sein.

Zweitens hat Herr Senator Wagner die Bürgerschaft vor zwei Wochen regelrecht auf den Arm genommen. Sie haben uns suggeriert, Sie hätten durchaus Alternativplanungen, aber das hat nicht stattgefunden. Nun ist die Bürgerschaft es durchaus gewohnt – zumindest die Opposition –, auf den Arm genommen zu werden. Was aber nicht sein sollte und nicht sein darf, ist, daß Herr Wagner mit seiner Rede hier eine politische Bankrotterklärung abgibt,

(Barbara Duden SPD: Das ist doch Quatsch!)

eine Bankrotterklärung deswegen, weil das Scheitern des Transrapids nicht aus heiterem Himmel gekommen ist; es war absehbar. Und wenn Herr Röder von einem Schaden für Hamburg spricht, an dem die CDU meiner Meinung nach einen sehr großen Anteil hat, dann besteht der Schaden für Hamburg darin, daß wir keine schnelle Verbindung nach Berlin haben und es noch lange dauern wird, bis sie kommt. Insofern ist die politische Bankrotterklärung sowohl für die SPD und für die GAL anzusagen, aber auch für große Teile der CDU, Herr Röder.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

**Vizepräsidentin Sonja Deuter:** Das Wort erhält Herr Senator Wagner.

**Senator Eugen Wagner:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe mich eigentlich wegen der 6,1 Milliarden DM gemeldet. Ich habe mit dem ehemaligen Bundesverkehrsminister Wissmann viele Gespräche geführt.

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Telefoniert?)

Das Haus Ihres Kollegen Wissmann hat es immer strikt abgelehnt, anders als in Transrapid-Kategorien zu denken. Das habe ich auch für richtig empfunden, um das einmal mit aller Deutlichkeit zu sagen. Und dann stellen Sie sich hierhin und sagen, warum hat der hamburgische Senat nicht dafür gesorgt, daß diese 6,1 Milliarden DM für etwas

anderes zur Verfügung stehen können. Irgendwo scheinen bei Ihnen die Dinge nicht ganz richtig im Kopf zu sein,

(Beifall bei Ulf Lafferenz CDU)

sonst kann das ja nicht angehen. Wenn Sie Ihren Herrn Fischer einmal fragen würden, diesen Oberfahnenträger im ehemaligen Bonn,

(Barbara Duden SPD: Mit dem reden wir ja nicht!)

dann hätten Sie das auch gewußt. Dann hätten Sie sich hier nicht hingestellt und einfach Noten verteilt, Schuldzuweisungen gemacht. Wir waren für den Transrapid, der Transrapid ist den Bach runtergegangen, und jetzt müssen wir uns darum kümmern, daß wir schnellstmöglich eine ICE-Verbindung bekommen, das ist die Lage. Da nützt uns dieses kleinkarierte Hin und Her nichts, sondern wir müssen nach vorne blicken und auch in den anderen Bundesländern dafür sorgen, daß diese Aufrechnungen, die ich jetzt in der Presse lese, aufhören, denn wir brauchen eine einheitliche Front und vor allen Dingen Geld; ich weiß nicht, ob Ihnen das klar ist. Ich hoffe, daß wir möglichst viel von den Geldern bekommen – das steht aber nicht in unserer Macht –, die für den Transrapid ursprünglich zur Verfügung standen.

(Glocke)

**Vizepräsidentin Sonja Deuter** (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Sudmann? – (Zustimmung)

**Zwischenfrage von Heike Sudmann REGENBOGEN** – für eine neue Linke: Herr Senator Wagner, habe ich Sie richtig verstanden, daß das kleinkarierte Hin und Her das Parlament der Hansestadt Hamburg ist?

(Ah- und Oh-Rufe bei der SPD und der CDU)

**Senator Eugen Wagner** (fortfahrend): Frau Sudmann, zu Ihrer Meinung, daß man sich in bestimmten Fällen auf gewisse Lagen vorbereiten soll, die vielleicht eintreten können, kann ich nur eines sagen: Wenn Sie eine Behörde leiten würden, bräuchten Sie doppelt und dreifach soviel Personal, weil Sie sich natürlich auf alle Lebensfälle einstellen müßten; so ist das bei Ihnen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Herr Wagner, warum ist die Baubehörde denn so groß?)

**Vizepräsidentin Sonja Deuter:** Das Wort erhält Herr Zuckerer.

**Walter Zuckerer SPD:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Offen gestanden verunsichert mich die Debatte über dieses Projekt in diesem Parlament bisher doch etwas, weil ich der Auffassung war, daß wir, was unsere Interessen in dieser Stadt betrifft, eine gewisse Gemeinsamkeit hätten, und zwar unabhängig davon, ob man einmal für oder gegen dieses Projekt war.

Frau Sudmann hat zunächst recht mit der Feststellung, daß der Schaden darin besteht, daß Hamburg keine Hochgeschwindigkeitsverbindung hat.

Die zweite Feststellung mag interessant sein, nämlich die Frage, wer daran alles schuld sei. Da gibt es zweifellos eine ganze Reihe von Ereignissen, die man anführen kann. Derjenige, der meines Erachtens am wenigsten schuld hat, ist der Hamburger Senat. Herr Röder, es ist bei aller Achtung

(Walter Zuckerer SPD)

- A Ihrer Kompetenz absolut nicht einleuchtend, sich innerhalb dieser Gemengelage zwischen Industriepolitik, Technologiepolitik, den Exportinteressen der deutschen Industrie, der Verkehrspolitik, der Freien und Hansestadt Hamburg und den Finanzierungsproblemen zweier verschiedener Bundesregierungen hier hinzustellen und mitzuteilen, daß der Senat den schweren Schaden für Hamburg verursacht habe, auch wenn man das als Opposition immer sagen kann. Was hätte denn der Senat anderes machen sollen? Es ist richtig, daß die norddeutschen Küstenländer sich nicht unbedingt einig waren, aber auch Sie würden die Einigkeit nicht herbeiführen können. Es ist richtig, daß der Hamburger Senat bis zur letzten Minute versucht hat, dieses Projekt für Hamburg zu realisieren. Ihm das aber anschließend unter dem Gesichtspunkt vorzuhalten, er hätte die ganze Zeit schon parallel planen müssen, ist eher abwegig. Und daß nicht versucht worden wäre, was man hätte versuchen können, können Sie einfach nicht belegen.

Deswegen bleibt auch die Frage, wie wir die Interessen der Freien und Hansestadt Hamburg jetzt sichern, nachdem wir mindestens fünf Jahre zurückgeworfen worden sind. Dieser Frage müssen wir uns stellen, und sie ist nicht nur eine Frage des SPD/GAL-Senats oder der SPD-Fraktion, sondern des gesamten Parlaments. Ich dachte, daß wir uns darin einig seien, denn das erste, wofür wir zu kämpfen haben, ist, die bestehende Strecke so schnell wie möglich zu verbessern. Das ist ein Minimum, und da sollten wir uns doch einig sein.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Das zweite, was unter uns unumstritten sein sollte, ist, daß diese Stadt, die eine Metropole ist und ein Fixpunkt in der gesamten Ostseeregion für die Zukunft sein will, sich nicht damit zufriedengeben kann, nur eine beschleunigte Strecke zu haben, sondern mittelfristig für eine Hochgeschwindigkeitsverbindung nach Berlin kämpfen muß

B

(Beifall bei der SPD – *Ulf Lafferenz CDU*: Das war der Transrapid!)

und sogar für darüber hinausgehende transnationale Netze.

Sie wissen ganz genau, daß man nicht vor zwei Jahren die 6 Milliarden DM für Hamburg in irgendeinem Topf reservieren konnte. Hamburg braucht das Geld, und wir haben die Vision, die Sie für unrealistisch halten – sie mag derzeit nicht ganz an der Realität sein, aber sie ist unsere Vision –, dies durchzusetzen. Dafür müssen wir kämpfen, das wäre die Aufgabe unserer Stadt und der politischen Kräfte in ihr.

(*Bernd Reinert CDU*: Aber Ihr Koalitionspartner will das doch nicht!)

– Darauf komme ich noch, wenn Sie das gerne haben.

Die Aufgabe unserer Stadt und aller politischen Kräfte ist es doch, dieses Geld freizukämpfen, denn dieses Geld ist – Zusage hin oder her – nicht da. Da werden die Südländer Verteilungskämpfe führen, und da werden andere Bundesländer Verteilungskämpfe führen. Das politische Signal dieser Aktuellen Stunde kann auch sein, daß Sie uns vorwerfen, wir hätten gewisse Dinge nicht ordentlich erledigt, das akzeptiere ich.

(Beifall bei *Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke*)

Aber das eigentliche Signal ist, daß alle politischen Parteien dieser Bürgerschaft oder zumindest die wesentlichen dafür stehen, daß Hamburg dieses Interesse realisiert und

durchsetzt. Und da dachte ich bisher immer, daß wir das gemeinsam umsetzen können. C

(Beifall bei der SPD und bei *Antje Möller GAL*)

Zum Abschluß antworte ich noch auf Ihren Zwischenruf. Es ist richtig, daß es unterschiedliche Auffassungen in der SPD und der GAL gab, was den Transrapid betrifft. Richtig ist auch – das werden Sie nicht bestreiten können –, daß die Regierungsfractionen dem Senat freie Hand gewährt haben.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Sonja Deuter**: Das Wort erhält Herr Röder.

**Bernd Röder** CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Diese Debatte ist mir viel zu schade, um zu Fragen der Schuld eine Diskussion zu führen.

(*Wolfgang Baar SPD*: Wer ist denn damit angefangen?)

– Passen Sie doch einmal auf. Hier hat überhaupt niemand angefangen, hier geht es um den Standort Hamburg, und da müssen wir feststellen, was geschehen ist und was geschehen muß.

Eines ist nicht geschehen. Man hat den Transrapid gegen die Wand laufen lassen und hat für alternative Verbindungen nichts: keine Planung, keine entsprechende Streckenführung. Jetzt geht das Gezerre zwischen den unterschiedlichen Flächenländern über die Streckenführung los. Man hat noch nicht einmal das Geld, und um diese Frage, Herr Zuckerer, kommen Sie nicht so einfach herum. Was heißt hier, ich könnte nicht belegen, daß man sich nicht darum bemüht habe, die entsprechenden Gelder während der Planungszeit des Transrapids bereits sicherzustellen. D

Erstens: Es war ein Beschluß Ihrer Fraktion, ob weise oder nicht, daß der damalige Bürgermeister Voscherau genau das tun sollte. Er hat es dann nicht getan, und er mag erklären, warum er es nicht getan hat, aber es war ein Beschluß Ihrer Fraktion.

(*Dr. Martin Schmidt GAL*: Er hätte das nur sagen müssen!)

Wenn dieser Beschluß falsch war, dann teilen Sie bitte einmal mit, warum Sie ihn damals so getroffen haben.

Zweitens: Im übrigen hat Bausenator Wagner doch gerade erklärt, genau das habe er nicht getan. Auch er wollte sich nicht um dieses Geld bemühen, weil ansonsten möglicherweise seine Glaubwürdigkeit Schaden nimmt.

(*Jürgen Schmidt SPD*: Sagen Sie doch mal was zu Ihrem Fischer!)

Kommen wir zu einem letzten Punkt. Jetzt brauchen wir – da sind wir uns doch einig – eine Schnellverbindung zwischen Hamburg und Berlin, da gibt es überhaupt kein Vertun, und zwar möglichst schnell. Die schnellste aller Varianten ist die Ertüchtigung der jetzt bestehenden Strecke. Die wird nach Schätzung von Fachleuten sechs, sieben Jahre dauern, eine Neubaustrecke 20 bis 25 Jahre, und soviel Zeit haben wir nicht. Herr Bausenator, wenn Sie hier wieder flapsig vor die Öffentlichkeit treten, um zu begründen, warum Sie wiederum nichts tun mußten, dann muß ich ehrlich sagen: Wofür sitzen Sie eigentlich in dieser Behörde?

(Beifall bei der CDU)

(Berndt Röder CDU)

A Die Behörde ist doch dafür da, den Standort Hamburg zu ertüchtigen, den Wirtschaftsraum im Norden zusammenzuführen. Dafür müssen Sie Alternativplanungen haben; das erwarte ich selbstverständlich. Zu sagen, es sei jetzt alles so traurig, reicht nicht. Im übrigen haben Sie gerade Ihrem Bürgermeister widersprochen, denn die Staatliche Pressestelle hat genau diese Forderung erhoben, nämlich die für den Transrapid vorgesehenen Mittel jetzt für den ICE zur Verfügung zu stellen. Warum haben Sie das denn nicht vor Jahren getan? Hätten Sie es getan, stünden wir besser da.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Holger Christier SPD*: Ein bißchen Logik wäre ganz schön!)

**Vizepräsidentin Sonja Deuter:** Das Wort hat Herr Dr. Martin Schmidt.

**Dr. Martin Schmidt GAL:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist ja bekannt, daß ich in Sachen Transrapid anderer Meinung war als der Bausenator. Dennoch kann ich mir nicht vorstellen, daß der Bausenator in der Lage ist, eine ICE-Planung von Hamburg nach Berlin zustande zu bringen.

(*Bernd Reinert CDU*: Der sowieso nicht!)

Dazu hat er weder die Leute noch die Kompetenz. Das macht bekanntlich in Deutschland entweder das Bundesverkehrsministerium oder die Deutsche Bahn, und nur die können das. Deswegen ist der Vorwurf, der Hamburger Senat habe nicht rechtzeitig alternative Strecken geplant, so albern, als ob man ihm vorwürfe, er hätte mit dem Finger auf der Landkarte eine Linie zeichnen sollen.

B Zu den 6,1 Milliarden DM: Mit den 6,1 Milliarden DM kann man beide Strecken, über die wir diskutieren, nämlich Hamburg–Büchen–Berlin oder Hamburg–Lüneburg–Uelzen, auf 90 Minuten Geschwindigkeit ausbauen, und dann bleibt vermutlich noch die Hälfte des Geldes übrig.

(Glocke)

**Vizepräsidentin Sonja Deuter** (unterbrechend): Herr Schmidt, akzeptieren Sie eine Zwischenfrage von Frau Sudmann? – (Zustimmung)

**Zwischenfrage von Heike Sudmann REGENBOGEN** – für eine neue Linke: Wenn der Hamburger Senat nichts für die Beschleunigung der Strecke tun kann, weshalb hat dann der Abgeordnete Schmidt in der letzten Legislaturperiode vom Hamburger Senat dies immer wieder gefordert?

**Dr. Martin Schmidt** (fortfahrend): Wir haben nicht gefordert, daß der Hamburger Senat planen sollte, wie die Strecke aussehen soll, sondern daß er sich dafür einsetzt, daß die real existierende Strecke beschleunigt wird. Dies ist gescheitert, und deswegen ist es so, wie es ist. Es ist nicht am Hamburger Senat gescheitert, sondern an der von der CDU geführten Bundesregierung und am Bundesverkehrsministerium, das der Deutschen Bahn regelrecht verboten hat, die Strecke zum Beispiel für die übliche Beschleunigung auf 200 Stundenkilometer auszubauen. Das ist wirklich geschehen, und deswegen kann der Hamburger Senat dafür echt gar nichts, auch wenn ich unterschiedlicher Meinung in Sachen Transrapid war und bin.

Noch einmal zu den 6,1 Millionen DM.

(*Bernd Reinert CDU*: Milliarden! Das ist keine Velo-Route, das kostet richtig Geld!)

– Milliarden. – Das Verrückte ist ja, daß wir nur einen Teil dieses Geldes brauchen, um das notwendige Ziel zu erreichen. Herr Mehdorn hat vorhin schon gesagt, wir brauchen 1,5 Milliarden DM für die Strecke Büchen, um sie auf 90 Minuten zu bringen; ich zweifle allerdings ein bißchen an dieser Zahl. Aber ich weiß ziemlich genau, daß für die Strecke Lüneburg–Uelzen nicht 1,5 Milliarden DM, sondern weniger benötigt werden.

Und nun zum Zeitraum. Wenn der Transrapid gekommen wäre, bräuchten wir von jetzt ab vermutlich noch acht Jahre. Das haben viele von Ihnen billigend in Kauf genommen. Jetzt jammern Sie, daß es zum schnellen ICE fünf Jahre dauert, ich finde das komisch. Ich hätte mir gewünscht, es ginge schneller, aber es ist so.

Noch etwas zum Standort Hamburg und der Eisenbahnpolitik überhaupt und Herrn Reinerts schönem Vorwurf, ich hätte Provinzpolitik verlangt. Es ist natürlich wahr, daß zur Transrapid-Politik der alten Bundesregierung und der Deutschen Bahn bis vor einem halben Jahr gehörte, daß Eisenbahnpolitik immer nur für die Fernverbindungen gemacht wurde, und einige in Hamburg lassen sich davon noch heute anstecken. Wenn die über sogenannte Standortpolitik reden, dann kommt nur die weite Welt, Skandinavien oder mindestens Osteuropa in den Blick, aber die eigentliche regionale Notwendigkeit einer Infrastruktur ist nicht mehr drin.

(Beifall bei *Farid Müller GAL*)

Die Handelskammer hat neulich wieder so ein Hochglanzpapier gedruckt. Da wird über Standortverkehrspolitik geredet, und es ist nicht von den Städten im Umland Hamburgs die Rede, zu denen es keine guten Eisenbahnverbindungen gibt. Deswegen verlange ich in dem Zusammenhang, daß Hamburg und seine Metropolregion endlich die Eisenbahnverbindungen bekommt, die es braucht. Das bedeutet zum Beispiel Ausbau der Strecke Pinneberg–Elmshorn, das bedeutet die Elektrifizierung nach Lübeck, das bedeutet die Herrichtung der Güterverkehrslinie von Bad Oldesloe nach Neumünster, und das bedeutet – damit hat es glücklicherweise gestern angefangen – endlich das dritte Gleis auf der Strecke Hamburg–Lüneburg. Denn im Antistauprogramm des Bundesverkehrsministers, das er gestern verkündet hat, ist glücklicherweise der dreigleisige Ausbau nach Lüneburg beschlossen.

Nun warte ich immer noch auf den Champagner. Werner Döbritz lade ich auf jeden Fall ein, ihn mitzutrinken, da er schon 1994 die Prophezeiung gewagt hat, daß er eher in der Elbe badet, als daß der Transrapid kommt.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

**Vizepräsidentin Sonja Deuter:** Das Wort hat Herr Bürgermeister Runde.

**Erster Bürgermeister Ortwin Runde:** Meine Damen und Herren! Herr Röder, Sie haben hier ein Beispiel von Beliebigkeit in der Diskussion und Argumentation geliefert, das schon atemberaubend ist.

(*Barbara Duden SPD*: Ja! und Beifall bei der SPD – *Berndt Röder CDU*: Ich habe Sie zitiert!)

In Ihrem ersten Beitrag zitieren Sie die Presse, die gesagt hat, der Hamburger Senat habe sich nicht hinreichend und klar genug für den Transrapid eingesetzt, mit einer tiefen Vorwurfshaltung.

(*Berndt Röder CDU*: Ja!)

(Erster Bürgermeister Ortwin Runde)

- A In Ihrem zweiten Beitrag sagen Sie, der Senat habe nicht rechtzeitig genug vom Transrapid Abschied genommen

(Berndt Röder CDU: Sie haben nichts verstanden!)

und eine Umwidmung der 6,1 Milliarden DM für eine ICE-Strecke vorgesehen. Nun müssen Sie sich überlegen, in welcher Linie Sie argumentieren wollen.

(Beifall bei der SPD)

Diese Art der Diskussion ist der Problemstellung nicht angemessen.

(Berndt Röder CDU: Das ist Kamikazepolitik!)

Ich erwarte in einer solchen Situation, in der wir uns heute befinden – Herr Zuckerer sagte es schon –, daß im Parlament hamburgische Interessen gemeinsam vertreten werden. Dazu muß man sehen, wie sich hamburgische Interessen vor diesem Hintergrund definieren.

In den letzten Jahren war für die Herstellung einer Hochgeschwindigkeitsverbindung zwischen Hamburg und Berlin allein der Transrapid im Angebot und nichts anderes. Deswegen mußte der Senat – und hat es auch – bis zuletzt auf den Transrapid setzen. In einem laufenden Planfeststellungsverfahren alternativ andere Planungen zu betreiben, zeugt von einer Naivität sondergleichen,

(Beifall bei der SPD und bei Dr. Martin Schmidt GAL – Berndt Röder CDU: Ne!)

ganz abgesehen davon, daß es unmöglich ist zu glauben – Herr Schmidt hat es gesagt –, Hamburg könne mit seinem großen Streckenanteil an einer solchen Strecke die Gesamtplanung einer Strecke Hamburg–Berlin ohne das Mitwirken anderer Bundesländer, des Bundesverkehrsministeriums und der Deutschen Bahn AG vornehmen. Das ist die gesamte Seriosität, die da aus Ihnen spricht.

B

(Wolfgang Baar SPD: Sehr naiv!)

Jetzt haben wir die Situation, daß die Realisierung des Transrapids nicht möglich ist, und zwar nicht wegen Hamburg und nicht wegen irgendwelcher Mängel im Planfeststellungsverfahren durch Hamburg oder wegen der norddeutschen Länder.

Die Auseinandersetzung, die unterschiedlichen Positionen auch der norddeutschen Länder haben dort keine Rolle gespielt, sondern dies war ein Punkt, der an der Industriepolitik, an der Tapferkeit und dem Mut der Industrie und an betriebswirtschaftlichen Fragen sowie der Bewertung bei der Bahn gescheitert ist. So ist die Realität, auf die wir uns jetzt einstellen müssen. Danach folgt die Frage, wie unsere Interessensituation hier in Hamburg ist.

Wir wissen, daß der Bundesverkehrswegeplan hoffnungslos unterfinanziert ist. Sich dort am Ende anstellen zu müssen, um Gelder für die Verbindung Hamburg–Berlin zu bekommen, würde bedeuten, daß wir uns in Konkurrenz mit allen anderen befänden. Hier muß die Forderung Hamburgs sein, daß die verkehrspolitische Funktion, die mit dem Transrapid verbunden war – nämlich die beiden Metropolregionen in hoher Geschwindigkeit miteinander zu verbinden –, jetzt auch entsprechend vorrangig bedient wird.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Damit haben wir aber ein kleines Problem. Die 6,1 Milliarden DM für den Transrapid lagen außerhalb des Bundesverkehrswegeplans. Bei der Koalition im Bund heißt es nun: Wir wollen diese Mittel für eine andere Transrapid-Referenzstrecke nutzen. Damit befinden wir uns in der Situation, Mittel erkämpfen zu müssen. Für mich ist damit die Aussage des Kanzlers, des Finanzministers und des Verkehrsministers, daß Hamburgs verkehrspolitisches Ziel jetzt vorrangig bedient und realisiert werden muß, sehr wert. Darauf müssen wir aufbauen und bestehen. Das habe ich zusammen mit den anderen norddeutschen Ländern eingefordert, und um das zu konkretisieren, werden wir uns am Freitag hier treffen.

renzstrecke nutzen. Damit befinden wir uns in der Situation, Mittel erkämpfen zu müssen. Für mich ist damit die Aussage des Kanzlers, des Finanzministers und des Verkehrsministers, daß Hamburgs verkehrspolitisches Ziel jetzt vorrangig bedient und realisiert werden muß, sehr wert. Darauf müssen wir aufbauen und bestehen. Das habe ich zusammen mit den anderen norddeutschen Ländern eingefordert, und um das zu konkretisieren, werden wir uns am Freitag hier treffen.

C

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Angesichts der Auseinandersetzung, die es um die Mittel gibt, ist das nicht ganz einfach. Das Interesse der Koalition, weitere Referenzstrecken irgendwo anders zu planen, halte ich für absurd, wenn man bedenkt, wie lange Planfeststellungsverfahren laufen. Daß die Planung der Transrapid-Strecken vielleicht in hoch besiedelten Gebieten,

(Bernd Reinert CDU: Das gilt auch für ICE-Strecken!)

im Ruhrgebiet oder an anderer Stelle industriepolitisch noch Sinn machen sollte, vermag ich nicht einzusehen.

(Ole von Beust CDU: Das müssen Sie Herrn Klimmt sagen!)

Diese Verschiebungen nach Süden kommen mit uns nicht in Frage. Wir müssen uns mit den norddeutschen Ländern gemeinsam dafür einsetzen, auf die Verkehrsprobleme hier im Norden andere Antworten zu finden, nachdem das über den Transrapid nicht mehr möglich ist.

Es ist erfreulich, daß im Antistauprogramm hier im Norden – darauf ist auch hingewiesen worden – nicht allein der Bereich des Aufbohrens der Autobahn behandelt wird. Bezüglich der B 404 gibt es ein paar Punkte, die hinsichtlich der Frage der Verbindung im Norden und Nordosten Hamburgs nicht ohne Bedeutung für uns sind; das spielt schon eine Rolle. Ich finde es erfreulich, daß sehr viel in die Bereiche Schiene und Wasser geht. Daß der Schienenweg Lübeck–Hamburg elektrifiziert wird, halte ich für etwas, das auch in hohem Maße im hamburgischen Interesse liegt. Ferner halte ich für wichtig, daß Hamburg–Stelle–Lüneburg, als Voraussetzung für die Lösung vieler Probleme in diesem Nadelöhr, ein drittes Gleis erhalten soll. Auch die vorgesehene Erweiterung im Bereich Elmshorn–Pinneberg ist von erheblicher Bedeutung.

D

(Berndt Röder CDU: Das ist nur die falsche Seite, wenn man nach Berlin fahren will!)

Im Verhältnis Hamburg–Berlin brauchen wir langfristig eine Hochgeschwindigkeitsverbindung, das muß jedem einleuchten. Wenn sie nicht mit der Transrapid-Technik möglich ist, dann mit der Technik Rad-Schiene. Was das an technischen Möglichkeiten heißt, ist allgemein bekannt. Über eine Realisierung muß ernsthaft geredet werden; es kann sein, daß das über eine Ergänzung in Anlehnung heute vorhandener Strecken erreicht wird. Wir müssen schnellstmöglich erreichen, von den absurden zweieinhalb Stunden Fahrzeit wegzukommen. Möglicherweise wird es zu der Frage zwischen den beiden Strecken, die zur Verfügung stehen, rein technische Antworten auf das Nächstliegende geben. Dazu werden wir Bündnispartner brauchen, denn bei all diesen Fragen – beispielsweise bei den niveaugleichen Bahnübergängen – bedarf es entsprechender Planfeststellungen. Hierbei sind wir auf Mitwirkung angewiesen, und ich gehöre nicht zu denen, die ihre zukünftigen Bündnispartner im Vorwege vor den Kopf stoßen.

(Erster Bürgermeister Ortwin Runde)

- A Deswegen sind wir gut beraten, im norddeutschen Verbund, vernünftig zusammenzuarbeiten, während ich als Bürgermeister und für den Senat dankbar wäre, wenn uns die Bürgerschaft in unserem Bemühen, das einheitliche Ziel einer Hochgeschwindigkeitsverbindung zwischen Hamburg und Berlin zu erreichen, unterstützen würde, und das in aller Ernsthaftigkeit. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

**Vizepräsidentin Sonja Deuter:** Das Wort hat Herr von Beust.

**Ole von Beust** CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Bürgermeister, Sie haben in dem Punkt recht, daß wir, um die Schwierigkeiten bewerkstelligen zu können, eine vernünftige norddeutsche Zusammenarbeit brauchen. Danach sieht es im Moment aber überhaupt nicht aus. Wenn Ihr Kollege in Niedersachsen, Herr Gabriel, als Motto verkündet: „Tausche die Verbindung Hamburg–Berlin über Uelzen–Stendal gegen hamburgnahe Elbquerung“, dann frage ich, was das für eine Art und Weise der Verhandlung ist.

(Beifall bei der CDU)

Daß Herr Gabriel überhaupt auf diese einfältige Idee kommt,

(*Rolf Kruse* CDU: Er ist ein bißchen neu!)

liegt daran, daß anscheinend hier im Norden, egal ob Niedersachsen, Schleswig-Holstein oder Hamburg, vor allem aber in Hamburg, keine Worst-case-Planung gemacht wurde für den Fall, daß der Transrapid nicht kommt. Das war fahrlässig, Herr Bürgermeister.

B

(Beifall bei der CDU)

Um für die Zukunft eins klarzustellen, will ich gern folgendes versprechen: Dieser Senat hat neben den sogenannten kleinteiligen Projekten, von denen man sich am Anfang so viel versprochen hat, in seiner Legislaturperiode für die Stadt die drei großen Projekte Wirtschaft, Standort und Industrie, nämlich den Transrapid, den A3XX und die Arena, in Angriff nehmen wollen. Wenn also das Projekt A3XX oder die Arena an dem Standort, aus welchen Gründen auch immer, nichts werden sollte, sagen Sie dann bitte nicht auch, Sie hätten keine Alternativplanung machen können, weil das Verrat an der ursprünglichen Idee gewesen wäre. Fangen Sie jetzt damit an.

(Beifall bei der CDU)

Wenn das Projekt A3XX nicht nach Hamburg kommt oder die Arena nicht an diesen Standort, dann möchte ich bitte nicht die gleiche Argumentation wie jetzt hören, nach dem Motto: Alle anderen haben die Schuld, nur dieser Senat hat sie nicht. Ferner möchte ich, wenn wir fragen, warum keine Worst-case-Planung gemacht wurde, auch nicht hören: Das konnten wir nicht. Denn wenn wir darüber nachgedacht hätten, wäre es Verrat an der ursprünglichen Idee gewesen. Fangen Sie jetzt mit der Planung an, Sie haben uns an Ihrer Seite.

Diese Projekte sind die drei Prüfsteine, an denen sich der Senat bei der nächsten Wahl messen lassen wird. Ich bin gespannt, wie die Wählerinnen und Wähler die Antwort auf die Frage, was hier gemacht wurde, beantworten werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Sonja Deuter:** Das Wort erhält Herr Senator Wagner. C

(*Rolf Kruse* CDU: Was? Der?)

**Senator Eugen Wagner:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Probleme, Herr von Beust, mit einer Hochleistungsstrecke Schiene oder Rad nach Berlin, liegen nicht auf hamburgischem Gebiet; damit Sie das einmal gehört haben. Wenn Sie sich nur einmal erkundigt hätten, würden Sie feststellen, daß wir in der Lage wären, den Zug, der mit 230 Stundenkilometern zwischen Berlin und Hamburg hin- und herrauschen sollte, dafür einzurichten. Wir benötigten zum Beispiel nur einige signaltechnische Änderungen. Das ist nicht das Problem.

Ich habe vorhin schon versucht zu erklären, daß das Problem zwischen der Grenze Hamburgs und der Grenze Berlins liegt. Wovon reden wir denn eigentlich? Sie wissen wie immer alles besser, aber in Wahrheit wissen Sie gar nichts. Wenn Sie dann hier pathetisch von den drei Projekten A3XX, dem Transrapid und der Arena sprechen,

(*Ole von Beust* CDU: Na, warten wir mal ab!)

die möglicherweise nichts werden, ist das nicht in Ordnung. Die Flughafen-S-Bahn

(Lachen bei der CDU)

oder alle anderen Dinge, wie die Ortsumgehung Fuhsbüttel, die demnächst der Öffentlichkeit übergeben wird, oder die vierte Elbtunnelröhre, sind natürlich Projekte, die sich sehen lassen können. Sie müssen versuchen, sich objektiv an den Maßstäben zu orientieren, die durchaus vernünftig sind, und sich nicht immer etwas aus der Luft greifen.

D

Ihre Hauptkritik ist, daß wir, weil wir vorher nicht geplant haben, nicht darauf vorbereitet sind, eine schnelle Verbindung über Rad-Schiene gewährleisten zu können. Das ist aber nicht das Problem. Das Problem sind die Bahnübergänge, das Planfeststellungsverfahren und so weiter. Vergessen Sie aber vor allem dabei nicht, daß wir dafür Geld brauchen. Dieses Geld wird jedoch in erster Linie nicht in Hamburg ausgegeben, sondern auf der Strecke zwischen Hamburg und Berlin. Das ist das Problem.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Glocke)

**Vizepräsidentin Sonja Deuter** (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage? – (Zustimmung)

**Zwischenfrage von Bernd Reinert** CDU: Vielen Dank. Herr Senator, Sie sind zum Schluß Ihres Beitrags noch einmal auf das Thema Bahnübergänge eingegangen. Wie beurteilen Sie angesichts der Erfahrung, die Hamburg mit der Aufhebung von niveaugleichen Bahnübergängen macht, die Aussichten, daß man dieses auf der Strecke nach Berlin innerhalb von 18 Monaten schafft, was man in Hamburg nicht in Jahrzehnten schafft?

**Senator Eugen Wagner** (fortfahrend): Der Unterschied zwischen der Strecke in Wandsbek – darauf spielen Sie sicher an – und Mecklenburg-Vorpommern oder auch Brandenburg ist der, daß wir es dort nicht mit einem so dicht besiedelten Gebiet zu tun haben, wie es in Hamburg der Fall ist. Das nur als Hinweis.

(*Antje Blumenthal* CDU: Er hat aber nach Hamburg gefragt!)

(Senator Eugen Wagner)

- A Sicherlich gibt es auch da Probleme, das ist überhaupt nicht zu bestreiten. Haben Sie noch eine Frage?

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

**Vizepräsidentin Sonja Deuter:** Das Wort erhält der Abgeordnete Hackbusch.

**Norbert Hackbusch** REGENBOGEN – für eine neue Linke: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will nicht noch einmal Argumente wiederholen, die schon genannt worden sind, aber ich möchte dennoch auf einige Punkte eingehen.

Zunächst einmal möchte ich derjenige sein, der Herrn Wagner lobt,

(Ah-Rufe von der SPD)

und zwar dazu, daß er gesagt hat, man solle sich auf Projekte konzentrieren, die wirklich vernünftig sind. Das ist richtig und war richtig, und der Senat hätte auch damals schon sagen können, daß der Transrapid nicht zu den vernünftigen Projekten gehörte.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Herr Runde hat ein wichtiges Argument genannt und damit versucht, die Bürgerschaft – er hat ja eine gewisse Mehrheit – und auch die anderen Stimmen für sich zu gewinnen, indem er sagte, es habe nur ein einziges Angebot gegeben. Deswegen sei die gesamte Alternativdiskussion um den Transrapid falsch gewesen. Herr Runde, Sie wissen selbst, daß Frau Simonis deutlich gesagt hat: „Wir sind mit diesem Angebot nicht zufrieden. Wir wollen etwas anderes.“

- B (Dr. Martin Schmidt GAL: Und was hat sie jetzt?)

Das hat Frau Simonis damals schon gesagt. Hat Mecklenburg-Vorpommern das gesagt? Wäre man dort in der Lage gewesen, irgend etwas zu verändern? Waren Sie diejenigen, die gesagt haben, wir sind mit diesem Transrapid nicht zufrieden und wollen eine Veränderung? Dementsprechend ist es nicht die Aufgabe eines Politikers in Hamburg, zu sagen, daß es kein anderes Angebot gab, sondern man hätte in der Debatte sagen müssen, daß man etwas anderes will, und schon erkennen können, daß auch eine andere Planung vernünftig gewesen wäre.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Der Zustand, den wir gegenwärtig haben, und zwar die Bahnverbindung zwischen Hamburg und Berlin, die wahrscheinlich mit Abstand schlechteste Bahnverbindung zwischen zwei Großstädten in diesem Land – keine anderen Großstädte sind so schlecht miteinander verbunden; Herr Runde durfte das selbst erleben und hat in der Presse davon berichtet –, ist das politische Ergebnis dessen,

(Dr. Martin Schmidt CDU: Nein!)

daß man auf dieses Projekt fixiert war.

Die SPD argumentiert nun mit der Gegenfrage: Was sollen jetzt die Schuldzuweisungen? Warum macht man das jetzt noch? Ich bin der Meinung, daß derjenige, der in dieser Stadt die politische Verantwortung trägt und sich für den Transrapid eingesetzt hat, nun auch die politische Verantwortung an dieser Stelle wahrnehmen und sagen muß: Wir haben einen Fehler gemacht. Wir haben uns falsch orientiert. Das gehört zur politischen Verantwortung, und das verlange ich von diesem Senat, vor allem, wenn er uns eine so beschissene Bahnstrecke serviert. – Danke.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke – Barbara Duden SPD: Was ist das denn für eine Vokabel? – Glocke)

C

**Vizepräsidentin Sonja Deuter:** Herr Hackbusch, ich muß Sie nachträglich für die Wortwahl in Ihrem letzten Satz zur Ordnung rufen.

(Ole von Beust CDU: „Bahnstrecke“ sagt man nicht!)

Das Wort erhält Herr Dr. Schmidt.

**Dr. Martin Schmidt** GAL: Dieses Argument war wirklich lustig. Schleswig-Holstein hat eine Landesregierung, die feierlich gegen den Transrapid gekämpft hat. Wo ist denn jetzt die schnelle Eisenbahnverbindung von Kiel oder von Hamburg nach Berlin? Sind sie einen Millimeter weitergekommen als Hamburg? Das liegt schlicht und einfach an der Zuständigkeit. Weder die Landesregierung von Kiel noch die von Hamburg können eine ICE-Strecke planen und sie der Verwirklichung näher bringen, wenn die Bundesregierung das nicht will. Die Bundesregierung hat es bis 1998 überhaupt nicht gewollt. Die neue Bundesregierung hat entschieden, daß sie der Verwirklichung des Transrapid bei einem Zuschuß von 6,1 Milliarden DM zustimmt, wenn sie rentabel sein würde. Deswegen war bis zu dem Tag der Entscheidung auf der Ebene der wirklichen Eisenbahnplanung nichts zu machen. Dazu kann man noch einmal deutlich sagen: Der Hamburger Senat konnte dagegen ganz bestimmt nichts tun.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

D

**Vizepräsidentin Sonja Deuter:** Weitere Wortmeldungen zu diesem Thema liegen nicht mehr vor. Damit ist die Aktuelle Stunde für heute geschlossen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 2, Wahl einer Deputierten der Finanzbehörde.

**[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:**

**Wahl einer oder eines Deputierten der Finanzbehörde – Drucksache 16/3721 –]**

Der Stimmzettel liegt Ihnen vor. Er enthält Felder für Zustimmung, Ablehnung oder Wahlenthaltung. Ungültig sind insbesondere Stimmzettel, die den Willen des Mitglieds nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder Zusätze enthalten. Bitte nehmen Sie nun Ihre Wahlentscheidung vor.

Ich darf zugleich die Schriftführerinnen und Schriftführer bitten, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen.

(Die Wahlhandlung wird vorgenommen)

Sind alle Stimmzettel eingesammelt worden? – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann schließe ich die Wahlhandlung.

Das Wahlergebnis wird nun ermittelt. Meine Damen und Herren, ich gehe von Ihrem Einverständnis aus, daß wir ohne Unterbrechung in der Tagesordnung fortfahren und das Ergebnis dieser Wahl im Laufe der Sitzung bekanntgeben werden.\*

\* Ergebnis siehe Seite 3334 A

(Vizepräsidentin Sonja Deuter)

A Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 13, Antrag der CDU über Förderkriterien der Wohnungsbaukreditanstalt.

**[Antrag der Fraktion der CDU:  
Förderkriterien der Hamburgischen  
Wohnungsbaukreditanstalt – Drs 16/3751 –]**

Von wem wird das Wort gewünscht? – Das Wort erhält Herr Hesse.

**Klaus-Peter Hesse** CDU: Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir kommen jetzt zu einem Thema, bei dem sich der Senat ähnlich zögerlich verhält, wie wir es eben schon beim Transrapid gehört haben.

Ich kann und will es Ihnen heute nicht ersparen, zum Thema Wohnungseigentum zu sprechen, auch wenn der Kollege Tants heute erkrankt ist. In unserem Antrag geht es um die Schaffung von Wohnungseigentum und um mehr Förderung von Familien und Kindern.

Wie ist die Situation zur Zeit?

(Glocke)

**Vizepräsidentin Sonja Deuter** (unterbrechend): Meine Damen und Herren, das Wort hat Herr Hesse und anschließend Herr Hesse. – Danke.

**Klaus-Peter Hesse** (fortfahrend): Danke sehr. Meine Damen und Herren, wie ist die Situation zur Zeit in Hamburg? Was jedem klar sein dürfte, ist, daß viel zu viele Bürger unsere Stadt verlassen. Allein 1998 waren es 16 988 Personen. Diese Zahl, das ist schrecklich, hat sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Das gibt für Hamburg einen durchschnittlichen Verlust von circa 6000 DM jährlich pro Person, wie der Senat in der Drucksache 16/2602 darstellt.

B Was sind das für Personen, die diese Stadt verlassen? Es sind hauptsächlich sozial- und einkommensstärkere Familien. Gerade sie sollten wir in der Stadt halten, das sollte unser Interesse sein.

Was der Senat tut, um diese Menschen in der Stadt zu halten, ist leider nicht ausreichend. Er reagiert weder auf Fragen der Veränderung der demographischen Entwicklung, der Veränderung der Sozialstruktur noch der Lebensstile inklusive ökologischer Ansprüche. Es gibt keine nachvollziehbaren Konzepte dieses Senats.

Herr Senator, Sie sind als Mitglied dieser Regierung nicht für alles verantwortlich, was Hamburg gegenüber dem Umland in der Attraktivität schwächt. Aber partiell tragen auch Sie Verantwortung, wenn gerade Familien mit Kindern unsere Stadt verlassen, weil sie keine ausreichenden Angebote durch die Förderung der Wohnungsbaukreditanstalt erhalten.

Ich habe mir in der Vorbereitung dieser Rede einmal ansehen wollen, was die Koalition hier in Hamburg zur Förderung der Familienpolitik sagt, konnte allerdings im Koalitionsvertrag nichts finden. Ich habe aber das Grundsatzprogramm der SPD von 1998 gefunden, worin ich zumindest einen Satz gefunden habe, den ich gern zitiere:

„Wir wollen eine sichere Zukunft für die Jugend und die Familien mit Kindern.“

Das war es aber auch schon. Dazu kenne ich von meiner Partei etwas mehr.

Wir haben uns mehrfach explizit zur Familienpolitik und zur Förderung von Familien geäußert.

(Zuruf von *Barbara Duden* SPD)

– Ich glaube, Frau Duden, hier besteht ein akuter Nachholbedarf Ihrer Partei.

Zu dem eben zitierten Satz frage ich Sie, ob er nicht auch für die Hamburger SPD gilt, wenn das in Ihrem Grundsatzprogramm von 1998 steht?

Lassen Sie uns doch alle gemeinsam das Notwendige unternehmen, damit das Angebot der Hamburger Wohnungsbaukreditanstalt gerade für Familien verbessert wird, und zwar auch für Familien – darum geht es in unserem Antrag, Ankauf Altbau –, die nicht mindestens drei nicht volljährige Kinder haben.

Darauf kommt nun bestimmt die Frage, wer die Förderung bezahlen soll oder ob es sich überhaupt lohnt. Ich kann für die CDU-Fraktion sagen: Ja, es lohnt sich, wir wollen das. Es sollte auch eine politische Priorität dieses Senats sein zu sagen: Wir fördern das.

Erklären Sie doch bitte einmal einer Familie, die nicht gefördert wird, meine Kollegen von der GAL und von der SPD, warum Sie sehr viel Geld für Bauwagenplätze oder andere zweifelhafte Wohnprojekte ausgeben,

(*Petra Brinkmann* SPD: Sehr viel? Das ist fast gar nichts!)

an Stelle der Förderung von Familien, durch die zu erwartende Steuerzahlungen und damit auch Einnahmen der Stadt verbunden werden können.

(*Barbara Duden* SPD: Sie können ja Familien in Bauwagen fördern!)

Da ich von Ihnen nicht erwarte, daß Sie diesen Zusammenhang erklären wollen und werden, habe ich einen weiteren Vorschlag zur Gegenfinanzierung, der Ihnen bekannt, aber deswegen nicht falsch ist, sondern er ist weiterhin richtig. Es ist der mieternahe, sinnvolle und sozial verträgliche Verkauf städtischer Wohnungen in enger Kooperation mit den Mieterschutzorganisationen, Herr Senator, der auch von vielen Mieterinnen und Mietern in dieser Stadt gewollt ist.

Ich selbst kenne viele Mieter bei der SAGA und der GWG. Diese Mieter kommen zu uns, sie kommen zu den einzelnen Abgeordneten und sagen: „Ich wäre grundsätzlich bereit, auch die Verpflichtung für mein Haus oder meine Wohnung zu übernehmen, wenn man es mir zum Kauf anbietet.“ Aber dies geschieht aus ideologischen Gründen in dieser Stadt nicht. Geben Sie den Mieterinnen und Mietern doch endlich die Möglichkeit, in den eigenen vier Wänden zu wohnen und sich eine eigene Alterssicherung zu schaffen. Die Stadt könnte aus dem Verkauf längst überfällige Sanierungsmaßnahmen finanzieren oder, wie heute in unserem Antrag gefordert, Familien mit Kindern in Hamburg halten.

Daß wir einen Bedarf an Sanierungsmaßnahmen haben, Herr Senator Wagner, sollte auch Ihnen in den letzten Monaten nicht verborgen geblieben sein.

Ich erspare Ihnen heute längere Vorträge

(*Antje Möller* GAL: Das ist schön, daß Sie uns das ersparen!)

über Hamburgs katastrophale Eigentumsquote. Das haben wir hier schon öfter gemacht, aber dazu fehlt die richtige und notwendige Reaktion.

Ich erspare Ihnen auch die Ausführungen über die langfristigen Auswirkungen dieser verfehlten Politik auf die

C

D

(Klaus-Peter Hesse CDU)

- A Stadt. Auch die sozialen Vorteile einer gesunden Durchmischung von Quartieren, die unser Antrag bewirken würde, sind an dieser Stelle schon mehrfach von Ihnen nicht gesehen und akzeptiert worden. Deswegen sind sie aber trotzdem richtig, und ich weiß, daß der Kollege Schulz beim nächsten Tagesordnungspunkt, Programm der sozialen Stadtentwicklung, auch darauf eingehen wird.

Meine Damen und Herren, Herr Senator, ich befürchte, daß auch heute wieder Ihre Repliken dieselben sein werden wie immer und weder den Mieterinnen und Mietern unserer Stadt noch den Familien mit Kindern, die keine Förderung erhalten, weiterhelfen. Herr Lange sollte das wissen, denn er arbeitet in diesem Metier.

Bevor wir aber nachher wieder Eugen Wagners Märchenstunde über sozialdemokratische Heldentaten für die Mieterinnen und Mieter hören, möchte ich einmal etwas vorschlagen – Herr Senator, und ich gehe davon aus, daß Sie davon überzeugt sind, daß Ihre Politik richtig ist –, was von Ihnen eigentlich angenommen werden sollte.

Herr Senator Wagner, ich biete Ihnen hier und heute eine Wette an.

(Heiterkeit)

– Die Wette ist speziell für den Senator gedacht; kein Champagner.

Versenden Sie mit den nächsten Mieterinformationen – es gibt für SAGA und GWG ja Mieterzeitungen – doch mal einen Fragebogen. Auf diesen Fragebogen lassen Sie die Mieterinnen und Mieter antworten, ob sie grundsätzlich bereit wären, ihre Wohnung beziehungsweise ihr Haus zu fairen Konditionen zu erwerben. Meine Wette lautet, daß Sie von mindestens tausend Mieterhaushalten eine positive Antwort erhalten werden.

B

(Barbara Duden SPD: Das sind doch richtige Peanuts!)

Als Wetteinsatz habe ich mir folgendes überlegt: Ich bin persönlich bereit, für das nächste Kinderfest der SAGA oder der GWG eine Hüpfburg zu spenden, sollte ich diese Wette verlieren. Erklären Sie bitte heute und hier, Herr Senator, ob Sie den Mut haben, diese Wette anzunehmen und Ihre Mieterinnen und Mieter zu befragen.

Sehr verehrte Damen und Herren, Herr Senator, ich fordere Sie auf, diesen Antrag heute anzunehmen. Der Dank vieler Mieterinnen und Mieter sowie von Familien mit Kindern, die zur Zeit keine Förderung erhalten – was nur als kinderunfreundlicher Akt gewertet werden kann –, wäre Ihnen damit sicher.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Sonja Deuter:** Das Wort erhält Herr Dr. Lange.

**Dr. Rolf Lange SPD:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es juckt mir zwar in den Fingern, auf die Wette, die Sie dem Senator angeboten haben, etwas zu sagen, aber das sollte er selbst tun.

(Petra Brinkmann SPD: Du verstehst ja was von dem Metier! – Heiterkeit bei REGENBOGEN – für eine neue Linke – Vizepräsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz)

Herr Hesse, Sie stehen in der Tradition der Herren Mattner und Kelber sowie derjenigen, die für diesen Bereich vorher

in der CDU Verantwortung getragen haben. Aber es ist immer alter Wein in neuen Schläuchen, teilweise wortwörtlich abgeschrieben von Ihren Vorgängern. Es ist nichts Neues.

C

(Dr. Roland Salchow CDU: Alter Wein hat einen hohen Wert!)

Ich will ernsthaft auf den Antrag und Ihre Äußerungen eingehen, weil das Thema ernst ist und wir uns durchaus Gedanken um diesen Bereich machen und, wie ich glaube, eine Reihe sinnvoller Lösungsansätze haben. Zweifellos ist es der Wunsch vieler Bürger, Wohneigentum zu schaffen. Wenn Sie die Bewohner der 130 000 städtischen Wohnungen befragen würden, ob sie ihre Wohnung kaufen möchten, würden dies wahrscheinlich mehr als 1000 Bürger mit Ja beantworten. Das hat beispielsweise etwas mit Konditionen und mit der Lage zu tun.

Aus Umfragen geht hervor, daß sich der Bürger in erster Linie ein freistehendes Häuschen wünscht, um das er herumlaufen kann, auf möglichst großem Grundstück, im Grünen, möglichst verkehrsnah. Das verstehe ich. In zweiter Linie – so zeigen alle Befragungen – möchte der Bürger oder die Familie ein Reihenhaus. Das hat etwas mit Angebot, Nachfrage und Geld zu tun. Zuletzt kommt dann, wenn man Eigentum schaffen will, die Eigentumswohnung in Betracht.

Das eigene Häuschen in der Großstadt ist nicht ganz unproblematisch, das wissen wir alle, und auch nur bedingt möglich. Es ist im wesentlichen eine Frage fehlender Fläche, aber auch ein ökonomisches Problem, denn Verkehrsinfrastruktur zu jedem Einzelhaus zu bringen, ist natürlich nicht einfach. Aber auch ökologische Probleme sind uns in den letzten Jahrzehnten zunehmend ins Bewußtsein gerückt, unter anderem die Versiegelung von Boden.

D

Herr Hesse, meine Damen und Herren! Die moderne Großstadtbevölkerung will nicht in erster Linie Eigentum schaffen. Sie ist nicht mehr so seßhaft und unbeweglich wie in den vergangenen Jahrzehnten, sondern sehr mobil. Dieses hat nicht immer etwas damit zu tun, Eigentum zu bilden, in dem man selber wohnen kann.

Trotzdem muß die Stadt auf die Wünsche der Bürger eingehen. Seit 1978 haben wir in Hamburg ein Programm laufen, das Eigentum von Bürgern in der Stadt fördert. Das geschieht auf der einen Seite mit städtischen Grundstücken. Die Grundstücke sind relativ klein und werden an einen bestimmten Bevölkerungskreis, der dafür in Betracht kommt, weil er förderungswürdig ist, nach einem Punktesystem vergeben: Das Einkommen ist nicht so hoch, die Familie hat mehrere Kinder, oder eine Sozialwohnung wird freigegeben. Zum anderen werden die Bürger über Darlehen der Wohnungsbaukreditanstalt gefördert.

Ziel ist es dabei, den Wünschen des Bürgers nach Eigentum Rechnung zu tragen und natürlich, Herr Hesse, die Bürger in der Stadt zu halten. Dieses Anliegen haben wir genauso wie alle anderen Großstädte. Denken Sie an Berlin. Dort hat eine riesige Stadtflicht eingesetzt, als die Mauer verschwand. Denken Sie an Bremen. Selbst München und Stuttgart sind von dieser Entwicklung nicht verschont, daß aus der Kernstadt heraus Bürger, die große Grundstücke erwerben wollen, ins Umland gehen, weil sie ihren Wunsch in der Stadt nicht befriedigen können.

Ausgerichtet ist die Eigentumsförderung Hamburgs auf den Neubau. Das ist vernünftig, denn es schafft in der Stadt mehr Wohnraum. Und wenn mehr Wohnraum geschaffen

(Dr. Rolf Lange SPD)

A wird, entspannt sich der Markt und Wohneigentum wird günstiger. Das ist gut für diejenigen, die so etwas erwerben wollen. Darum ist der Grundsatz bei der Förderung mit öffentlichen Mitteln – bei der Subventionierung von Bürgern –, darauf zu achten, daß er etwas Neues schafft, ein wichtiges Kriterium. Würde Hamburg den Erwerb von gebrauchten Immobilien – das ist Ihr Ansatz – stärker fördern, was in geringem Ausmaß geschieht, hätten wir deutlich weniger Neubau als heute. Dann würden die Fördermittel und die Mittel des Bürgers nicht in den Neubau investiert, sondern natürlich in gebrauchte Immobilien. Das würde heißen, daß gebrauchte Immobilien stärker am Markt nachgefragt werden. Sie werden teurer, und der Bürger kann nicht so leicht Eigentum erwerben. Dies wäre ein Teufelskreis, denn der Nachfragedruck, zumal ein staatlich subventionierter, läßt zweifelsohne Preise klettern, ohne daß gleichzeitig das Angebot erhöht würde. Das wäre sogar kontraproduktiv, wie man so schön in neudeutsch sagt. Steigende Nachfrage, staatlich subventioniert, schafft steigende Preise und macht es dann für viele Interessenten wieder unbezahlbar, sich Wohneigentum zu erlauben. Im übrigen fördert auch das Umland keine gebrauchten Immobilien.

Meine Frage an die CDU: Warum in diesem Bereich noch mehr Subventionen? Wir sollten uns immer die Frage stellen, ob man Subventionen abbauen kann. In diesem Falle wollen Sie Subventionen noch verstärken.

Wenn Sie das „Hamburger Abendblatt“ aufschlagen – Norddeutschlands größten Immobilienmarkt –, sehen Sie, daß in der Zeitung seitenweise gebrauchte Immobilien angeboten werden, und die Preise sind zur Zeit nicht sehr hoch.

B Daß Hamburg den Ankauf von Altbauten überhaupt fördert – das geschieht in einem bescheidenen Maße –, hat eine familienpolitische Komponente. Für Familien mit mindestens drei noch nicht volljährigen Kindern oder zwei Kindern plus einem behinderten Kind, die Anspruch auf öffentlich geförderten Wohnraum haben – also ein Dringlichkeitsschein vorliegen soll –, werden Ausnahmen gemacht. Da wird im Ausnahmefall auch der Erwerb einer gebrauchten Immobilie gefördert. Diese Förderregelung sollte prinzipiell die Ausnahme bleiben und nicht verallgemeinert werden. Aber man muß, Herr Hesse, den Schlenker haben Sie hinbekommen, diesen Antrag auf zusätzliche Förderung im Zusammenhang mit Ihrer Drucksache 16/3750 – Förderung des Wohneigentums – sehen. Zielrichtung ist, städtischen Wohnraum zu verkaufen. Das haben all Ihre Vorgänger in der Bürgerschaft immer gefordert, das fordern Sie, das fordern Ihre Kollegen in vielen anderen deutschen Großstädten auch. Aus dem Erlös soll Eigentumsbildung gefördert werden. Es soll Nachfrage von Mietern entstehen, die ihre Wohnung dann auch erwerben können. Das ist ein Teufelskreis.

Ich sage etwas salopp: Wohnung verscherbeln und den Leuten aus dem Erlös Geld in die Hand drücken, damit sie eine Wohnung kaufen können. Ein Nullsummenspiel. Das reduziert den Bestand verfügbaren städtischen Wohnraums, und diejenigen, die nicht selbst für ihren Wohnraum sorgen können, haben künftig ein kleineres Angebot vor sich. Es trägt zur Entsolidarisierung der Gesellschaft bei, weil soziale Entmischung stattfindet. Es wird wahrscheinlich nicht derjenige seine Wohnung kaufen wollen, der im zwölften Stock in Kirchdorf-Süd wohnt. Ich vermute aus meiner persönlichen Kenntnis, daß aber derjenige, der in Marienthal eine Sozialwohnung in einem dreigeschossi-

gen Gebäude der SAGA bewohnt, sie wahrscheinlich eher erwerben wird. Das nennen wir „Rosinenpickerei“, und darunter verstehen wir, daß die guten Bestände privatisiert werden und die schwierigen Bestände bei der Stadt bleiben. Das ist Ghettobildung mit staatlicher Förderung.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluß. Zur Förderung von Wohnungseigentum im Neubau sagen wir ja. Das geschieht und wollen wir auch beibehalten. Gebrauchte Immobilien wollen wir nur in den wenigen genannten besonderen sozialen Fällen fördern, und zur Verscherbelung der guten Bestände der Stadt sagen wir nein. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

**Vizepräsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt die Abgeordnete Franken.

**Andrea Franken GAL:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! SAGA und GWG sind die Steckenpferde von Herrn Tants, der heute leider fehlt. Wir haben heute wieder einen Antrag der CDU zu diesem Thema, der dieses Mal mit der Forderung verknüpft ist, Familien zu Eigentum zu verhelfen, indem man landeseigene Wohnungen privatisiert. Diese Vorgehensweise lehnt die GAL ab, und ich werde Ihnen kurz erklären, weshalb.

Schauen wir uns kurz die Situation in Hamburg an. Hier hat es in den letzten Jahren einen rapiden Verlust von preiswertem Wohnraum gegeben. Auf der anderen Seite wächst die Anzahl der Menschen, die preiswerten Wohnraum benötigen. In Zukunft werden sehr viele Sozialwohnungen aus der Bindung herausfallen, und dieser Verlust kann durch Neubau nicht ausgeglichen werden. Vor diesem Hintergrund hatten SPD und GAL in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, daß für breite Bevölkerungsschichten preiswerter Wohnraum erhalten und geschaffen werden soll. Wenn wir dieses Ziel erreichen wollen, müssen wir natürlich an dem Bestand der landeseigenen Wohngesellschaften SAGA und GWG festhalten. Erstens brauchen wir den direkten Zugriff auf diese Wohnungen, weil wir darüber Wohnungen für Familien mit geringem Einkommen sicherstellen. Zweitens – diese Debatte hatten wir schon zweimal zum Mietenspiegel – können wir nur über den Besitz einer Masse von eigenen Wohnungen regulierend auf den allgemeinen Wohnungsmarkt eingreifen, was zum Beispiel in Hamburg zu Mietsenkungen geführt hat. Das ist sehr wichtig, und deswegen sind wir auf keinen Fall für die Privatisierung von Wohnungen bei der SAGA und der GWG.

Weil wir in diesem Altbaubereich keine Ausweitung der Eigentumsförderung wollen, brauchen wir dementsprechend auch nicht die Förderkriterien der Wohnungsbaukreditanstalt zu ändern.

Rotgrün fühlte sich aber nicht nur der sozialen Wohnungspolitik verpflichtet, indem sie preiswerte Wohnungen im Bestand erhält, sondern wir wollen natürlich auch dem Wunsch vieler Menschen nach eigenen vier Wänden Rechnung tragen. Deshalb sind im Wohnungsbauprogramm der Regierung 700 Wohneinheiten in der Eigentumsförderung vorgesehen. Das ist auch der richtige Weg.

Es sollte hier nicht der Eindruck entstehen, daß Rotgrün die Stadtflucht vieler Menschen nicht ernst nimmt. Ob die Flucht allein darum angetreten wird, weil wir keinen bezahlbaren Wohnraum anbieten, sehe ich nicht. Die Gründe, weshalb Menschen die Stadt verlassen, sind sehr vielfältig.

(Andrea Franken GAL)

- A Deswegen muß sehr differenziert mit dieser Angelegenheit umgegangen werden. Anstatt solche Anträge zu stellen, könnte sich die CDU dafür einsetzen, daß es eine lebenswerte Stadt für Menschen mit Kindern gibt. Denken wir an die gestrige Debatte im Bau- und Verkehrsausschuß, in der die CDU mehr eine Verkehrspolitik unterstützte, die den Wirtschaftsverkehr in den Mittelpunkt stellt und nicht die Interessen der Straßenanwohner. „Lebenswerte Stadt“ heißt auch für uns, sich einsetzen für Tempo 30, 50, 100, für Verkehrsberuhigung, und machen Sie keine Politik für lebensgefährliche Schnellstraßen und Stadtautobahnen. Dann wären wir ein Stück weiter und verhindern vielleicht, daß noch mehr Familien die Stadt verlassen. – Danke.

(Beifall bei der GAL und bei *Doris Mandel SPD*)

**Vizepräsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt die Abgeordnete Uhl.

**Susanne Uhl REGENBOGEN** – für eine neue Linke.\* Es gibt eigentlich nur eine ganz einfache Frage zu beantworten: Macht die Umsetzung des CDU-Antrags irgend jemanden in dieser Stadt glücklicher?

(*Klaus-Peter Hesse CDU: Viele!*)

Die Frage ist ganz einfach zu beantworten: Nein, gar niemanden.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Ich erkläre Ihnen ganz kurz, warum.

Die CDU möchte, daß Drei-, Vierzimmermietwohnungen künftig mit Geldern der Stadt aus dem Bestand aufgekauft werden. Wer wohnt denn in diesen Wohnungen? Das sind doch Familien, Herr Hesse! Sie möchten, daß die Stadt in die Rolle kommt, die Umwandlerin zu werden. Damit drängt sie natürlich Familien aus ihren Wohnungen, damit andere dort einziehen können. Das ist ein etwas merkwürdiges Konzept.

- B Die Finanzierung – das haben Sie sich auch so überlegt – läuft dann darüber, daß die Stadt Wohnungen verkauft. Mieter und Mieterinnen müssen dann also ihre Wohnungen kaufen. Das lohnt natürlich nur für möglichst viel Geld, denn sonst würde nichts übrigbleiben, um die anderen zu fördern, die man hineinbringen will. Der städtische Bestand ist nicht so wahnsinnig üppig. Ich hatte dem Kollegen Mattner schon gelegentlich vorgerechnet, daß die monatliche Belastung für die einzelnen Haushalte, die angeregt würden, ihre Wohnung zu kaufen, so hoch wäre, daß sie sie nicht tragen könnten. Auch diese Leute würden Sie unglücklich machen. Würden Sie sie glücklicher machen, indem Sie ihnen die Wohnungen schenken, könnten Sie aber wiederum Ihr kleines Programmsegment nicht erfüllen. Es gibt in dieser Stadt weit bessere Vorschläge und Ideen, um Mieter und Mieterinnen glücklicher zu machen. Dazu gehört durchaus der Ankauf von Belegungsbindungen, um Menschen Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Dazu gehört die Förderung von genossenschaftlichen Wohnungen. Dazu gehört ein sozialer Wohnungsbau, der den Namen verdient, mit Grundrissen, daß dort auch Familien wohnen wollen und jeder sein eigenes Zimmer hat. Dazu gehört, daß die Mieten nicht mehr so hoch sind, daß sie keiner bezahlen kann. Damit könnte man Mieter und Mieterinnen glücklich machen, aber nicht mit Ihrem Programm.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

**Vizepräsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt der Abgeordnete Hesse.

**Klaus-Peter Hesse CDU:** Nein, meine Damen und Herren, Herr Präsident, es kommt keine weitere Wette. Ich hätte eigentlich gewünscht, daß der Senator die Wette annimmt. Aber da dies anscheinend nicht der Fall ist, weil er weiß, daß ich mit meinen Äußerungen recht habe,

(*Barbara Duden SPD: Jetzt kommt die Hüpfburg!*)

würde ich zumindest vorschlagen, Herr Senator – die Hüpfburg kommt auf jeden Fall von mir –, Sie begeben sich dann mit mir gemeinsam auf ein Mieterfest der SAGA oder GWG,

(*Barbara Duden SPD: In Kirchdorf-Süd, bitte!*)

und wir unterhalten uns mit Ihren Mieterinnen und Mietern und fragen sie, ob sie grundsätzlich Interesse haben, ihr Eigentum zu erwerben.

Meine Damen und Herren, Herr Lange, Frau Franken! Selbstverständlich befinde ich mich sehr gern in einer Tradition, wenn ich einen solchen Antrag begründe, denn was richtig ist, soll und kann auch öfter gesagt werden. Das wird die CDU-Fraktion auch weiterhin tun. Es ist nicht das einzige Thema, zu dem wir Anträge stellen, die von Ihnen schon mehrfach abgelehnt wurden. Deswegen, seien Sie versichert, wird der Verkauf städtischer Wohnungen auch weiterhin ein fester Bestandteil der christlich-demokratischen Wohnungspolitik sein. Aber, meine Damen und Herren, wir machen es uns nicht so einfach, wie Sie es versucht haben, hier wieder darzustellen.

Ich möchte Frau Uhl bitten zu gucken, was in einem Bundesland passiert, das gar nicht so weit weg liegt, in Mecklenburg-Vorpommern zum Beispiel. Herr Lange hat dargestellt, daß es sich hauptsächlich nur um die guten, interessanten Wohnlagen handeln würde, wenn ein Verkauf stattfindet. Ich glaube das nicht. Zum einen ist mir kein Grund bekannt, der dagegen spricht, daß wir Häuser in guten Wohnlagen an die Mieter verkaufen, die die Verantwortung für diese Objekte übernehmen und damit zu einer Entlastung beitragen. Zum anderen bin ich der Auffassung, daß es sich nicht nur um die guten Wohnlagen handelt. Sie können durchaus von einem anderen Bundesland lernen, das auch von Ihnen regiert ist. Man sagt, daß die Gruppe REGENBOGEN sehr, sehr enge Kontakte zur PDS haben soll.

(*Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Echt? – Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke: Wer sagt das?*)

Insofern gucken wir doch einmal, Frau Uhl, nach Mecklenburg-Vorpommern. Da haben wir eine tiefrote Regierung, mit einem PDS-Minister, der für diesen Bereich zuständig ist, der aber in der Veräußerung von städtischem Wohnungseigentum sehr viel fortschrittlicher ist, als sie es hier sind und waren. Ich möchte Ihnen das gern erklären, Frau Uhl. In Mecklenburg-Vorpommern gibt es ein Programm, nach dem 840 Wohnungen im Plattenbau mit Hypotheken gefördert werden sollen. Es sind schon 100 Bewilligungen erteilt. Das heißt, eine rotrote Landesregierung versucht dort, eine strukturelle Verbesserung in sehr, sehr schwierigen Gebieten, zum Beispiel im Dreesch in Schwerin. Das soll zu einer Durchmischung der Sozialstruktur führen. Der Ansatz dort ist richtig: Günstig an die Mieter verkaufen, die Mieter in die Verantwortung nehmen, Geld einnehmen und damit die Sozialstruktur verbessern sowie Geld für die fälligen Sanierungen einsparen. Davon kann sich Hamburg tatsächlich eine Scheibe abschneiden. Aber das haben Sie in dieser Stadt so noch nicht gelernt.

Meine Damen und Herren, Frau Franken! Sie haben den Koalitionsvertrag angesprochen. Wenn Sie sich in Ihrer Po-

(Klaus-Peter Hesse CDU)

- A litik immer an den Koalitionsvertrag halten würden, wäre es sehr, sehr schade, und dann müßten wir uns als CDU gar keine Gedanken machen. Ich sage nur, Irren ist menschlich und Dazulernen hat, was den Koalitionsvertrag angeht, noch niemandem geschadet. Daß dieser Vertrag nicht der Weisheit letzter Schluß ist, sollten auch Sie bei den Grünen mittlerweile gelernt haben.

(Beifall bei Jörn Frommann CDU)

Meine Damen und Herren, ich komme noch einmal auf die Äußerung von Herrn Lange zurück, der sich sehr, sehr intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt hat.

(Barbara Duden SPD: Der hat ja auch Ahnung davon!)

Wer sollte kaufen, beziehungsweise wohin gehen die Fördermittel? Ich glaube, daß da etwas durcheinandergekommen ist, wenn Sie sagen, daß wir Subventionen, die für den Neubau vorgesehen sind, einfach umleiten wollen. Das sagt der Antrag gar nicht, Herr Lange, sondern er sagt, daß wir finanzielle Mittel aus dem Verkauf in die Förderung stecken wollen. Es geht nicht um eine Umschichtung der Fördermittel. Das sollte hier auf jeden Fall deutlich werden. Wir wollen keine Subvention abbauen, weil wir der Auffassung sind, daß diese Subvention gerade in diesem Bereich, Herr Lange, eine Investition ist. Jede Subvention in diesem Bereich wird sich deshalb auszahlen, weil die Familien in der Stadt bleiben, hier auch weiterhin Steuern bezahlen werden und nicht ins Umland abwandern. Das ist keine dauerhafte Subvention wie im sozialen Wohnungsbau, sondern eine Investition. Dafür steht die CDU.

Ich kann Sie deshalb nur noch an das Grundgesetz Artikel 14 Absatz 2 erinnern:

- B „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

Das ist richtig, das bleibt wahr, es führt zu sozialer Stabilität in den Quartieren, und das gilt auch für Hamburg.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Lange.

**Dr. Rolf Lange SPD:** Herr Hesse, es ist immer gut, wenn man über die Landesgrenze hinwegguckt. Sie haben ein Beispiel aus Mecklenburg-Vorpommern angeführt, aus dem wir – wie Sie sagen – lernen können: Eine rote Regierung zeigt, wie man das machen sollte.

Es muß aber stimmen. Herr Hesse, es gibt ein Altschuldenhilfe-Gesetz. Das hat 1993 der damalige Bundeskanzler mit den Spitzenverbänden der Wohnungswirtschaft ausgehandelt, weil es in der früheren DDR gewaltige Schulden gegeben hat. Die Folgen des Altschuldenhilfe-Gesetzes waren für die Wohnungsunternehmen im Osten segensreich; es war ein gutes Gesetz. Die Schulden wurden auf 150 DM maximal pro Quadratmeter Wohnfläche gedeckelt – so entschuldet ist kein Unternehmen in Westdeutschland –, und 15 Prozent des Wohnungsbestandes im Osten mußten privatisiert werden. Das war damals die Forderung der F.D.P.

Daß jetzt dort privatisiert wird, wird von einigen von Ihnen als Erfolg gefeiert. Es gelingt aber nicht. Es kauft keiner Wohnungen in Plattenbauten, das ist das Problem, oder nur in ganz geringem Maße. Es hat aus verschiedenen Gründen eine große Flucht eingesetzt, in Mecklenburg-

Vorpommern noch weniger als in Sachsen-Anhalt, wo es Wohnungsunternehmen mit 20, 30 Prozent Leerstand gibt, Genossenschaften und GmbHs im städtischen Besitz, die vor der Pleite stehen. Die fordern unisono: Hört auf mit dem Privatisierungsgebot! Das Land fordert: Hört auf mit dem Privatisierungsgebot, wir schaffen keine 15 Prozent Privatisierung! Die Bundesregierung in Berlin in neuer Zusammensetzung wird das jetzt wahrscheinlich auch in diesem Sinne regeln. Wenn man ein Beispiel nennt, muß es stimmen. Dieses hat nicht gestimmt.

(Uwe Grund SPD: Das meine ich auch! – Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Berndt Röder:** Das Wort geht an die Abgeordnete Deuter.

**Sonja Deuter GAL:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Hesse, wenn ich Ihren ersten Beitrag richtig verstanden habe, wollten Sie doch etwas für bestimmte Familien in Hamburg tun, und zwar in Ihrer Tradition. Darauf möchte ich entgegnen, daß unsere Tradition eine andere ist. Wir möchten etwas für alle Familien tun und nicht nur für eine bestimmte Klientel von Familien. Uns geht es nicht nur um die einkommensstärkeren Familien, denn es wäre nicht vertretbar, eine Politik zu machen, die das Gros der Familien nicht teilhaben läßt. Daher hat die GAL ein Konzept für alle Familien erarbeitet, das demnächst in diesem Hause in Form eines Antrags vorgestellt werden wird. Der Stadtflycht von Familien, Herr Hesse, muß doch insgesamt entgegengewirkt werden. Wir haben ein Fehlen von familienorientiertem Wohnraum in Hamburg insgesamt und nicht nur in diesem kleinen Aspekt, den Sie hervorgeifen. Ich will die Gelegenheit nutzen, Ihnen zu erklären, wie wir uns das vorstellen.

Die verschiedenen Lebensphasen von Familien verändern sich im Laufe der Zeit, während eine Familie zusammenlebt, und auch die Anforderungen verändern sich. So muß man also mit Wohnungen antworten, die sich durch Nutzungsneutralität auszeichnen. Das sind unter anderem Allräume und Gemeinschaftsräume. Wir müssen uns dabei bemühen, daß auch die Verkehrsplanung insgesamt darauf abgestellt wird und es eine Vereinbarkeit von Arbeit und Familienleben in der Stadt gibt. Das Ganze stellen wir uns in Mischprojekten vor, die aus normalem Wohnraum, aus gefördertem Wohnraum, aus Genossenschaftsanteilen und Eigentumswohnungsanteilen bestehen. Dann wird das Paket rund. Wir möchten nicht nur eine bestimmte Klientel herausgreifen.

Die Entwicklung dieses Konzepts für familienorientiertes Wohnen geschieht auf der Grundlage von Architektausschreibungen und dem Engagement von Familienverbänden. Wir haben uns mit denen zusammengesetzt, da braucht es keine Anschreiben, um irgendeine Hüpfburg zu spenden. Ich kann Ihnen ein gutes Projekt nennen, dem Sie die spenden können. Wir können uns gern später darüber unterhalten.

Insgesamt fußt das Ganze auf dem Koalitionsvertrag. Manche Stellen im Koalitionsvertrag sind vielleicht nicht ganz deutlich ausformuliert, aber gerade die bieten Spielraum, einzuhaken, wie jetzt insgesamt der Koalitionsvertrag ausgestaltet werden kann, und zwar – auch wenn ich mich wiederhole – für alle Familien in Hamburg. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

A **Vizepräsident Berndt Röder:** Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich über den Antrag abstimmen. Wer denselben annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Vor Aufruf des nächsten Tagesordnungspunkts gebe ich Ihnen nunmehr das **Ergebnis der Wahl einer Deputierten** der Finanzbehörde bekannt. Abgegebene Stimmen 92, davon 86 Ja-Stimmen, bei 3 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen. Damit ist Frau Karras gewählt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf: Drucksache 16/3730: Bericht des Stadtentwicklungsausschusses zur sozialen Stadtteilentwicklung.

**[Bericht des Stadtentwicklungsausschusses über die Drucksache 16/2682: Programm der Sozialen Stadtteilentwicklung Erster Bericht über die Umsetzung (Senatsvorlage) – Drucksache 16/3730 –]**

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Die Abgeordnete Brockmüller bekommt es.

**Brigitte Brockmüller** SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Thema ist bereits vor nicht allzu langer Zeit in der Bürgerschaft erörtert worden. Deshalb möchte ich an dieser Stelle auf einen Beitrag zu einer Generaldebatte verzichten, sondern mich auf einige für mich wichtige Punkte konzentrieren.

Der erste Punkt ist natürlich der aktuelle Stand der Umsetzung dieses Programms. Der zweite Punkt ist die Frage, welche Handlungsnotwendigkeiten sich aus dem derzeitigen Stand des Verfahrens ergeben.

B Wir begrüßen es, daß inzwischen – bis auf eine Ausnahme – in allen Stadtgebieten ein Quartiersmanagement eingesetzt worden ist. Im Januar hat die STEG in Altona für die Gebiete Lüdersring, Wittkamp und für das Flüsseviertel die Quartiersentwicklung übernommen. Hier liegt bereits ein Handlungs- und Maßnahmenkonzept vor. Mit dem Stadtforum Lurup ist auch ein funktionierendes Beteiligungsgremium vorhanden.

Über die Anmietung eines Stadtteilbüros in den Elbgau-passagen wird noch verhandelt. Im Osdorfer Born fungiert seit Jahresanfang „Convent“ als Quartiersmanager. Zur Zeit wird ein Stadtteilbüro im Kirchenzentrum Osdorfer Born eingerichtet.

Im Bezirk Bergedorf hat die Lawaetz-Stiftung ihre Arbeit im Gebiet Lohbrügge-Nord übernommen. Ein geeigneter Standort für das Stadtteilbüro wird zur Zeit noch gesucht.

In Harburg ist das Quartiersmanagement für das Gebiet Op de Bunte ausgeschrieben, der Quartiersmanager soll spätestens im April benannt werden.

Im Bezirk Hamburg-Mitte ist die Bremische Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau gemeinsam mit „Arbeit und Lernen“ im Februar beauftragt worden, ein Quartiersentwicklungskonzept für das Gebiet Horner Geest zu entwickeln.

In Hamburg-Nord wurde „Mook wat“ im Januar als Quartiersmanager für Barmbek-Süd eingesetzt.

In Wandsbek hat sich der Bezirk entschieden, im Wildschwanbrook das Stadtteilmanagement selbst zu übernehmen. Hierbei handelt es sich um ein relativ kleines,

C überschaubares Gebiet, das aus dem Revitalisierungsprogramm hervorgegangen ist. Ein Handlungskonzept wird zur Zeit vom Bezirksamt erstellt. Mit der Stadtteilkonferenz Meindorf besteht bereits ein gut funktionierendes Beteiligungsgremium, das sich mit den speziellen Problemen Wildschwanbrooks allerdings noch nicht näher befaßt hat. Im Hegholt – das ist das letzte Gebiet – ist seit etwa einem Jahr „Plankontor“ tätig. Hier geht es vor allem um die Problematik der Nachverdichtung.

Fazit: Die Bezirke haben ihre Projekte inzwischen erfolgreich auf den Weg gebracht.

Auch in den beteiligten Behörden – das war ein Punkt der letzten Debatte – geht es nach meinen Informationen voran. In der Baubehörde steht die Prüfung kurz vor dem Abschluß, ob auf die Erhebung der Fehlbelegungsabgabe, auf die zur Zeit in den drei Großsiedlungen Mümmelmannsberg, Steilshoop und Kirchdorf-Süd verzichtet wird, auch in den anderen Gebieten der sozialen Stadtteilentwicklung verzichtet werden kann.

In der Wirtschaftsbehörde wird mit Hochdruck an der angekündigten Drucksache zur kleinräumigen Wirtschaftsförderung gearbeitet, und wir erwarten, daß der Senat der Bürgerschaft hierzu baldmöglichst einen Bericht vorlegt.

Nun zum Thema Handlungsnotwendigkeiten. Weiterer Bedarf besteht hier insbesondere zur Steuerung des Programms und zum Berichtswesen. Über dieses Thema haben wir bereits im Ausschuß längere Zeit und intensiv debattiert. Hier sollte aus meiner Sicht noch nachgelegt werden.

Die Stadtentwicklungsbehörde hat inzwischen die Globalrichtlinie zur Steuerung der sozialen Stadtteilentwicklung fertiggestellt. Ich halte diese Richtlinie für ein wichtiges Steuerungsinstrument. Allerdings fehlen mir noch nachvollziehbare und überprüfbare Kriterien zur Erfolgskontrolle.

D Ich halte es für unverzichtbar, daß sämtliche Programmziele operationalisiert werden und auf Basis dieser Umsetzungsziele ein Controlling installiert wird. Das ist schon deshalb besonders nötig, weil hier sehr viele Akteure im Spiel sind und ein koordiniertes Handeln ein wichtiger Schlüssel zum Erfolg dieses Projekts ist.

Wir brauchen natürlich auch Kennzahlen, um die Wirksamkeit der eingeleiteten Maßnahmen und ihre Effizienz im Hinblick auf die eingesetzten Haushaltsmittel bewerten zu können. Nur durch die Analyse und Bewertung der Stärken und Schwächen können Handlungsmöglichkeiten für eine bessere Effektivität und Effizienz optimal genutzt werden. Außerdem lassen sich nur hierdurch gesicherte Erkenntnisse für die Weiterentwicklung dieses Programms gewinnen. Auch das ist notwendig, denn wir alle haben ein fundamentales Interesse daran, gerade auf diesem Sektor voranzukommen. Letztlich geht es auch um die Kontrolle, ob und inwieweit die Programmziele tatsächlich erreicht werden. Ich halte es deshalb für notwendig, daß die Senatsberichte zur Umsetzung dieses Programms, die jährlich vorgelegt werden sollen, künftig hierzu auch Angaben enthalten, insbesondere zu den Kennzahlen, die uns die Bewertung des Erfolgs der eingeleiteten Maßnahmen und der Zielerreichung ermöglichen. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

**Vizepräsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Schulz.

A **Dr. Stefan Schulz** CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum Thema „Stadtentwicklung“ lassen Sie mich eingangs erwähnen, daß wir den Äußerungen der Kollegin Brockmüller in jeder Hinsicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Das war alles sehr richtig, und es hat mich insbesondere gefreut, daß Sie die Hälfte Ihrer Redezeit auf das Problem Controlling, das wir auch immer in den Ausschüssen dargelegt haben, verwendet haben; hier stimmen wir Ihnen auch zu.

Lassen Sie mich einige Schwerpunkte der CDU-Politik in diesem Bereich darlegen. Wir haben vor einem halben Jahr schon einmal darüber diskutiert, als der Bericht erörtert worden war, und wir hatten auch bei der Haushaltsdebatte Gelegenheit dazu. Der Unterschied zwischen CDU und der Koalition besteht darin, daß wir der Auffassung sind, daß es für das soziale Gerüst sehr sinnvoll ist, wenn auch sogenannte sozial besser gestellte Personen im Stadtteil verbleiben.

(*Wolf-Dieter Scheurell SPD*: Dazu haben Sie aber lange gebraucht zu der Idee!)

– Das haben wir schon immer gesagt.

(*Wolf-Dieter Scheurell SPD*: Denken Sie mal an 1986 in der Bezirksversammlung! – Beifall bei der SPD)

– Das war schon immer unsere Position, auch in der Bezirksversammlung Wandsbek. – Um so erfreulicher ist es, daß auch Frau Brockmüller dieser Auffassung ist. Ich zitiere – mit Genehmigung des Vorsitzenden –, was Frau Brockmüller im September sagte:

„Eine ausgewogene soziale Bevölkerungsstruktur ist eine wesentliche Voraussetzung für die Stabilität eines Wohnquartiers.“

Sehr richtig.

(*Wolfgang Marx SPD*: Wo sie recht hat, hat sie recht!)

Das Problem ist nur, daß die SPD zwar diese Erkenntnis gewonnen hat, sie aber leider nicht umsetzen kann. Wir haben einen vielleicht eher kleinräumigen, aber richtigen Antrag im Rahmen der Haushaltsdebatte eingebracht, daß nach Abschluß von baulichen Sanierungsmaßnahmen darüber nachgedacht werden könne, ob zum Beispiel durch Dachgeschoßausbau neuer Wohnraum geschaffen werden kann. Diesen neuen Wohnraum kann man doch auch den Bewohnern des Hauses oder des Quartiers als Eigentumsmaßnahme anbieten. Das ist ein konkreter Schritt, da wird niemand vertrieben, sondern man schafft Eigentum gerade für Leute, die aus dem Quartier kommen; Herr Dr. Lange hat das auch gesagt.

(*Dr. Rolf Lange SPD*: Wie soll das verwaltet werden?)

Dies ist doch auch mit Ihren Aussagen kompatibel, neuen Wohnraum zu schaffen. Diese Idee ist auch in Gesprächen mit der STEG entstanden. Der Antrag lautete ganz schlicht, das nur einmal zu prüfen. Da sagt doch jeder vernünftige Mensch, so schlecht kann das nicht sein, und es entspricht auch dem, was die SPD hier fordert. Nur weil die GAL sagt, wir wollen so etwas grundsätzlich nicht, muß die SPD das nicht mitmachen.

C Gerade bei der Problematik der Stadtentwicklung drängt sich der Eindruck auf, daß die GAL gewissermaßen ein konservatives Element darstellt, indem sie ihre eigenen Vorurteile der siebziger und achtziger Jahre aufbewahrt

(*Antje Möller GAL*: Sechziger Jahre!)

– ne, da gab es Sie noch nicht, siebziger – und konserviert: Eigentum ist schrecklich, dagegen waren wir schon immer, ohne einmal darüber nachzudenken, welche konkreten Maßnahmen hier eigentlich gefordert werden. Die Kollegen der Sozialdemokraten sollten also auch den Mut haben, den Worten, die sie richtigerweise ausgeführt haben, Frau Brockmüller, auch Taten folgen zu lassen.

Im Bereich der sozialen Stadtentwicklung – das hat Frau Brockmüller auch gesagt – sind wir alle der Auffassung, daß wir die kleinräumige Wirtschaftsförderung unbedingt brauchen. Wir stellen alle fest, daß die Drucksache der Wirtschaftsbehörde immer noch nicht vorliegt. Das ist vielleicht symptomatisch für die Aufgaben der Stadtentwicklung, die wir als Querschnittsaufgaben auffassen. Aber der Senat bemüht sich, und es kommt anscheinend nicht so viel dabei heraus, die Drucksachen kommen alle ganz langsam. Wir haben zwei Jahre auf die Durchführungsverordnung der Stadtentwicklungsbehörde gewartet – sie liegt uns jetzt vor –, aber die Drucksache der Wirtschaftsbehörde liegt immer noch nicht vor. Und wenn wir wirklich mit sozialer Stadtteilentwicklung Ernst machen wollen, dann gehört die Schaffung und Erhaltung von quartiersnahen Arbeitsplätzen unbedingt dazu.

D Gerade wenn lokale Wirtschaft floriert, dann floriert im Prinzip auch die Nachbarschaft, weil es vielfältige Synergieeffekte gibt. Nur muß man dann derartige Querschnittsaufgaben auch als Querschnittsaufgaben betrachten, und hier gilt es, über den ideologischen Tellerrand zu schauen. Es nützt uns wenig, wenn wir jetzt eine Drucksache der Wirtschaftsbehörde bekommen, wo jeder dafür ist, den Mittelstand und das Handwerk zu fördern – das sind Arbeitsplätze, die auch für das Quartier wichtig sind –, und dann guckt man auf die Straße, und dort ist alles zugepollert. Insofern ist es auch hier erforderlich, Querschnittsaufgaben als solche zu betrachten und nicht mit der einen Hand kaputtzumachen, was mit der anderen Hand möglicherweise aufgebaut wird.

Ein weiterer Punkt für die gewollte soziale Stabilität und gesunde Mischung, der auch von Frau Brockmüller angesprochen worden ist, ist die Fehlbelegungsabgabe. Eine Reduzierung der Fehlbelegungsabgabe ist insbesondere aus den genannten Gründen CDU-Politik. Wir sind der Auffassung, daß genau in den sozialen Brennpunkten darüber nachzudenken ist, die Fehlbelegungsabgabe zu reduzieren. Die CDU hat einen eigenen Antrag eingebracht, und wir wollen einmal abwarten, wie das Ergebnis ist; Sie haben ja angekündigt, es stehe unmittelbar bevor. Wir wollen hoffen, daß es dann auch soweit kommt.

Eine letzte Bemerkung schließt sich an das an, was Frau Brockmüller gesagt hat. Wir haben – das muß man dem Senat auch zugestehen – die sehr schwierige Aufgabe, den Mitteleinsatz für soziale Stadtentwicklung zu optimieren, aber auch zu kontrollieren. Gerade weil wir das Geld nicht mehr so dicke haben, müssen wir dies operationalisieren, wie Frau Brockmüller gesagt hat, und vor allen Dingen gucken, ob das Geld sinnvoll verwendet wird. Hier müssen wir in der Tat über weitere Mechanismen nachdenken, denn wir haben das Problem, daß das Ziel gut ist und sich über Jahre und Jahrzehnte ein System verschiedenster Träger

(Dr. Stefan Schulz CDU)

A und Institutionen entwickelt. Hier müssen wir gucken, ob sich der Einsatz lohnt, und neue Mechanismen weiter vorantreiben.

Gerade die Frage des Erfolgs bei einer Maßnahme war auch Ihr Ansatz, um überhaupt überprüfen zu können, ob ein Erfolg stattgefunden hat. Es kann natürlich nicht so sein, daß diejenigen, die ein Projekt betreiben, gleichzeitig den Erfolg bestimmen, indem sie sagen, das war prima, wir wollen mehr Geld, sondern hier sollte intensiv externer Sachverstand, aber auch eine Befragung der Betroffenen – es gab schon einen Versuch der Behörde – oder auch Dritter erfolgen, um die Operationalisierung wirklich voranzutreiben.

Wir denken, daß dies machbar ist und – da alle Fraktionen einstimmig auf Anregung von SPD und GAL den CDU-Vorschlag aufgenommen haben – im nächsten Bericht des Senats über die Umsetzung berichtet wird und auch über den Mitteleinsatz für weitere Institutionen wie Kirche und insbesondere Jugend- und Sozialarbeit. Das hat der Ausschuß einstimmig beschlossen.

Hier ist auch eine Vernetzung vorzunehmen, denn es kann nicht sein, daß es in einer Straße aus verschiedenen Töpfen drei Projekte gibt und keiner weiß, was der andere macht, und sich möglicherweise die Ziele überschneiden. Man muß sehen, welcher Bereich wo seine Mittel einsetzt, um insgesamt im Stadtteil optimale Arbeit zu machen. Wir werden weiter konkret an diesen Sachen mitarbeiten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt die Abgeordnete Möller.

B

**Antje Möller GAL:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich werde das Gefühl nicht los, daß wir das Thema in der Bürgerschaft totreden.

(Beifall bei der GAL und bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Statt es zu befördern, reden wir es tot. Uns liegen nicht zum ersten Mal die Drucksachen vor, wir diskutieren auch nicht zum ersten Mal über die Ausschußergebnisse hier im Plenum, und wir kommen keinen Schritt weiter.

Frau Brockmüller sagte, wir brauchen koordiniertes Handeln, wir brauchen überprüfbare Kriterien, wir brauchen eine Erfolgskontrolle. Herr Schulz schüttet wieder alles aus, was er an alten und gefüllten oder halbvollen Schubladen an Vorurteilen gegenüber der GAL und auch an sonstigen Klischees hat; das hilft uns nur alles nicht weiter. Wir sehen doch, wie schwer man sich mit der Arbeit in den Bezirken, in den Quartieren tut. Ich würde hier viel lieber diskutieren, woran dies liegt und was die Bürgerschaft tun kann, um die Arbeit voranzubringen, um den Senat und den Stadtentwicklungssenator, aber auch die anderen Behörden, die damit noch zu tun haben werden oder zu tun haben sollten, zu unterstützen. Da fehlt mir selber auch der Schlüssel, aber ich fordere das hier einfach ein.

Ich möchte gerne, daß wir die Debatte einmal dahingehend zuspitzen, warum dies so schwierig ist. Sie haben zu Recht gesagt, daß es die Quartiersmanager inzwischen nahezu überall gibt. Aber was war es für ein langer Prozeß, was hat es für Geburtswehen gegeben, wieso waren die Ausschreibungen oder die Ergebnisse so strittig? Wieso gibt es im Bezirk Hamburg-Mitte eine absurde Diskussion

über die Neustrukturierung, die völlige Auflösung der Sanierungs- und Stadtteilbeiräte und eine Veränderung der Schlüssel in der Zusammensetzung der Beiräte, die doch bewährt ist? Wozu leisten wir uns so etwas, statt mit klaren Projekten jeder Art, die mehr sind als so vollmundige Beschreibungen wie „wir wollen das unterstützen“, in die Quartiere hineinzugehen und tatsächlich mit der Unterstützung der kleinen und mittleren Unternehmen in den Quartieren, mit der Förderung und wirklichen Unterstützung der Beteiligung der Bevölkerung und der Anwohnerinnen im nahen und weiteren Umfeld anzufangen?

C

Ich möchte allerdings auch noch einmal daran erinnern, daß die CDU sich immer noch damit hervortut, sie sehe noch nicht die Notwendigkeit der größtmöglichen Partizipation, damit bremsen wir uns selbst wieder aus. Das war allerdings nur eine Bemerkung im Ausschuß. Heute haben Sie es hier nicht gesagt; vielleicht haben Sie es inzwischen schon revidiert.

Ich sehe uns als mäßig interessiert an dem Thema, wenn man sich die Präsenz im Plenum anguckt, aber ich sehe noch nicht, daß wir wirklich eine Zugkraft oder Schubkraft entwickeln, die in die Bezirke hineingeht und sagt, dieses ist ein wichtiges Thema für den Senat und die Bürgerschaft, wir wollen die soziale Stadterneuerung hinbekommen, wir wollen nicht nur die Sanierungsgebiete in den Griff bekommen, sondern auch die Quartiere beleben. Wir wollen das erreichen, was mit dem Stichwort anfängt, die Beteiligungs- und Selbsthilfefverfahren zu aktivieren, und mit der Ergänzung sozialer und kultureller Aktivitäten aufhört.

Dazwischen ist all das, was wir in vielen Quartieren dieser Stadt erreichen wollen und müssen, damit die Stadt das bleibt, was sie ist: lebenswert für alle, sozial gerecht für alle und ein Magnet für die, die hier zuziehen und dann möglichst bleiben wollen. Das gilt für Familien als auch für alle anderen Lebensformen.

D

(Beifall bei der GAL und der SPD)

**Vizepräsident Berndt Röder:** Das Wort erhält die Abgeordnete Sudmann.

**Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke:** Frau Brockmüller hat ihren Beitrag damit eröffnet, daß sie sagte, wir wollen hier keine Generaldebatte führen, da wir vor kurzem erst in der Bürgerschaft darüber debattiert haben.

Ich möchte Ihnen einmal etwas aus dem Ausschußbericht vorlesen:

„Der Ausschuß verständigte sich dann darauf, keine Generaldebatte mehr zu führen, sondern gezielte Einzelfragen zu stellen, weil die Angelegenheit unlängst in der Bürgerschaft bereits erörtert worden sei.“

Wenn Sie in den Ausschußbericht gucken, dann werden Sie feststellen, daß die Erörterung relativ einseitig war. Abgesehen von einer Frage der GAL,

(Antje Möller GAL: Wir haben zwei gestellt!)

zwei Zwischenrufen der SPD und drei Fragen der CDU ist der Rest vom REGENBOGEN bestritten worden. Ein Erörterungsbedarf scheint bei Ihnen sowieso nicht da zu sein. Der Grund ist nicht, daß Sie das Programm totreden wollen – da muß ich Frau Möller leider korrigieren –, sondern daß es eine wunderbare Regelmäßigkeit beim Thema soziale Stadtteilentwicklung gibt. Ganz egal, welcher Furz dazu abgesehen wird

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke)

A (Unmutsäußerungen bei der SPD und der GAL)

– pardon –, ganz egal, welcher Bericht, welcher Antrag dazu diskutiert wird, die SPD wird es anmelden und dann hier wieder als Senatsprecherin auftreten, weil sie allem Anschein nach nicht verknusen kann, daß sie nicht mehr die zuständige Behörde hat. Aber das soll bitte schön die rotgrüne Koalition unter sich ausmachen.

Spannender wäre es gewesen, Frau Brockmüller, wenn Sie nicht aufgezählt hätten, was der Senat uns eigentlich berichten müßte, nämlich wer wo Quartiersmanager ist, sondern wenn Sie aufgezählt hätten, was Sie in der SPD vor Ort eigentlich tun. Was ich von der SPD vor Ort mitbekomme, sind vor allen Dingen Blockaden beziehungsweise Verärgerungen der Bewohnerinnen und Bewohner. Da fängt die SPD in Rothenburgsort an, zum Beispiel den Beirat neu zu besetzen. Da sie gerne SPD-Mehrheiten haben möchte, werden dann Leute, die zwar auch in der SPD sind, einfach als einfache Bürgerinnen und Bürger umdeklariert. Der ganze Beirat droht zu kippen, und man muß heftigst intervenieren, bevor die SPD das wieder zurückführt.

(Wolfgang Marx SPD: Die SPD besteht halt nicht nur aus Funktionsträgern!)

– Erstaunlicherweise war das gerade ein Funktionsträger, der vorher auch im Ortsausschuß war, das ist Pech.

In anderen Fällen verändert die SPD eigenmächtig Beschlüsse, die vor Ort in den Beteiligungsgremien gefaßt werden, weil ihnen diese Beschlüsse nicht passen. Da, liebe Frau Brockmüller, bestehen Handlungsnotwendigkeiten. Wenn Sie dieses Programm befördern wollen – ein Programm zur sozialen Stadtteilentwicklung ist notwendig –, dann, bitte schön, fangen Sie auch bei Ihren Leuten vor Ort an.

B

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Herr Schulz hat noch einmal das Thema der sogenannten sozialen Mischung angesprochen, wobei ich den Begriff soziale Mischung nicht ganz so schlimm finde wie gesunde Mischung, und Herr Scheurell ist prompt in die Falle getappt und hat gesagt, das haben wir alles schon lange gesagt. Herr Schulz will – das sagt er auch immer im Ausschuß –, daß in den sozial benachteiligten Gebieten zum Beispiel wesentlich mehr Eigentumswohnungen geschaffen werden. Eigentumswohnungen möchte er vor allen Dingen bei SAGA- und GWG-Beständen schaffen, wo heute noch die armen Menschen wohnen, und dann reiche Menschen hineinsetzen. Ihnen ist eventuell entgangen, daß wir in Hamburg immer weniger Wohnungen haben, die bezahlbar sind. Wenn Ihre Mischung dann so aussieht, daß man die armen Menschen vertreibt, dann herzlichen Dank.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke –  
Wolf-Dieter Scheurell SPD: Geben Sie doch zu, daß Sie mich vom Gegenteil überzeugen wollen!)

– Herr Scheurell, das habe ich ganz bestimmt nicht getan. Ich habe noch nie dafür plädiert, billige, preisgünstige Sozialwohnungen umzunutzen. 1991 war ich noch nicht in der Bürgerschaft, aber mit Ihnen gestritten hätte ich bestimmt auch, da haben Sie recht.

Was ist notwendig? Frau Möller hat es eben teilweise schon gesagt. Wir müssen uns darin einig sein, in den benachteiligten Stadtteilen etwas für die Menschen zu tun, und etwas für die Menschen tun heißt nicht, immer nur Arbeitsplätze schaffen. Wir haben in der Erörterung im Ausschuß auch festgestellt, daß es teilweise überhaupt keine dauerhaften

Arbeitsplätze sind. Es ist, ehrlich gesagt, auch nicht machbar. Wir müssen den Menschen eine Perspektive für ihr Leben geben, eine Perspektive auch für das Leben im Stadtteil, sprich: Sie müssen die Chance haben, sich real an den Prozessen im Stadtteil zu beteiligen.

C

Wenn wir das hinkriegen und hier in der Bürgerschaft nicht unendliche Reden halten, die im Ausschuß nie ihren Niederschlag finden, dann wird es vielleicht ein bißchen besser. Aber ich habe, ehrlich gesagt, keine Hoffnung, daß die Bürgerschaftsfraktion, zumindest die der SPD, ein ernsthaftes Interesse zeigt, im Ausschuß intensiv darüber zu diskutieren.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

**Vizepräsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt Senator Dr. Maier.

**Senator Dr. Willfried Maier:** Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Die Bürgerschaft interessiert sich tatsächlich sehr stark für dieses Thema; diese Drucksache wird zum dritten Mal erörtert.

Ich will deswegen in Kürze noch einige Ergänzungen zu dem machen, was Frau Brockmüller gesagt hat, was wir in dieser Globalrichtlinie im Verhältnis zwischen Bezirken und Senat und zwischen anderen Fachbehörden und Stadtentwicklungsbehörde geregelt haben – das ist von Ihnen verschiedentlich angemahnt worden –, um diese Zusammenarbeit besser hinzubekommen.

Jetzt ist die Regelung getroffen worden, in jedem Bezirk einen Arbeitskreis Soziale Stadtentwicklungspolitik unter Federführung des Bezirks zu bilden. In diesem Arbeitskreis sollen die verschiedenen Behördenprogramme innerhalb des jeweiligen Bezirks zusammengeführt werden. Das heißt, wir haben den Dezentralisierungsschritt in bezug auf die sogenannte Säule zwei tatsächlich im Organisatorischen vollzogen, nehmen allerdings unsererseits durchaus an diesen Arbeitskreisen teil, und manchmal müssen wir auch ein bißchen dafür sorgen, daß der Wunsch und Wille der übrigen Behörden, daran teilzunehmen, etwas wächst und das dann auch tatsächlich stattfindet.

D

Sie haben als besonders wichtig die Frage der Evaluation dargestellt; auch da sind wir ein Stück vorangekommen. Ein solches Programm, das so vielfältige und manchmal im einzelnen sehr schwer zu zählende Ziele verfolgt – man kann ja nicht sagen, soundso viele Quadratmeter oder soundso viele Arbeitsplätze –, muß neu geschaffen werden, muß sich seine Erfolgskriterien, auf den jeweiligen Fall bezogen, selber setzen. Und da haben wir das Quartiersmanagement beauftragt, so etwas wie ein Entwicklungskonzept für das jeweilige Quartier auszuarbeiten. Nachdem dieses über Senat oder Senatskommission dann gebilligt ist, nehmen wir dasselbe Konzept als Auswertungsfolie, um festzustellen, ob das definierte und festgelegte Ziel erreicht worden ist.

Eine zweite Auswertungsfolie wird für uns eine größere Rolle spielen. Es beginnt sich im Programm abzuzeichnen, daß bei bestimmten Maßnahmen, die an anderer Stelle geklappt haben und auch probiert wurden, eine gewisse Typisierung stattfindet. Nehmen Sie das bekannte Beispiel der Pfortnerloggen in Hochhäusern, nehmen Sie die Öffnung von Schulhöfen, die Betreuung von Kindern oder die Unterhaltung von Küchen in Schulen, um mittags dort ein Essen anzubieten.

(Senator Dr. Willfried Maier)

- A Wir wollen solche Typisierungen von Maßnahmen vornehmen, weil wir uns davon versprechen, daß wir erstens dazu beitragen können, gelungene Sachen zu propagieren und sie an anderen Stellen auch machbar zu machen, und weil wir zweitens daran messen können, ob das in dem einen oder anderen Fall erfolgreich war oder aber auch billiger gegangen ist und woran das möglicherweise gelegen hat. Wir schaffen uns da auch Maßstäbe für Auswertungen.

Beim Thema Mitwirkung wird vielleicht am deutlichsten, daß es sehr schwer ist zu sagen, woran man eigentlich, wenn Sie von Kennziffern sprechen, den Erfolg von Mitwirkungsbereitschaft von Bürgerinnen und Bürgern mißt. Bei Wahlen tun wir das an der Wahlbeteiligung, aber hier finden keine Wahlen statt. Bei den Stadtteilbeiräten könnten wir vielleicht sagen, wenn so viele wie möglich teilnehmen. Es gibt aber Bezirke, wo dann gesagt wird, es sollen nur 15 teilnehmen, und dann kann man die Teilnehmerzahl auch nicht zum Kriterium machen. Da gibt es also durchaus so etwas wie ein Kennziffernproblem.

Ich will noch kurz zwei Punkte berühren, weil sich viele Argumente wiederholen. Es ist das Thema der kleinräumigen Wirtschaftsförderung angemahnt worden. Eine der wichtigsten Maßnahmen zur kleinräumigen Wirtschaftsförderung ist – das betreiben wir auch schon eine ganze Zeitlang –, dafür zu sorgen, daß kleinere Betriebe, ob nun Handwerker oder Gründerbetriebe, relativ preiswerten Gewerberaum finden. Deshalb versuchen wir mit Eifer, dieses Gewerbehofprogramm in verschiedenen Richtungen zu qualifizieren als Gründergewerbehof in der Rinderschlachthalle mit der Absicht, ein Ökozentrum in Altona zu realisieren, aber auch im unspezifischen Sinne in den Gebieten verhältnismäßig preiswerten Gewerberaum zu schaffen. Das ist, soweit wir in der Stadtentwicklungsbehörde darüber verfügen, in einer ganz passablen Weise in Gang gekommen.

- B Eine letzte Bemerkung zum Thema soziale Mischung. Ich bin sehr dafür, daß in einer Stadt die Bevölkerungsgruppen nicht sozial segregiert leben und man eine Mischung hinbekommt. Ich bin nicht sicher, ob wir schrecklich viele Menschen aus Blankenese, aus den Villenvierteln und vom Alsterlauf in die Gebiete der sozialen Stadtteilentwicklung zurückbekommen. Das wäre auch eine Möglichkeit der Mischung, das wird uns aber vermutlich nicht gelingen. Wenn man aber den Gedanken der Mischung – diesen Gedanken vermisste ich immer völlig bei der CDU – so ernst nimmt wie Sie, warum treten Sie nicht auch dafür ein, Sozialwohnungen nicht mehr auf der grünen Wiese separiert zu bauen, sondern überall da, wo größere Bebauungsprojekte gemacht werden, 20 Prozent Sozialwohnungen zu bauen?

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Das wäre doch ein richtig gutes Mischungsprogramm, und dadurch käme natürlich eine Bewegungsform zustande, die Licht, Luft und Sonne auch in arme Wohnungen bringt. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

**Vizepräsident Berndt Röder:** Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich über die Ausschußempfehlungen abstimmen. Wer seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dieses ist einstimmig so angenommen.

Ich rufe nunmehr Tagesordnungspunkt 19 auf, Drucksache 16/3787: Antrag der Gruppe REGENBOGEN zu atomaren Zwischenlagern.

**[Antrag der Gruppe REGENBOGEN – für eine neue Linke:**

**Keine neuen atomaren Zwischenlager an den von HEW betriebenen AKWs Brunsbüttel und Krümmel – Drucksache 16/3787 –]**

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Der Abgeordnete Jobs bekommt es.

**Lutz Jobs REGENBOGEN – für eine neue Linke:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für Atommüll gibt es keine schadlose Entsorgung. Ein sicheres Endlagerkonzept ist nicht in Sicht, weder für normalen Atommüll noch für abgebrannte Brennelemente. Die Wiederaufarbeitung ist eine dauernde ökologische Katastrophe. Mit einem Satz gesagt: Das Problem des Atommülls bleibt ungelöst.

Nicht nur, aber besonders dann, wenn Castor-Behälter auf die Reise geschickt werden, wird dieses deutlich. Einerseits wird immer noch keine Sorge dafür getragen, daß die Kontamination die Umwelt nicht weiterhin belasten kann, andererseits sind sehr viele Menschen nicht mehr gewillt, mit diesen ungelösten Problemen zu leben, und schließen sich deshalb den Protesten an, um damit die Atomwirtschaft und die Regierung erfolgreich unter Druck zu setzen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Da erscheint einigen das Konzept der Zwischenlagerung an den Standorten natürlich so etwas wie ein Königsweg zu sein; nicht weil es dadurch erkennbare Sicherheitsgewinne gäbe, sondern weil die Betreiber eine günstige und wenig aufsehenerregende Möglichkeit bekommen, ein unlösbares Problem für einige Zeit zu umgehen. Ferner bekommt die rotgrüne Bundesregierung die Möglichkeit, die zu erwartenden großen Demonstrationen zu vermeiden.

Bevor das erste Atomkraftwerk stillgelegt ist, bevor auch nur ein Plan für den Atomausstieg vorliegt, wurden die Betreiber aufgefordert, standortnahe Zwischenlager zu errichten. Diese Gelegenheit haben sie sich natürlich nicht entgehen lassen. Damit erschließt sich ihnen eine Möglichkeit, den weiteren Betrieb ihrer Anlagen noch zu sichern. Wie weit das reicht, wird aus den einzelnen Anträgen deutlich, die kürzlich bekannt geworden sind. Wer nachrechnet, stellt fest, daß die Lager für weitere Laufzeiten beantragt sind: für Stade 13 Jahre, für Brokdorf 39 Jahre, für Krümmel für weitere 60 Jahre und für Brunsbüttel für stolze 92 Jahre.

(Präsidentin Ute Pape übernimmt den Vorsitz)

Das gilt wohlgerne bei Normalbetrieb, was bei diesen Anlagen ausgesprochen selten vorkommt.

Damit kann noch nicht einmal der größte rotgrüne Regierungseuphoriker zufrieden sein, und trotzdem kann die HEW derart perverse Anträge stellen. Wie so etwas ohne Protest hingenommen werden kann, dazu hoffe ich gleich etwas von Ihnen zu hören, Herr Senator.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

So wie die Bundesregierung jetzt agiert, wird der Atomausstieg in dieser Legislaturperiode nicht unumkehrbar geregelt werden. Durch Regierungshandeln wird es in dieser Zeit kaum nennenswerte und dauerhafte Stilllegungen geben. So hat schon der Chef der Bayernwerke verkündet, daß seine AKWs diese Regierung mit Sicherheit überleben

(Lutz Jobs REGENBOGEN – für eine neue Linke)

A werden. Es sind genau diese Zwischenlager ein Mittel zum Überleben; und diese Überlebenshilfe geht wieder nur auf Kosten von Mensch und Umwelt.

Schauen wir uns einmal an, wie so eine Lösung aussieht. Ein Zwischenlager ist nichts anderes als eine ungesicherte Lagerhalle. In Gorleben und Ahaus versetzt dieser Gedanke viele Menschen in Aufruhr, denn solche Hallen bieten keinerlei Sicherheit gegen Einwirkungen von außen. Sie bieten vor allem auch keinerlei Sicherheit gegen die Strahlung, die von innen ausgehen kann. Das alles soll allein ein Castor-Behälter bringen. Dabei gibt es, wie wir wissen, eine Menge Probleme.

Einige Behältertypen haben dem Belastungstest nicht standgehalten. Die neuen Lagerbehälter sind vielleicht gerade deshalb gar nicht erst getestet worden, sondern haben einzig und allein aufgrund eines Computertestes ihre Freigabe erhalten.

Darüber hinaus gibt es bisher überhaupt keine Tests über die langfristigen Auswirkungen des jahrzehntelangen radioaktiven Dauerbeschusses der Behälter von innen. Aus Ahaus ist zu hören, daß die dort eingelagerten Castoren bereits nach kurzer Zeit anfangen zu rosten. Die Ursache ist unbekannt, Abhilfe bei beladenen Behältern kaum möglich. Deshalb bleibt es dabei, daß von diesen zusätzlichen Atomanlagen auch eine zusätzliche Gefahr ausgeht.

(Dr. Roland Salchow CDU: Eine ungeheure Gefahr!)

Das ist eine Gefahr, wie ich finde, die nicht hinnehmbar ist.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke –  
Dr. Roland Salchow CDU: Die Grünen klatschen nicht bei dem Satz! Das ist ja ungeheuerlich!)

B Zum Stichwort Verminderung der Zwischenlager werden hier sicher gleich wieder alle im Chor rufen: Castor-Transporte werden verhindert. Auch von den Transporten geht natürlich eine unverantwortbare Gefahr aus.

(Dr. Roland Salchow CDU: Unverantwortlich!)

Atomtransporte und Zwischenlager sind so etwas wie Pest und Cholera zusammen; beide können tödlich sein. Deshalb kommt auch niemand auf die Idee, Pest mit Cholera oder umgekehrt zu bekämpfen. Nur bei den Atomanlagen soll genau das die richtige Medizin sein. Das ist an Absurdität nicht mehr zu überbieten.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Deshalb, meine Damen und Herren, ist es notwendig, unserem Antrag zuzustimmen, damit wir dem Senat die Chance geben, diesem Wahnsinn wenigstens im Norden dieser Republik ein Ende zu machen. – Vielen Dank.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

**Präsidentin Ute Pape:** Das Wort hat Frau Vogel.

**Renate Vogel SPD:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will es kurz und knackig machen und Herrn Jobs und seine REGENBOGEN-Gruppe beglückwünschen. In der alten Oppositionsrolle kann man regenbogenbunte Wunschzettel an den Weihachtsmann schreiben und gegen alles sein, was irgendwie mit Atomausstieg, Atomkraft und sonst etwas zu tun hat, und beantragen, was verzögert, verstopft oder nicht zu einem geordneten Ausstieg aus der Kernenergie gehört.

C Für mich benötigt ein geordneter Ausstieg aus der Kernenergie ein ganzes Maßnahmenbündel, und zwar schnellstmögliches Abschalten von Kernkraftwerken und der Ausstieg aus der Wiederaufarbeitungs- beziehungsweise Plutoniumwirtschaft. Dazu gehört auch die Schaffung von standortnahen Zwischenlagerungen in ausreichender Zahl.

Von der HEW liegen zwei Genehmigungsanträge vor. Nachdem das AKW Krümmel 1994 die Verträge mit der Wiederaufarbeitungsanlage Sellafield gekündigt hat, ist zwar noch für sechs Jahre Platz im Abklingbecken, wie Energieminister Möller kürzlich sagte, jedoch hat die HEW vorsorglich einen Antrag auf Genehmigung für den Bau eines Zwischenlagers gestellt. Das ist weder Panik oder ähnliches, sondern es gehört zu einem geordneten Ausstieg.

(Dr. Roland Salchow CDU: Richtig!)

Letztlich gehört dazu das Suchen und Finden eines sicheren Endlagers. Ich denke, daß man hinsichtlich der Zwischenlager keine Panik machen sollte, so wie Sie es eben getan haben; sie dauern 30, 40 oder 50 Jahre, sondern das Ziel ist ein Endlager.

Gemessen an diesem konkreten Ausstiegsplan halte ich Ihren Antrag für einen Störfall. Die SPD-Fraktion wird ihn ablehnen. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

**Präsidentin Ute Pape:** Das Wort hat Herr Engels.

D **Hartmut Engels CDU:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Jobs, Sie erinnern sich vielleicht daran, daß ich angesichts der Debatte um die Radioaktivität in Hamburg – fast die Hälfte bestand aus der Problematik um die Zwischenlager – für meine Fraktion Kritik an dieser Politik der dezentralen Zwischenlagerung bei allen möglichen Kernkraftwerken, insbesondere auch bei den vier in der Hamburger Umgebung, geäußert hatte. Darin besteht eine gewisse Gemeinsamkeit. Ich würde zwar keine ganz so apokalyptische Beschreibung wählen wie Sie,

(Dr. Roland Salchow CDU: Das meine ich aber auch!)

allerdings muß ein gewisses Gefährdungspotential eingeräumt werden.

Ich halte es auch für vernünftiger – das habe ich auch vorgebracht –, daß wir keine dezentrale Zwischenlager überall in der Bundesrepublik einrichten, sondern zielstrebig darauf hinarbeiten, zentralere Zwischenlagerungs- und letztlich Endlagerungsmöglichkeiten zu schaffen.

Das ist genau der Punkt, den Sie nicht wollen. Sie wollen weiter blockieren, verhindern und dafür sorgen, daß überhaupt nirgends mehr etwas gelagert werden kann. Das ist von der Sache her Blödsinn, um es einmal deutlich zu sagen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU – Dr. Roland Salchow CDU: Genau!)

Die abgebrannten Kernelemente und andere Abfälle sind reale physikalische Objekte, die wirklich existieren und einen realen Ort brauchen, an dem sie verbleiben. Das bezeichnet man in diesem Zusammenhang als Lagerung am betreffenden Ort. Sie müssen sich einmal selbst fragen, was Sie eigentlich wollen. Diese Elemente sind vorhanden, und Sie wollen blockieren – genauso wie Herr Trittin es übr-

(Hartmut Engels CDU)

- A gens aus verhandlungstechnischen Gründen immer noch macht –, mit anderen Worten, Sie sprechen sich ebenfalls in logischer Konsequenz für das Lagern der abgebrannten Brennstäbe in der Hamburger Umgebung aus.

(Dr. Roland Salchow CDU: Herr Jobs will sie mit nach Hause nehmen!)

Deswegen ist Ihr Antrag in sich zutiefst unwahrhaftig, um es deutlich zu formulieren.

(Beifall bei der CDU und bei Axel Bühler GAL)

Nun kann es natürlich sein, daß Sie um die innere Unwahrhaftigkeit und Unlogik Ihres Antrags selber wissen; davon gehe ich einmal aus.

(Dr. Roland Salchow CDU: Aber bitte nicht Herrn Jobs Logik vorwerfen!)

Somit hat also Ihr Antrag einen anderen Sinn, nämlich den, irgendwelchen Leuten – Sie sprachen auch von Demonstrantengruppen – erzählen zu können, wie stark Sie sich hier wieder einmal gegen die Atomenergie ausgesprochen haben. Da frage ich mich allerdings, für wie dumm Sie diese Leute halten. Es können nur Gruppen sein, an denen gemessen ein Stammtisch eine hohe wissenschaftliche Qualifikation hat. Ich bitte Sie, sich einmal zu überlegen, ob Sie uns solche demagogischen Anträge, jedenfalls in ihrem inneren systematischen Aufbau, weiter zumuten wollen. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

**Präsidentin Ute Pape:** Das Wort hat Herr Bühler.

- B **Axel Bühler GAL:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die vorherigen Beiträge sind jetzt schwer zu steigern. Der Atomausstieg kommt, so oder so.

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Wann?)

Auch die REGENBOGEN-Gruppe wird das sehen. Der Ausstieg kommt, weil die Grünen in Berlin mitregieren.

(Beifall bei der GAL)

Die Zukunft gehört den standortnahen Zwischenlagern. Sie wissen das genau, denn im letzten Satz Ihres Antrags steht: Wenn der Ausstieg beschlossen ist, können wir auch wieder über Zwischenlager reden. Mir ist nicht klar, was der Antrag dann soll.

Noch ein Punkt zum ersten Teil Ihres Antrags, über den Sie gar nicht mehr geredet haben. Dort heißt es, daß der HEW-Vorstand selbst einen Ausstiegsfahrplan vorlegen möge. Sie haben nicht verstanden, daß Ausstiegsfahrpläne im Moment in Berlin gemacht werden und nicht in Hamburg.

(Beifall bei Dr. Monika Schaal SPD)

Diese werden zwar von Hamburg unterstützt, aber nicht hier erstellt.

An Ihrem Antrag finde ich bedauerlich, daß Sie sich zur Frage der Zwischenlager und wie solche denn auszusehen hätten, aus der Diskussion heraushalten. Welche Kapazitäten sollen sie haben? Welchen Sicherheitsanforderungen sollen sie genügen? Diese Fragen sind noch zu klären. Wenn Sie mit der Einstellung antreten, daß die Zwischenlager Sie nicht interessieren und Sie Castor-Transporte ebensowenig wie eine Wiederaufarbeitung und den Müll wollen, ist das eine vergleichsweise konzeptlose Position. Daher werden wir den Antrag ablehnen.

(Beifall bei der GAL, der SPD und bei Hans Jakob Kruse CDU) C

**Präsidentin Ute Pape:** Das Wort bekommt Herr Hackbusch.

**Norbert Hackbusch REGENBOGEN** – für eine neue Linke: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe damit gerechnet, daß der Senator noch Stellung zu dem Antrag nimmt. Es ist für die Partei, zu der er gehört, kein unwichtiges Thema.

Zu der Fragestellung, wie einfach oder schwierig es gegenwärtig mit dem Ausstieg aus der Atomenergie ist, waren die Antworten von Herrn Bühler zwar einfach,

(Dr. Martin Schmidt GAL: Aber richtig!)

aber mehr im Sinne einer Sekte, nach dem Motto: Wir sind da, und das Heil wird kommen. Wir sehen gegenwärtig, daß das Heil nicht gekommen ist. Wenn wir ernsthaft darüber diskutieren, wissen wir, daß von dieser Regierung gegenwärtig kein Ausstieg beschlossen worden ist, daß es bisher keinen konkreten Ausstiegsweg gibt und daß eine der Herzensangelegenheiten der seit eineinhalb Jahren mitregierenden Partei nicht berücksichtigt wurde. Statt dessen sind weitere Wege geschaffen worden, um die Atomenergie aufrechtzuerhalten. Das ist das Hauptproblem, das wir dabei haben.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Es gibt keinen Hinweis darauf, daß der Ausstieg gegenwärtig organisiert ist,

(Dr. Martin Schmidt GAL: Und deswegen euer Antrag!) D

dafür gibt es diesbezüglich atemberaubende Vorstellungen von Zeiten.

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Ihr seid weg, und das hat auch nichts genützt!)

Um es einfach zu machen, nenne ich einen Punkt dazu, warum es immer eine Frage der Glaubwürdigkeit ist, wie man welche Politik macht. Heute nachmittag um 14.30 Uhr hat nicht nur die CDU ihren Vorsitzenden verloren, sondern gleichzeitig wurde über dpa gemeldet, daß in der Nähe von New York aus einem Atomkraftwerk eine radioaktive Wolke freigesetzt worden ist. Diejenigen, die in der Nähe waren, haben gesagt, daß es keine größere Bedrohung sein werde. Aber uns allen ist doch klar, daß dieses ein ständiges Problem ist und daß keiner hier im Saal garantieren kann, daß Atomkraft sicher und zu verantworten ist, Herr Engels.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Diese Art von Energie ist nicht zu verantworten, das sehen wir jeden Tag und vor allem an der Frage des Endlagers.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Wenn die Atomenergie eine so wichtige Sache ist, daß nicht nur Geld und die Energiekonzerne in diesem Land regieren dürfen, sondern das Wissen, das wir darüber haben, mit der Erkenntnis, daß eine solche Energie unverantwortlich ist,

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

und wenn unsere Regierung in der Lage ist, einen solchen Ausstieg zu organisieren, dann ist doch die Frage, warum das gegenwärtig nicht geschieht.

(Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke)

- A Wenn die grüne Partei und gerade Herr Porschke die bisherige Form weiter organisiert mit dem Hinweis, man werde dafür sorgen, daß es irgendwann einen Ausstieg geben wird, übernimmt er damit aber auch die Verantwortung, daß die Atomenergie weiter produziert werden kann, und das ist unverantwortlich.

Damit sagt der Senator doch auch, daß HEW recht hat, Zwischenlager zu beantragen,

(Dr. Monika Schaal SPD: Das war nicht nur HEW!)

und er die politische Verantwortung dafür trägt, daß dort Atom Müll lagern darf. Ich halte es für unverantwortlich.

Ich möchte Ihnen zu Ihrer Art und Weise des Ausstiegs, der nicht klappt, und den Grünen, die unbedingt dabei sein wollen, einmal folgendes sagen: Mit der gleichen Begründung könnte man gegenwärtig in Österreich auftreten und sagen, wenn die Grünen mit Haider zusammen regierten, würde es auch ein bißchen besser.

(Wolfgang Baar SPD: So ein Blödsinn! – Unmutsäußerungen bei der GAL, der SPD und der CDU)

Natürlich würde es ein bißchen besser sein, und trotzdem wäre es unverantwortlich.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke – Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Ich glaube, das war gegen die SPD gerichtet, weil ihr euch gar nicht aufregt!)

**Präsidentin Ute Pape:** Das Wort hat Herr Senator Porschke.

- B **Senator Alexander Porschke:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich finde, daß dies kein Thema für eine Büttendrede ist. Deswegen überrascht mich so eine Entgleisung auch ein wenig. Ich glaube schon, daß es mit Verantwortung zu tun hat, wenn man sich für den Bau von standortnahen Zwischenlagern ausspricht, und ich will Ihnen auch sagen warum.

Natürlich will auch ich keine Atomabfälle, und deswegen wollen wir den Ausstieg aus der Atomenergie. Wir setzen uns dafür ein, daß er nicht nur in Parolen, sondern in der Wirklichkeit stattfindet. Dafür muß man in einem Land wie unserem demokratische Bündnisse schließen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Im Rahmen dieser demokratischen Bündnisse wird man einen Interessenausgleich organisieren müssen, und das führt zu dem Kurs, auf dem wir gerade sind.

Für diesen Kurs braucht man dann aber eine Lösung, die praktisch vollzogen werden kann. Dazu sage ich ganz deutlich: Die Alternative zu standortnahen Zwischenlagern ist nicht der Ausstieg aus der Atomenergie, sondern die Fortsetzung der Abtrennung von Plutonium, die Steigerung der Gefahr; und das ist wirklich unverantwortlich.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Deswegen, und nicht etwa weil man irgendwelche Demonstrationen vermeiden will – das ist eine Albernheit, Herr Jobs –, sind wir auf diesem Kurs. So ein standortnahes Zwischenlager zu genehmigen, dauert vielleicht drei Jahre. Das heißt, wenn dazu eine Genehmigung erteilt wird, werden alle Diskussionen, ob im Konsens oder Dissens, längst in Vergessenheit geraten sein. Das gilt auch für die Kapazitäten, die Sie genannt haben – ich höre es zum ersten Mal, daß die Betreiber solche großen Anlagen beantragt

haben. Dies wird sich alles im Rahmen des Genehmigungsverfahrens in den nächsten Jahren klären. Selbst die von Ihnen angekündigten Demonstrationen zu den Castor-Behältern werden dann schon wieder weit in der Vergangenheit liegen.

Das alles ist überhaupt keine Frage, sondern das Entscheidende ist – und das ist meine Hauptaussage –: Als Übergang bis zur endgültigen Abschaltung der Atomenergie, die aus meiner Sicht so schnell wie möglich erfolgen sollte, ist die standortnahe Zwischenlagerung besser als die Abtrennung des Plutoniums, und deshalb muß man sie machen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

**Präsidentin Ute Pape:** Das Wort hat Herr Jobs.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Kannst du den Haider noch überbieten?)

**Lutz Jobs REGENBOGEN – für eine neue Linke:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zum Thema Genehmigungsverfahren bei standortnahen Zwischenlagern, Herr Senator, haben wir schon das eine oder andere Beispiel erleben können, wie solche Verfahren durchgeführt werden. Es gibt drei standortnahe Zwischenlager, die nicht in drei oder vier Jahren genehmigt worden sind, sondern sehr rasant.

Wie schnell es geht, sehen wir inzwischen in Lingen. Dort brauchte es tatsächlich nur fünf Monate von der Beantragung bis zur Auslegung, der öffentlichen Beteiligung, bis zur notwendigen Positionierung der Gemeindeanrainer zu diesem Zwischenlager. Das ist ein Genehmigungsverfahren, das unter Rotgrün noch einmal beschleunigt worden ist, und vielleicht ist es ein Erfolg. Ich finde nicht, daß es ein rotgrüner Erfolg ist, sondern es zeigt nur, wie sehr auf die Bedürfnisse der Betreiber eingegangen wird, denn sie sind es, die diese Zwischenlager möglichst zügig genehmigt bekommen wollen.

Es geht nicht darum, daß gesagt wird: Wir wollen, daß die Wiederaufarbeitung weiter stattfindet, das ist absurd, Alexander Porschke, das weißt du auch. Wir haben deutlich gemacht, daß die Wiederaufarbeitung als schleichende Katastrophe sofort beendet werden muß.

Es geht vielmehr darum, was als erstes passieren muß. Es ist doch klar, daß, wenn ein Problem gelöst werden muß, an der Quelle begonnen werden muß und dafür zu sorgen, daß es nicht immer größer wird. Deshalb ist es notwendig, bevor die Entsorgung, das Aufwischen der Pfütze, beginnt, erst einmal die Quelle abzuschalten, die Atomkraftwerke stillzulegen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Daß das vorangebracht wird, dazu habe ich bisher überhaupt noch nichts gesehen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Bevor diese Gesetze geschaffen worden sind, wird der Technologie mit diesen Zwischenlagern eine weitere Überlebenshilfe gegeben. Das finde ich unverantwortlich.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Daß der Umweltsenator als Aufsichtsratsmitglied heute zum ersten Mal hört, wie groß diese Lager sein sollen, dazu fällt mir nichts mehr ein. Womit befaßt sich dieser Aufsichtsrat eigentlich, oder womit möchte er befaßt werden?

(Lutz Jobs REGENBOGEN – für eine neue Linke)

- A Wo sucht er Einflußmöglichkeiten auf die Politik der HEW?  
Das ist, wie ich finde, ein Armutszeugnis.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

**Präsidentin Ute Pape:** Das Wort hat Herr Engels.

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Es ist doch alles gesagt!)

**Hartmut Engels** CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Noch einmal, Herr Jobs: Die Logik bei der von Ihnen verfolgten Politik bedeutet – damit Sie das endlich begreifen –, daß Brennelemente dezentral gelagert werden müssen; sie müssen irgendwo hin. Wenn Sie sie nicht nach Gorleben oder Ahaus transportieren wollen, liegen sie bei den Kernkraftwerken. Insofern ist Ihr Antrag, vor dem Hintergrund der von Ihnen verfolgten Politik, in sich unlogisch.

Da wir jetzt bei der Logik sind, Herr Senator – das ist der Punkt, warum ich noch einmal nach vorn gekommen bin –, muß ich noch folgendes sagen. Wenn Sie die einzige Alternative zur dezentralen Lagerung in der Plutoniumabtrennung sehen, dann ist das keine besondere Logik. Das Gegenteil vom Wort dezentral ist logischerweise das Wort zentral. Das ist der entscheidende Punkt. Natürlich könnten wir auf dezentrale Zwischenlagerung verzichten – auch auf dezentrale Lagerung, ob wir sie nun „Zwischen-“ oder sonstwie nennen, es bleibt letztlich gleich –, wenn diese Bundesregierung eine zentrale Lagerung oder Zwischenlagerung anstrebt, zum Beispiel in Gorleben oder in Ahaus, aber genau das tut sie nicht. Insofern ist Ihr Hinweis, daß die einzige Alternative die Plutoniumabtrennung und der Transport ins Ausland sei, völlig an der Sache vorbei. –

- B Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

**Präsidentin Ute Pape:** Das Wort hat Frau Dr. Schaal.

**Dr. Monika Schaal** SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Jobs, Sie meinen, daß jetzt verstärkt auf die Betreiber eingegangen wird. Man kann die Entwicklung, die sich jetzt abzeichnet, genau andersherum interpretieren. Dadurch, daß immer mehr Zwischenlager beantragt werden – das geschieht nicht nur durch die HEW, sondern es wurden zehn weitere Standorte in der Republik beantragt –, ist das ein Eingehen der Kraftwerksbetreiber auf die Bundesregierung; bekanntlich wird ein Konsens angestrebt.

Ich finde, daß es ein weiterer Schritt der Annäherung ist, daß die Kraftwerksbetreiber auf die Wiederaufarbeitung verzichten. Alle wissen, wenn wir wieder aufarbeiten – darin sind wir uns einig –, wird der Müll immer mehr. Offensichtlich setzt hier nun auch langsam das Problembewußtsein ein. Wir können den Plutoniumberg nicht noch weiter aufhäufen, sondern müssen Maßnahmen finden und so organisieren, daß wir zu einem Ende kommen. Wir müssen die Müllvermeidung so organisieren,

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Das fängt doch an der Quelle an!)

daß damit endlich Schluß ist.

Außerdem will ich noch einmal darauf hinweisen, daß wir bereits seit Mai 1998 ein Moratorium für Transporte haben. Es sind zwar wieder welche beantragt worden, wir konnten aber zur Kenntnis nehmen, daß die Transporte, wenn sie

überhaupt stattfinden, höchstens im Herbst erfolgen, weil sich alle Welt darauf vorbereiten muß.

C

Die Zwischenlager sind natürlich nur eine Zwischenlösung. Die Bundesregierung arbeitet darauf hin, Herr Engel, daß es zu einem nationalen Endlager kommt. Ich meine, daß wir keine Zwischenstufen als Provisorium brauchen, sondern wir müssen in dieser Republik eine endgültige Lösung finden, wo der Müll aus der Atomwirtschaft lagern soll. Das hat in 16 Jahren Ihrer Regierung niemand geschafft, weil sich keiner richtig darum gekümmert hat; das geht jetzt erst los.

Wir haben hinsichtlich der Technologie der Endlagerung auch Fortschritte gemacht. Das, was an Kriterien für ein sicheres Endlager 1982 vorgesehen war, stimmt heute nicht mehr. Darum hat die Bundesregierung einen „Arbeitskreis Endlager“ eingesetzt, der sich darum bemüht, Kriterien für eine Endlagertechnologie zu entwickeln, die dem Stand der Technik entspricht. Diese Kriterien sollen im Jahre 2002 vorliegen.

Das ist ein Zeithorizont, bei dem der Ausstieg Schritt für Schritt vollzogen wird. Wir sind jetzt schon weiter, als wir es vor mehreren Jahren waren –, auch wenn es utopisch erscheint, daß das Endlager endlich nach Hearings und Auseinandersetzungen wahrscheinlich erst im Jahre 2025 zur Verfügung stehen wird. Das ist ein schwieriger Prozeß, den wir durchlaufen müssen, und wenn wir es jetzt nicht tun, wird er nie vollzogen. Wir haben uns alle ein Ziel gesetzt, darin sind wir uns einig: Wir wollen aus der Atomwirtschaft heraus. Es genügt aber nicht, einfach zu sagen, daß wir aus dieser Technologie heraus wollen, sondern die damit verbundenen Probleme müssen abgearbeitet werden. Daher meine ich, daß wir auf dem richtigen Weg sind, und die Zwischenlager werden uns dabei helfen. – Vielen Dank.

D

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und der GAL)

**Präsidentin Ute Pape:** Weitere Wortmeldungen gibt es nicht mehr. Ich frage dann, wer den Antrag beschließen will. – Gegenprobe. – Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 9 auf, Bericht des Gesundheitsausschusses zum Bericht einer Aufsichtskommission.

**[Bericht des Gesundheitsausschusses über die Drucksache 16/2423: Bericht der Aufsichtskommission nach dem HmbPsychKG (Senatsvorlage) – Drucksache 16/3768 –]**

Wer wünscht das Wort? – Das Wort hat Frau Dr. Freudenberg.

**Dr. Dorothee Freudenberg** GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es gibt Menschen, die unter dem besonderen Schutz des Gesetzes stehen, für die wir als Gesetzgeber eine besondere Verantwortung haben. Dazu gehören die Menschen, die im Rahmen einer psychischen Erkrankung oder Behinderung so hilflos sind und sich selbst oder gegebenenfalls auch andere so stark gefährden, daß ihre Freiheit durch eine geschlossene Unterbringung eingeschränkt werden muß.

Zum Schutz dieser kranken Menschen, die unter freiheitsentziehenden Maßnahmen stehen, gibt es im BGB besondere Regelungen zur Unterbringung im Betreuungsrecht, und es gibt die verantwortlich kontrollierende Beteiligung

(Dr. Dorothee Freudenberg GAL)

A der Vormundschaftsgerichte sowie in Hamburg und entsprechend auch in anderen Ländern das Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Erkrankungen, kurz PsychKG genannt.

Im Rahmen dieses PsychKGs ist auch die Aufsichtskommission festgeschrieben. Diese Aufsichtskommission besucht jährlich mindestens einmal, in der Regel unangemeldet, Krankenhäuser und Pflegeheime, in denen Menschen wegen ihrer psychischen Erkrankung geschlossen untergebracht sind.

Die Aufsichtskommission hat auch die Aufgabe, diese Einrichtungen, die von der Behörde ermächtigt sind, die Unterbringung zu vollziehen, auf ihre Eignung zu überprüfen. Darüber berichtet sie regelmäßig dem Senat und der Senat wiederum alle zwei Jahre der Bürgerschaft.

Dieser Bericht über die Jahre 1996/1997 wurde uns im letzten Frühsommer vorgelegt, und wir haben ihn im Juni und Oktober im Gesundheitsausschuß ausführlich diskutiert. Alle Fraktionen haben sich intensiv damit befaßt, und die Diskussionen waren sehr lebhaft. Leider ist Ihnen der Bericht des Ausschusses erst heute zugegangen, und ich fürchte, die meisten haben sich nicht richtig vorbereiten können, was ich sehr schade finde, aber auch die erbetenen Protokollnotizen kamen zum Teil erst im Januar.

B Ich kann es Ihnen erklären, und ich glaube, die Sache ist spannend. Die Aufsichtskommission berichtet sehr kritisch über ihre Besuche im Zeitraum 1996/1997. Als zentraler Punkt wird immer wieder der Personalabbau erwähnt, und zwar einmal in der Psychiatrie, wo er sich durch die Unterschreitung der vorgeschriebenen Personalverordnung ausdrückt, vor allem aber in den geschlossenen Pflegeheimstationen, wo er mit dem Kostendruck nach Einführung der Pflegeversicherung begründet wird. Der Senat beschränkt sich in seinem Bericht darauf, seine Besorgnis zu äußern, sie mit der Besorgnis der Aufsichtskommission zu teilen und sich dieser anzuschließen.

Wir Abgeordneten haben nun kritisch nachgefragt und wollten wissen, wie die aktuelle Situation ist, und ob sie sich noch weiter verschlechtert hat; wir wissen alle, daß der Kostendruck zunimmt. Wir haben darüber diskutiert und gefragt, was getan werden kann.

Unzufrieden waren wir, daß wir keine Auskünfte zur Personalbemessung erhalten konnten, wenn es immer heißt, es ist weniger Personal da, es wird abgebaut. Wir haben dann aber erfahren, und das hat uns gefreut, daß im letzten April eine Vereinbarung zwischen der Behörde und den Trägern dieser geschlossenen Stationen – das ist in Hamburg pflegen & wohnen – dahin gehend abgeschlossen wurde, daß pro Bewohner ein Zuschlag von umgerechnet 43 Pflege Minuten pro Tag gewährt wird. Das ist sehr viel, wenn wir uns vor Augen halten, daß es bei sonstigen Verbesserungen der Leistungen der Pflegeversicherung immer um drei bis vier Minuten pro Bewohner pro Tag geht. Mit 43 Minuten kann man etwas machen, umgerechnet sind das eine Stelle pro Bereich mit 25 Bewohnern.

Das fanden wir schon ganz gut, aber das Problem war wiederum, daß das nur rein rechnerisch so ist. Das Geld ist zwar gezahlt worden, und es ist darüber verhandelt worden, wir konnten aber nicht erfahren, wie viele Leute jetzt zur Betreuung dieser hilflosen Menschen da sind.

Das ist mir nicht verständlich, und dazu möchte ich noch etwas sagen. Der Senat selbst antwortete auf unsere Fragen im Ausschuß, daß die Berichterstattung durch die Auf-

sichtskommission als Controlling für ihn ausreichend sei. Controlling heißt eigentlich, daß man einen Bericht hat, daß man überlegt, was verändert werden muß, und Ziele definiert, daß man dann in Verhandlungen tritt und zum Beispiel sagt, wir geben Geld und wollen dafür Stellen haben, und dann muß man überprüfen, ob es besser geworden ist.

Wir haben uns monatelang bemüht, die Höhe der Personalbemessung zu erfahren, und haben es nicht geschafft. Wir haben Informationen, daß die Situation inzwischen so verheerend ist, daß in geschlossenen Stationen nachts nicht ständig Personal anwesend ist. Im Heim Holstenhof, wo zwei geschlossene Stationen übereinander liegen, ist nur eine Pflegekraft da oder war es wenigstens bis vor kurzem – ich habe gehört, daß es wieder geändert worden ist. Um die Zeiten zu überbrücken, in denen nur eine Pflegekraft im unteren Bereich war, hat man Videokameras installiert, ohne die Aufsichtskommission, ohne die gesetzlich bestellten Betreuer, ohne die Heimaufsicht zu fragen. Diese Geräte sind wohl inzwischen wieder abgeschaltet.

Ich habe das hier so ausführlich geschildert, weil wir als Parlamentarier ein ganz klares Problem haben. Wir werden oft mit Berichten befaßt, die wir uns dann zwar anschauen und ein paar Fragen dazu stellen, aber wir haben im allgemeinen wenig Möglichkeiten, an der Situation etwas zu ändern und dem nachzugehen. Das ist hochgradig unbefriedigend, und da müssen wir etwas tun, um dem Begriff Controlling auch als Parlamentarier mehr nachkommen zu können; das ist unser gemeinsames Ziel.

In dem Bereich kann man etwas tun, und es ist ja etwas passiert. Es gibt mehr Geld, wir müssen nur endlich Mindeststandards festlegen und sagen, ihr bekommt dieses Geld, und wir legen ganz klar fest, daß es nicht vorkommen darf, daß ein solcher Bereich ohne beaufsichtigendes Personal ist, das sich den Menschen zuwenden kann. Man kann diese Menschen nicht alleine lassen.

(Beifall bei der GAL)

Zweitens müssen wir erreichen, daß die verschiedenen Instanzen, die sich mit diesen geschlossenen Stationen befassen, nämlich Aufsichtskommission, Heimaufsicht und Vormundschaftsgerichte, die Informationen austauschen. Die Heimaufsicht, die es inzwischen gibt, bekommt die Berichte nicht einmal. Die müssen sich doch austauschen, das müssen wir irgendwie organisieren.

Am wichtigsten für uns ist, daß die gesetzlich bestellten Betreuer, die diese Menschen alle haben, denn das ist Voraussetzung für die geschlossene Unterbringung, beteiligt werden. Inzwischen gibt es in einigen Einrichtungen auf unsere Anregung hin Betreuerbeiräte. Die Betreuer werden gefragt und an den Heimbeiräten beteiligt. Das geht langsam in die richtige Richtung, daß sich die geschlossenen Bereiche für die Gesellschaft, für die Angehörigen öffnen und damit aus dieser gräßlichen Tabuzone herauskommen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der GAL und bei *Lutz Jobs REGEN BOGEN – für eine neue Linke*)

**Präsidentin Ute Pape:** Das Wort hat Frau Brinkmann.

**Petra Brinkmann** SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir diskutieren heute den Bericht der Aufsichtskommission der Jahre 1996, 1997 und haben das Datum 16. Februar 2000. Wir haben im letzten Frühjahr – Frau Freudenberg hat es schon gesagt – den Bericht zugeleitet bekommen, haben ihn dann im Juni und nochmals im Ok-

(Petra Brinkmann SPD)

A tober intensiv diskutiert und alle Probleme, die aus unserer Sicht zu lösen sind, versucht zu lösen. Auch der Senat hat nachgewiesen, daß er alle Probleme gelöst hat, wozu er in der Lage ist.

Es stellt sich also die Frage, weshalb wir heute nach dieser intensiven Ausschußdiskussion diesen Bericht noch einmal diskutieren. Es hat im wesentlichen drei Probleme gegeben.

Erstens wurde festgestellt, daß im Bereich der klinischen Versorgung der Kinder- und Jugendpsychiatrie ein Ausbau notwendig ist; dort haben wir in Hamburg noch ein Defizit. Das ist aber anderenorts auch festgestellt worden, und wir denken, daß mit dem Krankenhausplan 2005 dieser Punkt abgearbeitet sein wird und wir dann eine bessere Ausstattung haben werden.

Der zweite Punkt, der immer wieder in den Ausschußberichten erwähnt wurde, ist die Fixierung einzelner kranker Patienten. Es mußte ein Fixierungsprotokoll nach Paragraph 18 des Unterbringungsgesetzes erarbeitet werden; das ist entwickelt worden. Jeder kann sich seine Gedanken darüber machen, weshalb man dafür zwei Jahre gebraucht hat.

Der dritte Punkt, das einzige Problem, das nach wie vor besteht, das wir aber nicht so einfach lösen können, ist die Personalausstattung in den geschlossenen Heimen. Aus allen Krankenhäusern und Pflegeheimen ist uns bekannt, daß es durch die Budgetierung Schwierigkeiten mit der Personalausstattung gibt. Daß dabei die Psychiatrie, die eines der schwächsten Glieder in der Kette ist, es immer besonders schwer gehabt hat und sehr leicht hinten heruntergefallen ist, ist uns bekannt. Deshalb haben wir immer ein besonderes Augenmerk darauf gehabt, daß das nicht passiert.

B In den Jahren 1990 bis 1995 hat man die Psychiatrie-Personalverordnung als Basis für die Personalausstattung entwickelt, und der Senat hat uns gesagt, daß man heute wieder von diesem Standard etwa 10 bis 15 Prozent abgebaut hat und man überhaupt nicht weiß, wieviel Personal da ist, und man völlig im Freien schwimmt; das ist nicht so gewesen, Frau Freudenberg.

Ein anderer Punkt, den Sie noch einmal kritisch angesprochen haben, ist, daß es nachts Stationen gebe, wo kein Aufsichtspersonal oder Pflegepersonal sei; das ist nicht korrekt. Wenn Sie die Antwort lesen, die uns zu Protokoll gegeben worden ist, dann verstehe ich nicht, wieso Sie das als einzige nicht verstanden haben. Da steht:

„Nach Auskunft von pflegen & wohnen verfügt jede der in Frage stehenden Stationen, die sich über zwei Etagen erstrecken,“

– jede –

„über eine eigene Nachtwache.“

Wieso Sie dann auf die Zahl Null kommen, ist nicht nachzuvollziehen.

Die Probleme, die wir gehabt haben, sind angesprochen und teilweise abgearbeitet. Die Ausstattung mit Personal liegt auch uns am Herzen, und das werden wir weiter beobachten.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Ute Pape:** Das Wort hat Frau Rudolph.

**Eleonore Rudolph** CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich sehe die beiden Schwerpunkte Personalkürzungen und Kinder- und Jugendpsychiatrie, habe aber noch einen zusätzlichen Schwerpunkt, Frau Brinkmann.

Frau Freudenberg sprach eben von den merkwürdigen 43 Minuten. Wenn man die Ergänzung in diesem berühmten Eckpunktetpapier vom Juli liest, dann ist das eine rechnerische Größe, aufgestockt auf den Durchschnitt des Personals beim damaligen Übergang von der hiesigen Pflegestufe zu den Pflegestufen des Pflegeversicherungsgesetzes. Und 76 Durchschnittsminuten plus 43 sind natürlich

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: 119 Minuten!)

immer noch nicht viel, wenn Sie bedenken, daß das Pflegeversicherungsgesetz für Pflegestufe III, die für schwerst demenzkranke Pflegebedürftige in Frage kommt, 300 Minuten vorsieht. Das ist für uns einfach nicht nachvollziehbar.

Ich möchte nur die Aufsichtskommission zitieren, die am Anfang ihres Berichts sagt:

„Therapie psychisch Kranker benötigt Menschen und keine Großgeräte.“

Um so fataler wirken sich unverhältnismäßige Personalkürzungen aus. Nachdem wir wissen, welche guten Erfahrungen mit intensiver Betreuung gerade von Schwerstementen gemacht worden sind – es gibt internationale Studien, nach denen man viele der besonders großen Störungen abbauen kann –, sollten wir uns alle intensiv dafür einsetzen, daß die Personalausstattung stimmt.

Bei der Kinder- und Jugendpsychiatrie sagten Sie, Frau Brinkmann, gebe es einen Mangel, das müsse in Hamburg noch ausgebaut werden. Vom Senat wurde das Wilhelmstift erwähnt, das zusätzliche Plätze einrichten soll. Aber der Hauptmangel sind Plätze für psychisch kranke Kinder und Jugendliche, die geschlossen untergebracht werden müssen, und das ist besonders schwierig. Da hat die SPD in Hamburg ein bißchen das Problem mit geschlossener Unterbringung für Kinder und Jugendliche. Sie versündigen sich wirklich an diesen Kranken.

(Petra Brinkmann SPD: Nein!)

Heute weist man, Frau Brinkmann, Kinder und Jugendliche im Alter von 13, 15, 16 Jahren in die Erwachsenenpsychiatrie im Klinikum Nord ein, das dafür überhaupt keinen Versorgungsauftrag hat. Das bedeutet dann auch, daß dort für diese Kinder und Jugendlichen keine Jugendpsychiater tätig sind. Beispielsweise kommt ein suizidgefährdetes sechzehnjähriges Mädchen erst in Eppendorf in die Jugendpsychiatrie, die nicht geschlossen ist. Weil man sie sonst nicht versorgen kann, kommt sie in die geschlossene Station nach Ochsenzoll. Die haben gar keine Versorgungsmöglichkeiten für schwerst persönlichkeitsgestörte und suizidgefährdete Jugendliche, so daß die dann sagen, dann kommt sie eben nach Schleswig. Schleswig ist aber nicht bereit, für Hamburg diese Dienste zu übernehmen.

Es gibt kein anderes Bundesland, das sich hier so borniert zeigt, und zwar aus ideologischen Gründen. Die geschlossene Unterbringung für Kinder und Jugendliche ist bei Ihnen so stigmatisiert, daß Sie nicht einmal im Zusammenhang mit dem Gesetz für Hilfe und Maßnahmen für psychisch Kranke bereit sind, für Kinder und Jugendliche eine solche Station in Hamburg einzurichten. Gerade nach dem, was wir von Dr. Seeler im Januar hörten, sollten wir uns wirklich zusammentun. Es ist unverantwortlich, diese Kin-

(Eleonore Rudolph CDU)

- A der und Jugendlichen von Psychiatern, die für Erwachsenenpsychiatrie und nicht für Jugendpsychiatrie ausgebildet sind, therapieren zu lassen. Man geht von einer notwendigen Station mit zehn Plätzen aus, und dafür sollte langsam in Hamburg Gelegenheit gegeben werden.

(Beifall bei der CDU)

**Präsidentin Ute Pape:** Das Wort hat Herr Jobs.

(*Dr. Monika Schaal SPD:* Der ist ja heute im Dauereinsatz!)

**Lutz Jobs REGENBOGEN** – für eine neue Linke: Meine Damen und Herren! Eigentlich hatte ich gedacht, zu diesem Bericht nichts sagen zu können. Dieser Bericht ist mit Datum vom 10. Februar heute morgen bei der Bürgerschaftskanzlei eingegangen. Heute mittag konnte ich per Fax diesen Bericht bekommen und mich eben noch damit befassen. Es ist kein vernünftiger Umgang mit dem Parlament, so kurze Vorbereitungszeiten auf nicht unwichtige Debatten zu gewähren.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und vereinzelt bei der CDU)

Ich will einen Punkt aus der Ausschußberatung, auf den die anderen noch nicht eingegangen sind, hervorheben. Mit der Psychiatrie-Personalverordnung haben wir uns sehr lange befaßt. Die Psychiatrie-Personalverordnung – wer es noch nicht gehört hat – regelt die Besetzung der psychiatrischen Abteilungen in den Krankenhäusern. Wir mußten hören, daß diese Psychiatrie-Personalverordnung in einigen Krankenhäusern unterlaufen wird, und zwar um 15 Prozent und mehr, und dagegen kann nichts gemacht werden. Diese Psychiatrie-Personalverordnung – Psych-PV – ist also nichts weiter als eine Nebelkerze. Vor ein paar Jahren haben wir noch alle gemeinsam den Durchbruch zur Gleichstellung der psychiatrischen mit den medizinischen Abteilungen gefeiert. Jetzt müssen wir feststellen, daß diese Verordnung offenbar nichts taugt, wenn es darauf ankommt. Nachdem wir uns da einig waren, gehe ich davon aus, daß wir uns auch einig sind, wenn wir darangehen müssen, dafür zu sorgen, diese Verordnung so zu verändern, daß sie Wirkungen erzielen kann, daß sie tatsächlich die psychiatrischen Abteilungen an den Krankenhäusern auch mit anderen Abteilungen gleichstellt.

Frau Freudenberg hat gerade eine ganze Menge über die Situation von pflegen & wohnen, über die Personalreduzierungen in den Heimen, berichtet. Frau Brinkmann, ich hatte nicht viel Zeit, das zu lesen, aber auf Seite 8 – es geht um die Stationen über zwei Etagen – haben Sie pflegen & wohnen nicht richtig zitiert, denn da steht:

„Nach Auskunft von pflegen & wohnen verfügt jede der in Frage stehenden Stationen, die sich über zwei Etagen erstrecken, über eine eigene Nachtwache.“

Das heißt, diese Station, die sich über zwei Etagen erstreckt, wo also zwei geschlossene Türen sind, verfügt nur über *eine* Nachtwache. Und das sind Verhältnisse, die in einem Betrieb wie pflegen & wohnen nicht angehen können, weil da viele Menschen ohne Hilfsangebot die ganze Nacht allein gelassen werden. Da ist Betreuungspersonal in eine Situation versetzt worden, in der sie der Verantwortung, die sie eigentlich tragen, nicht mehr gerecht werden. Das sind Verhältnisse, die in pflegen & wohnen genauso wie anderswo abgestellt gehören.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und bei der GAL)

**Präsidentin Ute Pape:** Das Wort hat Frau Senatorin Roth. C

**Senatorin Karin Roth:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben in der Tat diesen Bericht sehr ausführlich im Ausschuß diskutiert. Deshalb möchte ich nur einige Punkte aufgreifen, die auch hier in der Diskussion eine Rolle gespielt haben.

Das erste Thema ist die Situation in den geschlossenen Heimbereichen; da hat sich etwas verbessert. Frau Freudenberg, Sie haben ausdrücklich darauf hingewiesen, daß im Bereich der Pflege mehr Pflegeminuten für diesen Teil der Unterbringung vorgesehen sind, und es ist auch richtig, daß das notwendig ist.

Frau Rudolph, Sie haben noch einmal deutlich gemacht, wie wichtig im Rahmen dieser Pflege aktivierende Pflege ist; deshalb auch die besonderen Pflegeminuten. Ich stimme mit Ihnen auch darin überein, daß, wenn wir diesen Personalschlüssel verabreden und das auch so bezahlt wird – darauf lege ich Wert –, dann auch das Personal vorhanden sein muß, denn Soll muß dann auch Ist sein. Da gibt es zwischen mir und Ihnen überhaupt keine Diskrepanz. Deshalb werden wir das Thema Realisierung des Personalpflegeschlüssels in den einzelnen Heimen und nicht nur bei pflegen & wohnen auf die Tagesordnung setzen, denn ich habe den Eindruck, daß offensichtlich in einigen dieser Bereiche der Personalpflegeschlüssel zwar im Soll ist, aber nicht im Ist ist, und deshalb gehört das geprüft; das zunächst zum Thema Personalschlüssel und Finanzierung.

(*Eleonore Rudolph CDU:* Aber im geschlossenen Bereich auch besonders qualifiziertes Personal!)

– Das steht sowieso fest, das steht auch in der Verabredung, wenn Sie die Protokollnotiz lesen. Es geht mir aber darum – das ist auch ein Anliegen von uns allen –, daß das, was wir bezahlen, dann auch tatsächlich erfolgt. Darum geht es nicht nur in den geschlossenen Heimbereichen, aber dort auch, da wir eine besondere Aufsichtspflicht haben. D

Nun zum Thema Überwachung durch Videokameras: Es gibt in einigen Heimen – nicht nur bei pflegen & wohnen – solche Videokameras. Es ist keine ideologische Debatte, ob man das zulassen soll oder nicht, sondern es kommt darauf an, ob eine Videoüberwachung für bestimmte Bereiche oder den Eingangsbereich sinnvoll ist. Daß die Betreuer einverstanden sein müssen, wenn das außerhalb des Eingangsbereichs ist, ist klar, Frau Freudenberg. Deshalb ist auch pflegen & wohnen mit den Betreuern, der Heimaufsicht beziehungsweise dem Heimbeirat in Kontakt, um diese Ermächtigung zu erhalten.

Allerdings kann das kein Ersatz für Personal sein. Und – Frau Freudenberg, ich will das noch einmal betonen, weil ich mich für diese Debatte vorbereitet habe – Nachtwachen auf den Stationen müssen gewährleistet sein, und pflegen & wohnen hat dies zugesagt. Wir werden das prüfen, und wenn wir diesen Personalschlüssel haben, dann muß er auch eingehalten werden, nicht nur bei pflegen & wohnen, aber auch und gerade in den geschlossenen Bereichen.

Zum Thema Psychiatrie: Wir hatten eine große Debatte darüber, wie es mit der Verweildauer aussieht. In der Psychiatrie ist die Verweildauer heute geringer als früher; das wirkt sich auch im Bereich des Personals aus. Wir sind uns im Ausschuß einig gewesen, daß sich die dezentrale Psychiatriereform bewährt hat, daß die Verbindung von klinischer und außerklinischer Betreuung sehr vernünftig or-

(Senatorin Karin Roth)

- A ganisiert ist und wir alles tun, um diesen Standard zu halten. Deshalb haben wir Gespräche mit den Krankenkassen zum Thema Psychiatrie geführt, aber auch mit den Krankenhäusern, die Psychiatrie durchführen.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch auf Sie, Frau Rudolph, eingehen. Das Thema Kinder- und Jugendpsychiatrie steht auf unserem Zettel, das ist gar keine Frage. Der Antwort des Senats ist zu entnehmen, daß wir im Wilhelmstift zehn Betten einrichten. Wir wissen, daß das nicht ausreichend ist, ich will das hier erklären. Wir haben im Rahmen der Krankenhausplanung 2005 eine Arbeitsgruppe eingerichtet, um die Bedarfe zu formulieren. In diesem Zusammenhang – Frau Rudolph, das ist etwas anderes als geschlossene Heime für Jugendliche – wird auch geprüft

*(Eleonore Rudolph CDU: Natürlich ist es etwas anderes! Aber eine geschlossene Station für die psychisch kranken Jugendlichen brauchen wir!)*

– einverstanden –, ob ein Bedarf für medizinisch notwendige geschlossene Bereiche der Kinder- und Jugendpsychiatrie besteht. Ich sage Ihnen zu, auf dieser Grundlage die fachliche Debatte zu führen, und hoffe, daß dann auch die Krankenkassen den von uns festgestellten Bedarf im Rahmen der Budgetverhandlung finanzieren, denn das eine ist die Planung und das andere ist der entsprechende Versorgungsvertrag mit den Krankenhäusern.

(Glocke)

**Präsidentin Ute Pape** (unterbrechend): Frau Senatorin, gestatten Sie eine Zwischenfrage? – (Zustimmung)

Bitte schön, Frau Rudolph.

B

**Zwischenfrage von Eleonore Rudolph CDU:** Das Schreiben, das nach der Januar-Anhörung aus dem Klinikum Nord an Dr. Petersen gegangen ist, macht noch einmal sehr deutlich, daß diese Fälle vorhanden sind und ungefähr zehn Plätze gebraucht werden. Sie oder Vertreter des Senats haben zumindest in der Ausschlußberatung gesagt, daß geschlossen unterzubringende Jugendliche auch weiterhin in die Erwachsenenpsychiatrie eingewiesen werden müßten; da sind Sie also zu keiner Konzession bereit?

**Senatorin Karin Roth** (fortfahrend): Es ist zwar keine Frage, aber ich antworte trotzdem. Frau Rudolph, wir haben das Problem erkannt und prüfen das. Im Moment haben wir für diese Jugendlichen in der Tat nur die Möglichkeit, sie in den Erwachsenenstationen unterzubringen. Und weil wir sehen, daß das ein Defizit ist, wollen wir das im Zusammenhang mit dem Krankenhausplan 2005 prüfen. Wir haben das nicht nur auf dem Zettel, sondern sehen den Bedarf und werden gemeinsam zu einer Lösung kommen, um eine vernünftige medizinische Behandlung von Kindern und Jugendlichen im Bereich der Psychiatrie in Hamburg zu erreichen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

**Präsidentin Ute Pape:** Das Wort hat Frau Dr. Freudenberg.

**Dr. Dorothee Freudenberg GAL:** Ich habe mich auch noch einmal gemeldet, weil ich wirklich nicht verstehen kann, wie Sie in einem Satz ein Wort einfügen, das nicht dasteht. Dort steht:

„Nach Auskunft von pflegen & wohnen verfügt jede der in Frage stehenden Stationen, die sich über zwei Etagen erstrecken, über eine eigene Nachtwache.“

C

Und Sie haben ein *je* eingefügt; das zeigt unser Problem. Die Formulierung im Protokoll „über zwei Stationen erstreckend“ ist so kompliziert und mißverständlich, daß man, wenn man sich nicht so auskennt, es nicht verstehen soll; das ist der Punkt. Wir müssen hier endlich eine Offenheit erreichen und klare Aussagen erhalten, und es darf nicht irgendwie herumgeredet werden, damit wir nicht merken, wie schlimm manche Verhältnisse sind. Ich bin froh, daß dies erkannt ist und besser wird.

Ich wollte vorhin nicht darauf herumreiten, aber ich kenne diesen Bereich. Ich wurde von Angehörigen informiert, die ganz entsetzt und voller Sorge waren, daß dort wahrscheinlich seit eineinhalb Jahren nur eine Nachtwache für zwei Stockwerke war. Die Leute konnten nachts selbst kaum schlafen in Sorge um ihre Angehörigen, sie waren wirklich voller Unruhe. Ihnen wurde das, als sie darauf aufmerksam machten, damit begründet, am Tag mehr Personal zu haben, wenn nachts Personal abgezogen würde, und am Tag eine bessere Betreuung zu machen und vielleicht auch einmal die Türen aufzuschließen, damit die Leute hinauskönnen – und das in einer geschlossenen Unterbringung, wo klar festgelegt ist, daß der Zugang zum Gartenbereich offen sein muß und die Leute so betreut werden müssen, daß sie anständig versorgt sind.

Da haben wir noch viel zu machen, das ist heute klarge worden, und ich bin ganz zuversichtlich, daß wir weiterkommen.

(Beifall bei der GAL)

**Präsidentin Ute Pape:** Das Wort hat Frau Brinkmann.

D

**Petra Brinkmann SPD:** Frau Präsidentin, ich möchte noch einmal auf Frau Rudolph eingehen, weil ich auf meiner Fraktion die Unterstellung, was die geschlossenen Heime anbetrifft, nicht sitzenlassen möchte. Es geht um zwei unterschiedliche Dinge; Frau Senatorin Roth hat versucht, das deutlich zu machen.

Erstens: In meinem Bericht Kinder- und Jugendpsychiatrie habe ich genau die Betten und genau die Patienten gemeint, von denen Sie auch gesprochen haben. Ich habe es nur nicht weiter ausgeführt, aber es ist für mich selbstverständlich, daß psychisch kranke Jugendliche und Kinder untergebracht werden müssen. Dafür haben wir zum Teil Betten im UKE, aber zu wenige. Wir werden zehn Betten im Wilhelmstift bekommen, und ich habe Ihnen auch gesagt, daß wir damit einverstanden sind, daß das ausgebaut wird.

Zweitens: Sie haben uns unterstellt, wir hätten ein Problem mit geschlossenen Heimen. Da können wir uns ganz ruhig zurücklehnen. Das mag es in der Vergangenheit gegeben haben, aber dieses Problem gibt es bei uns zur Zeit in der SPD nicht. Es war gerade Ihr Fraktionsvorsitzender, der uns in den letzten Tagen bestätigt hat, daß wir unseren ideologischen Ballast abgeworfen haben, und von daher würde ich es auch hierauf beziehen wollen.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Ute Pape:** Wird das Wort zu diesem Thema gewünscht? – Das sehe ich nicht. Dann stelle ich fest, daß die Bürgerschaft Kenntnis genommen hat.

(Präsidentin Ute Pape)

- A Ich rufe den Tagesordnungspunkt 17 auf: Antrag der SPD und der GAL über Spielplätze und Bewegungsräume für Mädchen.

**[Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL:  
Spielplätze und Bewegungsräume für Mädchen  
– Drucksache 16/3781 –]**

Wer wünscht das Wort? – Das Wort hat Frau Dr. Urbanski.

**Dr. Silke Urbanski** SPD: Liebe Frau Präsidentin, liebe Kollegen! Gleichberechtigt und dennoch unterschiedlich, so sollen Mädchen und Jungen sich ihre Stadt erobern. Doch wie sieht die Präsenz von Mädchen und Jungen im öffentlichen Raum und insbesondere auf den Spielplätzen aus? Sehr unterschiedlich. Es gibt in dieser Stadt 167 Bolzplätze. Dort spielen überwiegend Jungen. Wenn ich ehrlich bin, habe ich dort noch nie eine Mädchengruppe spielen gesehen. Auf Kinderspielplätzen trifft man kleine Mädchen mit Müttern. Doch ab dem Alter von zehn Jahren verschwinden die Mädchen aus dem öffentlichen Raum, dann ist nämlich das Zimmer der Freundin als Spielraum angesagt und bestimmt auch noch der Mädchentreff. Nur 19 Prozent der zwölfjährigen Nutzerinnen und Nutzer von Spielplätzen sind Mädchen. Warum? Traditionelle Spielplätze bevorzugen in ihrem Angebot tendenziell die Jungen.

In dieser riesigen Stadt gibt es bisher nur zwei Spielplatzangebote für Mädchen: die „Mädchenarena“ und die „Mädchenoase“. Die „Mädchenoase“ ist neu, sie begann ihre Arbeit 1999. Es handelt sich um einen betreuten Naturerfahrungsspielplatz. Modellcharakter hingegen hat die „Mädchenarena“, die mit Förderung des Senatsamts für die Gleichstellung in der letzten Legislaturperiode gebaut wurde. Das Herz dieser Anlage ist eine inzwischen hochbeliebte, forumartige, grasbewachsene Sitzgelegenheit zum Klönen. Weiterhin gibt es Tischtennisplätze und einen Beachballplatz. Hier sind Jungen geduldet, die Mädchen erwünscht, und die Regeln der Mädchen gelten. Dennoch müssen sie um ihre Regeln kämpfen, denn die „Mädchenarena“ ist kein Ghetto, sondern sie ist weiterhin öffentlicher Raum, und die Jungen wollen Ball spielen, und zwar überall.

- B In der Auseinandersetzung mit ihnen finden die Mädchen Kooperation und zeitweilig Betreuung. Beide Angebote ermuntern Mädchen, sich früh den öffentlichen Raum selbstbewußt anzueignen. Das ist ein essentielles Ziel von Gleichstellungspolitik. Sie erfordert, dafür zu sorgen, daß Mädchen und Jungen unter Beachtung aller Unterschiedlichkeiten der Zugang zu ihrer Lebenswelt gleich einfach, gleich leicht und gleich natürlich gemacht wird. Viele Mädchen wünschen sich Bewegung, viele mögen Fußball, Streetball und Beachball, aber nur, wenn Jungen nicht nerven. Aber ganz aussperren soll man die Jungen auch nicht, denn schließlich sind sie interessant, ganz besonders, wenn man ein Mädchen im Alter von ungefähr zehn Jahren ist.

(Beifall bei *Dr. Monika Schaal SPD*)

Ich habe die Schülerinnen meiner sechsten Klasse befragt. Die sind gerade zwölf Jahre alt und wissen darüber Bescheid.

Was ist also zu tun? Beim politischen Handeln helfen Erfahrungen mit der „Mädchenarena“. Die besagen folgendes: Mädchen wollen Räume, in denen ihre Regeln gelten, und sie brauchen Unterstützung bei der Durchsetzung dieser Regeln. Mädchen brauchen Räume, in denen man sich gemütlich zum Klönen hinsetzen kann, wie das kleine Am-

phitheater, das dem ersten Projekt seinen Namen gab. Außerdem mögen sie Natur; sie wollen sie beobachten und erforschen. Sie mögen Spielgeräte, die Schwung haben, wie Schiffsschaukeln. Sie mögen Spielgeräte, mit denen man sich sportlich betätigen kann. Viele von ihnen sagen, daß sie sich in der Bewegung ausprobieren wollen, ohne gefährliche, konkurrenzorientierte Spiele spielen zu müssen. All dies kann gute Spielplatzplanung gewährleisten. Die ausreichende Anpassung von Spielplätzen an die Bedürfnisse der Mädchen ist eine nachhaltige, langfristige, verantwortungsvolle und im Sinne der Gleichstellung absolut notwendige Maßnahme. Diese Anpassung nicht zu wollen, bedeutet zu fordern, daß sich Mädchen in ihren Wünschen den Bedürfnissen der Jungen anpassen müssen. Das ist falsch. Mädchen sind nur dann gleichberechtigt, wenn man ihre Bedürfnisse, so wie sie sie äußern, ernst nimmt und ihnen nicht politisch-pädagogisch oder weltanschaulich erklärt, was sie sich wünschen sollen.

(Beifall bei *Dr. Monika Schaal SPD* und bei *Karen Koop CDU*)

Mädchen unterscheiden sich in ihren Wünschen und Bedürfnissen von Jungen. Dies muß man akzeptieren und danach handeln. Das wollen wir.

Was Mädchen vor allem brauchen, sind Raumplaner und Spielplatzarchitekten, die sich um ihre Bedürfnisse und um ihre Wünsche kümmern. Das gilt für die Spielplätze der Bezirke und auch für die Spielplätze, die im Rahmen des Wohnungsbaus entstehen.

Wenn wir heute diesen Antrag beschließen, wird sich an der Spielplatzkultur in Hamburg etwas ändern. Die Aufgabe, die wir damit dem Senat und über ihn den Spielplatzbauern geben, ist eine sensible Aufgabe, die Klugheit erfordert: Nämlich vor jedem Spielplatzbau oder -umbau herauszufinden, was die Bedürfnisse der anwohnenden Mädchen sind. Das bedeutet nicht, ambitionierte Studien in Auftrag zu geben. Das bedeutet einfach, die Mädchen in Schulen und Kindergärten zu fragen, welche Spielplatzgestaltung ihnen gefällt. Das bedeutet, auf die Erfahrungen des grandiosen Pilotprojekts „Mädchenarena“ zurückzugreifen. Wenn das geschieht, so hoffe ich, daß sich bald die Mädchen diese Stadt erobern wollen, zuallererst die Spielplätze.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

**Präsidentin Ute Pape:** Das Wort hat Frau Koop.

**Karen Koop** CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Urbanski, es war alles gut gedrängt, und ich kann Ihnen auch in vielen Bereichen zustimmen, nur weiß ich nicht, ob das eine administrativ ausgeweitete Sache sein muß. Lassen Sie mich aus der Praxis berichten.

Ich habe vor einigen Jahren ein Projekt zum Thema „Wie möchte ich meinen Spielplatz gestaltet haben?“ durchgeführt. Es entstanden eine Jungen- und eine Mädchen-Gruppe sowie eine gemischte Gruppe. Die Ergebnisse waren zwar sehr unterschiedlich, was bei verschiedenen Gruppen nicht außergewöhnlich ist, aber ganz deutlich. Alle Gruppen hatten den gleichen Raum und die gleichen Materialien zur Verfügung. Die Jungen legten das Ganze sehr großräumig an. Das haben Sie auch von den Spielplätzen berichtet. Es war alles sehr bewegungsorientiert: Fußballplätze, Drehscheiben, Klettergerüste, Abenteuerspielplatz in der Art, wie wir ihn kennen.

(Karen Koop CDU)

- A Bei den Mädchenbereichen war es deutlich kleinteiliger mit Bereichen zum Hüpfen und zum Balancieren. Es gab auch eine Abenteuerfläche – das war gar nicht das Gegenteil –, wichtig waren aber kleine Bereiche, in denen man miteinander kommunizieren konnte, wo Bänke und kleine Häuschen standen. Diese beiden Bereiche sehe ich wertfrei nebeneinander. Was allerdings sehr interessant war,

(Farid Müller GAL: ... die gemischte Gruppe!)

war die gemischte Gruppe.

(Beifall bei der CDU und Heiterkeit im ganzen Hause)

So sehr bei den beiden Gruppen die unterschiedlichen Bedürfnisse deutlich wurden, war die gemischte Gruppe nach langwierigen Überlegungen zu einer eher konventionellen und nüchternen Einrichtung gekommen. Sie hatte als etwas Besonderes einen Mädchentag eingeführt; keinen Jungentag und Mädchentag im Wechsel, sondern ganz klar einen Mädchentag, an dem die Mädchen allein auf dem Spielplatz sein sollten.

(Michael Fuchs CDU: Das ist klar! Das wußten wir!)

Das zeigt, daß im Normalfall die Jungen die Plätze nutzen. Hier kam aber das soziale Empfinden durch, es müßte auch etwas für die Mädchen getan werden. Das zeigt aber auch deutlich, daß die Planung, wie sie heute verläuft, sich eher an den Bedürfnissen der Jungen als an denen der Mädchen orientiert. Deswegen ist es wichtig, daß die Mädchen und Mädchengruppen beteiligt werden und man auf ihre Bedürfnisse hört.

- B Ich habe im Sommer einen Mädchentag in einer Einrichtung mitgemacht. Dort erlebte ich eine sehr fröhliche, lebhaft und frische Veranstaltung. Auf die Frage, ob man sie wiederholen sollte oder warum sie überhaupt grundsätzlich eingeführt worden sei, kam merkwürdigerweise nicht generell die Verteufelung „die Jungen ärgern uns immer“. Sie antworteten ganz schlicht, sie wollten einmal unter sich sein und das tun, was sie wollten, und die Geräte und das Gelände nach ihren Bedürfnissen nutzen.

(Beifall bei Elke Thomas CDU)

Sie wollten selber bestimmen, was sonst nicht der Fall ist. Das hat gar nichts damit zu tun, daß man sagt, die bösen Jungen, die den Mädchen keinen Platz lassen. Es wurde das Beispiel Sport angeführt. Die Mädchen sagten, die Jungen erobern sich das Areal in der Weise, daß sie sich gar nicht beteiligen können und eher am Rande bleiben. Die Jungen sind nicht unwichtig, sie sollen nicht verschwinden. Eines der Mädchen hat es nett als Hahnenkämpfe vor der Hühnerstange beschrieben. Das ist natürlich für die Mädchen weniger befriedigend. Sie wollen nicht alleine unter sich bleiben, sie wollen auch Konflikte und Aggressionen austragen, aber es besteht der Wunsch, einmal für sich alleine zu sein und den Raum so zu nutzen, wie sie es wollen. Das ist übrigens eine alte Frauenforderung. Ich weiß nicht, ob Sie von Virginia Wolf den Satz kennen:

„Raum für meine Füße, Raum für mein Selbst möchte ich erreichen.“

Insofern ist hier sogar ein feministischer Ansatz zu finden.

Ihr Antrag rennt bei mir offene Türen ein. Aber wenn Sie sich so sensibel für die Mädchenbelange zeigen, dann würde ich das auch gern außerhalb der Freizeit und nicht nur beim Spielen, sondern auch in anderen Bereichen sehen. Ich habe noch Frau Woisins Bemerkung zu meinem

Antrag im Ohr, wie sehr Jungen und Mädchen einander als Bereicherung empfinden

(Beifall bei der CDU)

und wie gern sie miteinander zu tun haben. Aber Ihr Antrag zeigt ganz deutlich, daß sie auch die Grenzen der Bereicherung sehen. Wo sich die Bereicherung bei einem Teil als Benachteiligung oder Behinderung beim anderen herausstellt, muß gehandelt werden. Das geschieht mit diesem Antrag.

Ich frage mich allerdings, ob die logische Folgerung nicht wäre, meinen abgelehnten Antrag zum bedürfnisorientiert getrennten Unterricht in den Fächern noch einmal zu überdenken.

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Der Antrag war nicht falsch, aber schlecht argumentiert!)

Aber vielleicht bringen Sie ihn in ein paar Wochen modifiziert wieder ein; das ist inzwischen ja Praxis geworden. Ihrem Antrag stimmen wir aber zu.

(Beifall bei der CDU)

**Präsidentin Ute Pape:** Das Wort hat Frau Steffen.

**Sabine Steffen GAL:\*** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Alles, was Frauen und Mädchen fördert, ist grundsätzlich erst einmal zu befürworten; insofern natürlich auch dieser Antrag. Da meine beiden Vorrednerinnen in dieser Frage schon zu dem Aspekt von Gleichstellung ausführlich Stellung genommen haben, möchte ich noch auf einen anderen Punkt eingehen, der mir in diesem Zusammenhang auch wichtig war. Er kommt insbesondere in dem Punkt 4 des Antrags zum Ausdruck, in dem es um Beteiligung geht. Wenn wir das wollen, was meine beiden Vorrednerinnen ausgedrückt haben, gilt es, alle Kinder und Jugendlichen – natürlich auch die Mädchen – ernst zu nehmen, sie zu beteiligen und dafür Sorge zu tragen, daß sie ihre Bedürfnisse äußern können. Dann wird öffentlicher Raum, wie Spielplätze, im Rahmen von Beteiligung bedarfsgerecht gestaltet werden können. In Paragraph 8 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes ist festgeschrieben, daß die Jugendhilfeplanung Instrumente zur Beteiligung zu entwickeln hat. Wir kennen das auch schon aus anderen Debatten, die wir hier gehabt haben. Ich erinnere an einen zwei Jahre alten Antrag „Berücksichtigung der Interessen und Gewährleistung der Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte von Kindern und Jugendlichen in der Planung“, der im Moment immer noch beim Senat in der Bearbeitungsphase liegt. Ich hoffe, daß wir bald eine Antwort bekommen. Dann würde das Thema „Beteiligung von Mädchen“ insbesondere in bezug auf die Bewegungsräume noch einmal aufgegriffen werden können.

In dem Beitrag von Frau Urbanski ist mir sehr deutlich geworden, daß es einen Unterschied zwischen betreuten und nicht betreuten Angeboten gibt. Da muß ich eine Lanze für die Mädchenarbeit brechen. Die Spielplätze und Bewegungsräume, die hier genannt wurden, sind im wesentlichen unbetreut. Das, was durch Wohnungsbaugesellschaften an Spielplätzen zur Verfügung steht, ist mehr den Gestaltungsmaßgaben der Erwachsenen ausgeliefert. In betreuten Einrichtungen und auf betreuten Spielplätzen finden die Belange von Mädchen große Berücksichtigung, denn überall dort haben wir besondere Flächen, die von Mädchen gestaltet werden. Ich weiß aber, daß das hier nicht ausdrücklich gemeint war.

(Sabine Steffen GAL)

- A Wir werden diesem Antrag auch zustimmen, weil er das Anliegen von Frauen und Mädchen fördert.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

**Präsidentin Ute Pape:** Das Wort hat Frau Kopcke.

**Julia Kopcke** REGENBOGEN – für eine neue Linke: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch wir finden den Antrag begrüßenswert, aber erstaunlich defensiv, weil er fast ausschließlich ein Berichtsantrag ist, was für dieses Thema ein bißchen mager ist. Ich habe in diesem Zusammenhang eine unschöne Vermutung. Frau Steffens hat eben darauf hingewiesen, es läge seit zwei Jahren ein Antrag zur Bearbeitung beim Senat. Tatsächlich ist seit einem Jahr eine Studie zur „Mädchenarena“ fertig und liegt – aus welchen Gründen auch immer – bei den Behörden. Ich hoffe nicht, daß dieser Antrag jetzt nur einen Präsentationstrick für diese überfällige Studie darstellen soll. Das fände ich dann doch etwas billig.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Aber zum Inhalt. In dem Antrag wird selbstverständlich von den Mädcheninteressen gesprochen. Dazu muß man sagen, daß sich natürlich schon lange in bezug auf die „Mädchenarena“ gezeigt hat – das wissen die Antragstellerinnen und Antragsteller auch –, daß man von *den* Mädchen und *den* Mädcheninteressen gar nicht sprechen kann, weil es für sogenannte Mädcheninteressen – auch als eine Art Bündelung – noch keine Kategorien gibt, die als solche entwickelt wurden. Insofern ist es schwierig, dieses so zu formulieren.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und bei *Andrea Franken* GAL)

B

Außerdem nehmen Sie die Konstruktion eines Gastrechts für Jungen recht unhinterfragt als Ausgangspunkt in Ihrem Antrag. Denjenigen, die sich aber eingehend mit dem Thema beschäftigt haben, ist eigentlich klar, daß diese Gastrechtskonstruktion noch ziemlich ungeklärt ist. Es ist nicht klar, wie sichergestellt werden kann, daß die Spielregeln für Mädchen als vorrangiges Recht durchgesetzt werden können, ob es dafür einer Kontrolle bedarf oder wer das schlichten soll. Wenn man das wirklich als Ideal nehmen würde, bräuchte man Personal, und da denke ich an die vor einiger Zeit existierenden Spielplatzpädagogen, die man hier durchaus wieder einführen könnte.

Zum Thema Personal gilt es vor allem, sich vor Augen zu führen, daß sich die „Mädchenarena“ eigentlich erst in dem Moment bewährt hat, als den Mädchen Angebote zur Belegung gemacht wurden. Es reicht nicht, auf irgendeine Fläche eine Tafel oder ein Schild zu stellen und zu sagen, hier ist jetzt ein Bewegungsraum für Mädchen. Sie wurde erst konstruktiv von den Mädchen umgesetzt und genutzt, als ihnen Angebote zur Belegung gemacht wurden. Das lief im Fall der „Mädchenarena“ über einige ABM-Stellen.

Zusammenfassend möchte ich zu diesem Antrag folgendes sagen: Wir hätten uns gewünscht, daß er mit deutlicheren Forderungen verbunden gewesen wäre. Die sind natürlich meistens mit Finanzen verbunden, also auch mit Geld für Personal und auch mit Geld für Projekte, die laufen, die aber auch anlaufen. Wir werten den Antrag aber als einen positiven ersten Schritt, um die Beteiligung von Kindern und speziell von – wie auch immer – Mädchen zu berücksichtigen und Projekte, wie die „Mädchenarena“, weiter voranzutreiben.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und vereinzelt bei der SPD und der GAL) C

**Präsidentin Ute Pape:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer stimmt dem Antrag zu? – Gegenprobe. – Das war einstimmig.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf: Berichte des Eingabenausschusses.

**[Bericht des Eingabenausschusses: Eingaben – Drucksache 16/3772 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses: Eingaben – Drucksache 16/3773 –]**

Wer will aus dem Bericht 16/3772 zu den Eingaben 62, 63, 68, 81 und 88, alle aus dem Jahr 2000, den Ausschlußempfehlungen folgen? – Gegenprobe. – Das ist bei einigen Gegenstimmen mit großer Mehrheit so geschehen.

Wer stimmt den übrigen Ausschlußempfehlungen aus dem Bericht 16/3772 zu? – Gegenprobe. – Auch dies ist, bei einigen Gegenstimmen, mit großer Mehrheit so beschlossen.

Der Bericht 16/3773 enthält ausschließlich einstimmige Empfehlungen. Wer möchte die beschließen? – Gegenprobe. – Das war einstimmig.

Wir kommen zur

#### **Sammelübersicht\***

Ich stelle zunächst fest, daß die Bürgerschaft die darin unter A aufgeführte Drucksache zur Kenntnis genommen hat.

Wer will die zu B angegebene Ausschlußempfehlung so beschließen? – Gegenprobe. – Das war einstimmig.

Wer will den unter C aufgeführten Überweisungen zustimmen? – Gegenprobe. – Auch das war einstimmig. D

Tagesordnungspunkt 8: Bericht des Wirtschaftsausschusses zum Rundfunkänderungsstaatsvertrag.

**[Bericht des Wirtschaftsausschusses über die Drucksache 16/3637: Vierter Rundfunkänderungsstaatsvertrag (Senatsantrag) – Drucksache 16/3767 –]**

Wer möchte das Gesetz zum Vierten Rundfunkänderungsstaatsvertrag beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war bei einigen Enthaltungen einstimmig.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu? –

(Der Senatsvertreter gibt seine Zustimmung zu erkennen)

Gibt es dagegen Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall.

Wer das in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war bei einigen Enthaltungen einstimmig.

Das Gesetz ist damit auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen.

Tagesordnungspunkt 10: Bericht des Umweltausschusses zur Änderung von Gesetzen.

\* Siehe Anlage Seite 3551

(Präsidentin Ute Pape)

A **[Bericht des Umweltausschusses  
über die Drucksache 16/3119:  
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des  
Stadtreinigungsgesetzes und des Hamburgischen  
Abfallwirtschaftsgesetzes (Senatsantrag)  
– Drucksache 16/3778 –]**

Wer möchte das Gesetz zur Änderung des Stadtreinigungsgesetzes und des Hamburgischen Abfallwirtschaftsgesetzes beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit bei Gegenstimmen und einigen Enthaltungen beschlossen.

Es bedarf auch hier einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu? –

(Der Senatsvertreter gibt seine Zustimmung zu erkennen)

Gibt es dagegen Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall.

Wer will das in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist auch in zweiter Lesung mit Mehrheit bei Gegenstimmen und Enthaltungen beschlossen.

Das Gesetz ist damit auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen.

Meine Damen und Herren! Vielleicht haben Sie schon gesehen, daß wir heute eine besonders vollbesetzte Kanzleibank haben. Das hat seinen guten Grund darin, daß ich **Herrn Dr. Dörmer** heute eine Zusatzsicht verordnet habe. Das wiederum hat seinen Grund darin, daß er heute das letzte Mal einer Plenumsitzung der Bürgerschaft beiwohnt, bevor er in seinen wohlverdienten **Ruhestand** gehen darf. Es ist der rechte Ort und die rechte Stunde, Ihnen

zu sagen, lieber Herr Dr. Dörmer, Sie haben sich mit Ihrer Arbeit für die Bürgerschaft großer Beliebtheit erfreut bei allen, die mit Ihnen zu tun hatten. Das ist fraktionsübergreifend immer eine Leistung. Sie haben sich sehr große Anerkennung für ihre Arbeit erworben, insbesondere für ihren großen zeitlichen Einsatz, aber auch für ihr großes Engagement in dieser Arbeit für den Eingabenausschuß. Deswegen bin ich mir ganz sicher, daß ich Ihnen im Namen aller Abgeordneten dieses Hauses an dieser Stelle unseren herzlichen Dank für die geleistete Arbeit aussprechen und Ihnen zu dieser Stunde alle guten Wünsche mitgeben darf. Mögen Sie noch möglichst viele Jahre genießen, sich guter Gesundheit erfreuen und Freude an all den Tätigkeiten und Hobbys haben, zu denen Sie vielleicht in den vielen Jahren mit der vielen Arbeit nicht gekommen sind. Lieber Herr Dr. Dörmer, ganz herzlichen Dank und alles Gute.

(Anhaltender Beifall im ganzen Hause)

Meine Damen und Herren! Wir sind damit am Ende der Sitzung. Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen einen schönen Abend.

**Schluß: 19.24 Uhr**

*Hinweis:* Die mit \* gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

Für diese Sitzung waren entschuldigt: die Abgeordneten Thomas Böwer, Wolfgang Drews, Mahmut Erdem, Bettina Kähler, Andreas Kühn, Rolf Mares, Ralf Niedmers, Heide Simon, Henning Tants und Carmen Walther.

Anlage

(Siehe Seite 3349 C)

**Anlage**

**Sammelübersicht** gemäß §26 Absatz 5 GO  
für die Sitzung der Bürgerschaft am 16. 02. 00

*A. Kenntnisnahme*

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
7	16/3766	Bericht Innenausschuß

*B. Einvernehmliche Ausschlußempfehlungen*

TOP	Drs-Nr.	Ausschuß	Gegenstand
11	16/3779	Wissenschaftsausschuß	Änderung eines Ersuchentermins

*C. Einvernehmliche Ausschlußüberweisungen*

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand	Antrag von	Überweisung an
3	16/3741	Änderung des Beamtengesetzes	SPD	Innenausschuß
14	16/3775	Einrichtung eines Trauzimmers im Rathaus	SPD	Rechtsausschuß
15	16/3776	Tierbetreuung im Strafvollzug	GAL	Rechtsausschuß